Soziales im Blick

Landesbeilagen

Januar 2022

Soziales im Blick | Berlin-Brandenburg
Landesverband

Telefon: 030 26 39 38-0
Fax: 030 26 39 38-29
E-Mail: contact(at)sovd-bbg.de
Internet: www.sovd-bbg.de
Sozialrechtsberatung: 030 26 39 38-0

Rita Krüger-Bieberstein wurde für ihr ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet

Berliner Ehrennadel erhalten

Aus den Händen des Staatssekretärs für Arbeit und Soziales, Alexander Fischer, erhielt Rita Krüger-Bieberstein vom SoVD-Kreisverband Tiergarten-Wedding die Berliner Ehrennadel für besonderes ehrenamtliches Engagement.

Zwölf zu ehrende Berlinerinnen und Berliner aus den unterschiedlichsten Bereichen ehrenamtlicher Arbeit wurden in feierlichem Rahmen im Wappensaal des Roten Rathauses, dem Dienstsitz des Regierenden Bürgermeisters, geehrt. In seiner Laudatio hob Staatssekretär Alexander Fischer hervor, dass Rita Krüger-Bieberstein seit 2004 im SoVD ehrenamtliche Vorstandsarbeit als Schatzmeisterin leiste, jahrelang die Aktion „Gut tun tut gut" geleitet habe und Hauptverantwortliche für das „Sorgentelefon" im Kreisverband sei.

Seit 2006 vertritt sie den SoVD Tiergarten-Wedding im Behindertenbeirat des Bezirks Mitte, organisiert jeden Dienstag die Mitgliedertreffen in der Waldstraße 48 und hat während der gesamten Corona-Zeit den Kontakt zu den Mitgliedern per Telefon oder per Brief nicht abreißen lassen.

Von links: Marion Halten-Bartels, Rita Krüger-Bieberstein und Ursula Engelen-Kefer.

Der SoVD war auf dieser Veranstaltung durch die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer sowie Marion Halten-Bartels und Joachim Krüger aus dem Kreisvorstand Tiergarten-Wedding vertreten, die natürlich als erste zu dieser hohen Auszeichnung gratulierten. Rita Krüger-Bieberstein erhielt bereits vor drei Jahren die Ehrenmedaille des Bezirks Mitte für ihr nachhaltiges ehrenamtliches Engagement.

SoVD-Landesverband war mit seinen Gliederungen am Volkstrauertag präsent

Der Toten der Kriege gedacht

Traditionsgemäß fanden Volkstrauertag Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer beider Weltkriege und von Gewaltherrschaft statt. Bei der zentralen Veranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in der Gedenkstätte Plötzensee waren Delegierte des Landesverbandes vor Ort. Die Kreisverbände legten bei dezentralen Veranstaltungen Kränze ab.

Landesverband Berlin-Brandenburg

Im ehemaligen Strafgefängnis Plötzensee waren von den Nationalsozialisten annähernd 3.000 Menschen hingerichtet worden. Hier begeht der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge jährlich seine Hauptveranstaltung. Besonders eindrucksvoll war die starke Einbeziehung der Jugendorganisation des Volksbundes sowie der Schüler*innen aus Berlin. SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer, die gemeinsam mit ihrem Stellvertreter Joachim Krüger anwesend war, dazu: "Insbesondere als ältere Generation stehen wir, unabhängig von persönlicher Schuld, in der Verantwortung, das Erinnern an die Greueltaten des Nationalsozialismus wachzuhalten, aber auch an den hohen Einsatz unserer Soldat*innen in den jüngeren militärischen Konflikten.

Kreisverband Steglitz

Im Gedenken an die in den Kriegen verstorbenen Bürger und Bürgerinnen aus den Berliner Stadtteilen Steglitz und Zehlendorf sowie die Gefallenen der Deutschen Flakartillerie wurde am Ehrenmal ein Kranz abgelegt.

Kreisverband Spandau

Am Mahnmal für die Opfer der Kriege und Gewaltherrschaft gedachte der Kreisverband Spandau. Vorsitzender Armin Dötsch erinnerte in seiner Gedenkansprache an das große Leid, dass damals herrschte und welches Glück man in Deutschland heute hätten, seit mehr als 75 Jahre von Krieg verschont worden zu seien. Not und Krieg seien nicht weit entfernt. Im

Ursula Engelen-Kefer und Joachim Krüger in Plötzensee.

Belarus-Konflikt lebten Flüchtlinge im Niemandsland zwischen Weißrussland und Polen in einem erbarmungswürdigen Zustand. Armin Dötsch appellierte an die politisch Verantwortlichen, eine schnelle hu-

Fortsetzung auf Seite 12

Aus dem Landesvorstand

Liebe Mitglieder,

es ist uns ein großes Anliegen, uns bei Ihnen allen herzlich für Ihre Mitgliedschaft, Ihre Treue und insbesondere Ihr Engagement in unserem SoVD zu bedanken.

Trotz der durch die Pandemie verursachten starken Einschränkungen im Verbandsleben haben wir es geschafft, nicht nur die Mitgliederrückgänge zu stoppen, sondern wieder einen Zuwachs bei der Zahl der Mitglieder zu erzielen. Ohne Ihre Unterstützung wäre das nicht möglich gewesen. Helfen Sie bitte mit, damit uns das auch im Jahr 2022 gelingt.

Dabei sollten wir selbstbewusst unsere Stärken fortentwickeln. Dies sind Zusammenhalt und soziales Engagement in unseren Orts- und Kreisverbänden. Dazu gehören vor allem Auf- und Ausbau einer engagierten Sozialberatung, aber auch eines professionellen Sozialrechtsschutzes bis zu den Sozialgerichten im Landesverband. Ebenso bedeutsam ist die Verstärkung unserer Vertretung in den Behindertenbeiräten und Seniorenvertretungen.

Genauso deutlich müssen wir jedoch auch unsere Schwächen sehen. Wir haben jahrelang erheblich an Mitgliedern verloren. Als weitgehend ehrenamtlich tätiger Sozialverband kämpfen auch wir mit der nachlassenden Bereitschaft, ein Ehrenamt zu übernehmen.

Wir wollen unseren Einsatz im Landesverband weiter darauf richten, unsere Mitglieder zu halten und neue Mitglieder zu gewinnen. Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist es, auch die jüngeren Alten und Jugendliche zu überzeugen, in unserem SoVD mitzumachen. Dazu bieten wir – soweit Corona es zu lässt – regelmäßige Veranstaltungen an, sowohl zum gegenseitigen Kennenlernen, aber auch zum gemeinsamen Erleben insbesondere von Kultur, Sport und Reisen, Unterstützung bei der Digitalisierung oder zu sozialpolitische Themen. Wir können bereits jetzt ein zunehmendes Interesse feststellen, auch von Nichtmitgliedern, und die Beurteilung ist durchweg positiv. Erfreulicherweise konnten wir im letzten Jahr die SoVD-Jugend neu aktivieren und freuen uns auf engagierte junge Mitglieder.

Sie sehen, das Jahr 2022 stellt erhebliche Anforderungen an uns alle. Dabei ist nicht abzusehen, wie sich die gesundheitlichen Gefährdungen durch Corona und die dringenden Gegenmaßnahmen entwickeln. Wir werden uns auch weiterhin für eine nachhaltige Zukunft mit Ihnen in unserem Landesverband Berlin-Brandenburg einsetzen. In leichter Abwandlung unseres SoVD-Mottos gilt: Nur gemeinsam bleiben wir stark!

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen ein gutes und gesundes Jahr 2022.

Der Geschäftsführende Landesvorstand
Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Joachim Krüger,
Andreas Gädicke, Armin Dötsch,
Joachim Melchert und Monika Paulat

Berliner Ratgeber Inklusion 2021/2022

Den Ratgeber gibt es bereits seit 21 Jahren, er ist nicht nur ein Ratgeber für Menschen mit Behinderung, sondern ein Nachschlagwerk für alle.

Im ersten Teil wird beispielsweise erklärt, wie man einen Schwerbehindertenausweis beantragt oder wie eine anerkannte Schwerbehinderung genutzt werden kann. Auch eine Sammlung nützlicher Adressen ist vorhanden. Im hinteren Teil des Ratgebers gibt es interessante Beiträge und Anzeigen, welche die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern können. Mehr Infos unter: www.berlin.de/lageso/behinderung/schwerbehinderung-versorgungsamt/ratgeber-inklusion/.

Den Ratgeber gibt es auch auf CD als Hörversion und in Leichter Sprache.

Der SoVD war am Volkstrauertag präsent

Der Toten gedacht

Fortsetzung von Seite 11
mane Lösung zu finden.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Zur Kranzniederlegung am Mahnmal auf dem Friedhof Wilmersdorf hielt Joachim Melchert eine bewegende Gedenkrede Anschließend besuchten die Teilnehmer das Grab des kürzlich verstorbenen Vorstandsmitglied Bernhard Ripken.

Kreisverband Neukölln

SoVD-Mitglieder legten bei der Veranstaltung zum Volkstrauertag der Kirchengemeinde Alt Buckow zum Gedenken an die Toten ein Gesteck am Mahnmal nieder.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Kreisverband Steglitz

Neue Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik mit umfangreichen Maßnahmen

Teilhabe Älterer verbessern

Im Mai 2021 verabschiedete der Senat von Berlin neue „Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik", welche die des Jahres 2013 ersetzen. Ergänzend wurde ein Katalog von sechzig Maßnahmen erstellt, deren Umsetzung die „Zugehörigkeit und Teilhabe der Generation 60 plus in Berlin" verbessern oder ermöglichen sollen.

Jede einzelne Maßnahme der Leitlinien der „Berliner Seniorenpolitik" soll die Barrierefreiheit erfüllen, damit Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt an ihnen teilhaben können. Nur so werden die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt und gelebt. Beteiligt an der Ausarbeitung der Leitlinien waren die zuständige Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die Bezirksämter und Senioren-Mitwirkungsgremien.

Zu den Maßnahmen, welche die Lebenssituation älterer Menschen verbessern könnten, gehören unter anderem:

- Die Teilnahme von Seniorinnen und Senioren am kulturellen Leben muss ermöglicht werden. Das ist häufig durch geringen finanziellen Spielraum kaum möglich.
- Die Angebote der Volkshochschulen sollten sich mehr an den Interessen und Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren orientieren.
- Durch Sportangebote in öffentlichen Parks und in stationären Tagespflegeeinrichtungen soll der Erhalt der Beweglichkeit als Prävention dienen.
- Bürgerliches Engagement soll als Vorbeugung vor Vereinsamung gefördert werden. Dazu werden „Orte der Begegnung" in ausreichender Zahl in den Bezirksregionen benötigt.
- Arbeitsangebote für Ältere, die durch die Jobcenter und Arbeitsagenturen mit Eingliederungszuschüssen gefördert werden, sollten unterstützt werden.
- Der öffentliche Nahverkehr sollte barrierefreier ausgebaut werden.
- Wohnraum sollte an altersgerechte Bedürfnisse angepasst werden.
- Das Sicherheitsgefühl der Menschen sollte gestärkt werden.
- Es braucht mehr Angebote zur Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags.
- Die Bezirksämter sollen für Menschen mit geringem Einkommen mindestens einmal im Jahr die Kosten für den Besuch einer kulturellen Veranstaltung übernehmen. Dass die Internetplattform KulturLebenBerlin, die Eintrittskarten kostenfrei vermittelt, einen zu geringen Bekanntheitsgrad hat, wird bedauernd festgestellt. Dabei wird aber übersehen, dass Menschen mit kleinem Einkommen vermutlich nicht über die technischen Voraussetzungen verfügen.

Marion Halten-Bartels war beim Plenum des Landesseniorenbeirates Berlin dabei.

Unbestreitbar ist der Maßnahmenkatalog wünschenswert und erforderlich. Allerdings bleibt er eher unkonkret, wenn es um die Finanzierung der Ziele geht. Vor allem für die Bezirke, die für die Umsetzung einiger der Aufgaben zuständig sein werden, kommen finanzielle Herausforderungen hinzu, die in ihren Haushaltsplänen wenig oder gar keinen Niederschlag finden. So bleibt bisher nur die Hoffnung, dass die neuen Leitlinien nicht nur gedrucktes Papier bleiben.

Meine Meinung

Joachim Krüger, 2. Landesvorsitzender:

„In den Berliner Stadtbezirken, aber auch im brandenburgischen Umland, verbrauchen die großen Supermärkte große Flächen, um ihre Waren zu präsentieren. Auch ausgedehnter Parkraum für PKWs, Motor- und Fahrräder ist selbstverständlich.

Aber mit Ausnahme der Kaufland-Kette fehlt fast überall ein Toilettenangebot mit Wickelmöglichkeiten für Babys für die Kundinnen und Kunden und Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer*innen und auf Rollatoren Angewiesene. Aber sicher wären auch andere, weniger eingeschränkte Kunden froh, ein solches Angebot nutzen zu können, egal, ob kostenlos oder mit einem geringen Geldbetrag. Da es in aller Regel am Raummangel nicht liegt, drängt sich der Eindruck auf, es sollen allein Kosten gespart werden. Eine solche Gleichgültigkeit gegenüber Kundenbedürfnissen können wir als Sozialverband nicht hinnehmen. Ich habe auch kein Verständnis dafür, dass die jeweils politisch Verantwortlichen an diesem Thema augenscheinlich kein Interesse haben. Deshalb sollten wir nicht locker lassen und unsere neu gewählten Abgeordneten in Berlin und ihre Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg auf diese Thematik hinweisen. Denn was nutzen die Sonntagsreden zu Kundenfreundlichkeit und Barrierefreiheit, wenn diese nicht zu einem beherzten Handeln bei der Veränderung von Bauverordnungen führen."

*Die Redaktion freut sich über Ihren Standpunkt zu dieser Problematik als E-Mail an: redaktion@sovd-bbg.de oder in Form eines Leser*innenbriefs an: SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg e. V., Kurfürstenstrasse 131, 10785 Berlin.*

SoVD-Hörbuchbibliothek soll im Februar wieder eröffnet werden

Leselektüre für die Ohren

Vielen Mitgliedern wird die Hörbibliothek des SoVD in guter Erinnerung sein. Ins Leben gerufen wurde sie 2005 von Heidrun Pahl, die im April 2020 leider plötzlich verstarb. Ihre Verbandskollegin Ingelore Frankenstein wird die Hörbibliothek nach deren Neueröffnung weiterführen und leiten.

Heidrun Pahl ist es zu verdanken, dass der Bestand der SoVD-Hörbibliothek heute gut 3.000 Titel umfasst. Alljährlich fuhr sie zur Leipziger Buchmesse und fragte bei den Verlagen nach aktuellen Titeln. Das Interesse an der Ausleihe war groß und die Zahl der Stammkund*innen wuchs. Zweimal im Jahr veranstaltete Heidrun Pahl auch Lesungen und machte die Hörbibliothek damit zu einem wichtigen Treffpunkt im SoVD-Landesverband. Diese Institution soll 2022 wieder mit neuem Leben gefüllt werden.

Ingelore Frankenstein, wie Heidrun Pahl Mitglied im Kreisverband Spandau, übernimmt die Leitung der Hörbibliothek. Nach einem kurzen Halt im SoVD-Bundesverband, wo die Hörbibliothek seit Februar 2018 untergebracht war, ist der Bestand wieder in die Landesgeschäftsstelle zurückgezogen. Ingelore Frankenstein hat im Hintergrund bereits weitere ehrenamtliche Helfer*innen gefunden, die den regelmäßigen Betrieb dann für die Mitglieder und andere Interessierte am Laufen halten werden. Wenn alles gut läuft, kann die Hörbibliothek im Laufe des Februars in der SoVD-Landesgeschäftsstelle wiedereröffnet werden.

Wer Interesse hat, mitzuhelfen, sowohl beim Auspacken und Einräumen als auch bei den regelmäßigen Öffnungszeiten, kann sich im Ehrenamtsbüro „Hand in Hand – gemeinsam statt einsam", wo auch der ehrenamtliche Besuchsdienst koordiniert wird, bei Heike Roß-Ritterbusch melden unter Tel.: 030 / 26 39 38 21 oder per E-Mail an: Ross-Ritterbusch@sovd-bbg.de.

Foto: Marek Mnich / Adobe Stock

Hörbücher sind äußerst beliebt, nicht nur bei Lesemuffeln.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Landesverband

Vor einem Jahr hat der Landesverband Berlin-Brandenburg seine Präsenz auf Facebook gestartet. Mittlerweile ist die Zahl der Abonnenten deutlich gestiegen. Einige Beiträge haben fast 2.000 Leser erreicht. Ganz vorn liegen dabei immer wieder die Beiträge „Aus der Praxis der Sozial- und Rechtsberatung“, aber auch die kurzen Berichte und Bilder von Veranstaltungen sowie Aktivitäten werden gern und viel gelesen.

Hier geht es zu Facebook: ww.facebook.com/SoVD.BBG.

Ortsverband Spandau-Mitte

Zu einem „Neustart“ lud der Vorstand des Ortsverbandes Spandau-Mitte Ende Oktober seine Mitglieder in den Seniorenklub Lindenufer. Und sie kamen zahlreich. Nach dem Gedenken an verstorbene Mitglieder, den Informationen aus dem Landesverband und zu den Planungen für das Jahr 2022 war genug Zeit für Geselligkeit. Kreisvorsitzender Armin Dötsch und Landesgeschäftsführerin Birgit Domröse, die als Gäste teilnahmen, nutzten die Gelegenheit, um mit den Mitgliedern ins Gespräch zu kommen.

Foto: Klaus Oestreich

Ortsverband Spandau-Mitte

Kreisverband Tiergarten-Wedding

In den ersten Novembertagen konnte Rita Krüger-Bieberstein auf einer Veranstaltung des Kreisverbandes in der Waldstraße die Ehrenamtskarte an Karl-Heinz Esser überreichen *(siehe linkes Foto)*. Er nahm die Auszeichnung zugleich für seine Frau Helma entgegen, die nach einer schweren Operation derzeit in der Reha neue Kräfte sammelt. Beide kümmern sich unermüdlich um Seniorinnen und Senioren, besuchen sie regelmäßig bei einer Heimunterbringung und holen gehbehinderte Mitglieder mit dem Auto zu Veranstaltungen ab und bringen sie wieder nach Hause. „Ich freue mich schon darauf, wenn ich demnächst unser Mitglied Edwin Günthermann gemeinsam mit meiner Frau in seiner Einrichtung besuchen und auch per Mitnahme im Auto ein Treffen mit seinen alten SoVD-Freunden in Moabit ermöglichen kann!“ Heike Roß-Ritterbusch, Koordinatorin des Ehrenamtlichen Besuchsdienstes, hatte das Ehepaar Esser bei ihrem ersten Treffen mit der Besuchsgruppe in Tiergarten-Wedding im Winter 2019 kennengelernt und sich durch ihr nachhaltiges Engagement dafür eingesetzt, dass den beiden diese Ehrung zuteilwerden konnte.

Einige Ferientage im Frankenwald nutzten Rita und Joachim Krüger, um dem Mitglied Christa Reuther *(siehe rechtes Foto)* in Stadt-Steinach einen Besuch abzustatten. Christa Reuther ist seit Jahren Mitglied im SoVD Berlin-Brandenburg, dem bis zu seinem Tode vor wenigen Monaten auch ihr Mann Hugo angehörte. Beide haben in Presseck als Wirtsehepaar den „Pressecker Hof“ aufgebaut, in dem Jahr für Jahr SoVD-Gruppen aus Berlin Urlaub machten. Sohn Thomas hat inzwischen mit seiner Frau den Gasthof übernommen. Der SoVD-Kreisverband Tiergarten-Wedding ist dort regelmäßig zu Gast und so besprachen Rita und Joachim Krüger bei ihrem jetzigen Besuch auch schon den nächsten Aufenthalt der SoVDler in Presseck.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Aktuelles Urteil

Corona / Verwaltungsrecht: Das Gericht muss ein Attest vom Arzt prüfen können

Eine Grundschülerin kann sich auch dann nicht vom Präsenzunterricht beurlauben lassen, wenn die Eltern ein ärztliches Attest vorlegen, das eine Gesundheitsgefährdung durch Corona bescheinigt beziehungsweise bescheinigen sollte. Denn es sei nicht erkennbar, so das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht, auf welcher Grundlage der Arzt zu seiner Einschätzung gelangt ist. Es sei ein erhöhtes Risiko für das Kind selbst oder für Personen, die in der häuslichen Gemeinschaft leben, nicht erkennbar. (S-H VwG, 9 B 10001/21). *wb*

Personalien

Cornelia Schreiber verstärkt das Team der Sozialberatung des Landesverbandes Berlin-Brandenburg. In der Sängerstadt Finsterwalde wird Cornelia Schreiber vorerst dienstags von 14 bis 17 Uhr beraten. Die Terminvereinbarung ist zurzeit nur per E-Mail unter: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de möglich.

Henriette Wunderlich bietet ab sofort Sozialberatung rund um das Thema Rente, Erwerbsminderung und Besteuerung von Renten an. Sie ist Referentin für Alterssicherung, Arbeitsmarkt, Senioren und Betreuungsrecht beim Bundesverband. Termine können per E-Mail über rechtsberatung@sovd-bbg.de vereinbart werden.

Ehrenamtliche Richter

Angelika Golombek wird mit Wirkung vom 1. November 2021 für die Dauer von fünf Jahren zur ehrenamtlichen Richterin am Sozialgericht Berlin berufen.

Hans-Joachim Sikora wurde für seine langjährige Mitarbeit als ehrenamtlicher Richter vom Präsidenten des Sozialgerichts Berlin Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Haben Sie auch Interesse daran, sich an den Sozialgerichten in Berlin und Bandenburg als ehrenamtliche Richterin oder ehrenamtlicher Richter zu engagieren? Dann melden Sie sich bitte bei: birgit.domroese@sovd-bbg.de.

Glückwünsche

Es liegt auch Liebe darin,
dass man eine Wohltat annimmt.

Julius Wolff

Wir freuen uns, dass Sie zu uns gehören und gratulieren recht herzlich zu Ihrem Ehrentag. Mögen Frohsinn, Heiterkeit und eine gute Gesundheit Sie stets begleiten!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 7.1.: Gertrud Wiemann, Berlin; 18.1.: Marga Fraszczak, Berlin.
92 Jahre: 3.1.: Ingeborg Kortmann, Berlin.
93 Jahre: 8.1.: Erika Paulig, Berlin; 17.1.: Erika Schubert, Berlin.
94 Jahre: 27.1.: Ursula Hammel, Berlin.
93 Jahre: 5.12.: Edith Radtke, Berlin; 21.12.: Irmgard Körner, Berlin.
95 Jahre: 18.1.: Sasso Hinz, Berlin.
96 Jahre: 20.1.: Edwin Günthermann, Berlin; 24.1.: Walter Eichner, Beelitz; 31.1.: Gertrud Knöfel, Berlin.
97 Jahre: 20.1.: Gertrud Buda, Berlin.
99 Jahre: 19.1.: Dora Seifert, Berlin.
103 Jahre: 6.1.: Hildegard Harter, Berlin.

Unseren Jubilarinnen und Jubilaren herzliche Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband!

Für 35 Jahre: 1.1.: Dieter Kroll, Berlin, Seyfettin Oenal, Berlin; 2.1.: Bernhard Binkau, Berlin; 5.1.: Andreas Schindler, Berlin.
Für 40 Jahre: Klaus-Dieter Friedersdorff, Berlin; 1.1.: Thea Gerlach, Berlin.
Für 45 Jahre: 1.1.: Renate von Stephani, Berlin.

(Stand: 18.11.2021)

Ansprechpartner*innen der Kreis- und Ortsverbände

Liebe Mitglieder, liebe Gäste

wir laden Sie herzlich ein, an den Aktivitäten, die wir in unseren Kreis- und Ortsverbänden sowie beim Landesverband anbieten, teilzunehmen. Gerne stehen Ihnen die jeweiligen Ansprechpartner*innen zur Verfügung. Weitere Informationen auf unserer Webseite www.sovd-bbg.de. Wichtiger Hinweis: Bitte erkundigen Sie sich immer vor der Veranstaltung über die aktuell gültigen Corona-Regelungen.

Traditioneller Frauenstammtisch

Das monatliche Frauenfrühstück findet regelmäßig im Restaurant „Ännchen von Tharau", Rolandufer 6, 10179 Berlin, jeden 4. Sonnabend im Monat ab 10 Uhr, statt. Gäste und männliche Begleiter sind herzlich willkommen.

Anmeldung: Barbara Kubanke, Tel.: 030 / 381 27 03, E-Mail: babsika@gmx.de.

„Unser Mittwoch"

Jeden 1. Mittwoch im Monat bieten wir unter dem Motto „Unser Mittwoch" ein Beisammensein, Information und Diskussion in geselliger Runde bei Kaffee und Kuchen ab 14 Uhr im Landesverbandshaus an. Mitglieder, Neu-Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen.

Bitte anmelden per E-Mail an: post@sovd-bbg.de

Neue Gruppe für pflegende An- bzw. Zugehörige

Im 1. Quartal 2022 (donnerstags, 15.30–17.30 Uhr) wird eine neue angeleitete Gruppe für pflegende An- bzw. Zugehörige in der Landesgeschäftsstelle starten. Teilnahme nur nach vorheriger Anmeldung möglich bei: Heike Roß-Ritterbusch, Tel: 030/26393821, oder per E-Mail: Ritterbusch@sovd-bbg.de.

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030 / 26 39 380 (Durchwahl), E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Sprechzeiten der Sozialrechtsberatung: Antragstellung Rente und Schwerbehinderung: Montag und Donnerstag: 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, Dienstag: 9–12 Uhr und 13–15 Uhr., Tel.: 030 / 26 39 380. E-Mail: rechtsberatung@sovd-bbg.de,

Ansprechpartner*in: Renate Augner, Rico Gersten, Sabine Stuckert. Mittwoch und Freitag geschlossen.

Landesgeschäftsführung: Birgit Domröse, Tel:. 030 / 26 39 38 27, E-Mail: birgit.domroese@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung / Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030 / 26 39 38 14, E-Mail: bernhard.kippert@sovd-bbg.de.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Ritterbusch, Tel.: 030 / 26 39 38 21, E-Mail: ritterbusch@)sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung: Ute Loßin, Tel.: 030 / 26 39 380, E-Mail: ute.lossin@sovd-bbg.de, presse@sovd-bbg.de.

Kreisverband Berlin-Ost

Ansprechpartnerin: 1. Kreisvorsitzende Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl, Tel.: 030 / 26 39 38 01, E-Mail: kv.berlinost(at)sovd-bbg.de, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin.

Servicesprechstunde und Sorgentelefon: Montag, 13–17 Uhr, oder nach tel. Vereinbarung.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Nächste Mitgliederversammlung am 8. Februar.

Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030 / 26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost(at)sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

18. Januar, 14 Uhr: Mitgliederversammlung im KIEZ-KLUB, Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12487 Berlin. Zu erreichen: Bus 160 und M11 sowie Tram 60. Ansprechpartner: Michael Nakoinz, Tel.: 030 / 26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep(at)sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ansprechpartner: 1. Kreisvorsitzender Bodo Feilke, Tel.: 030 / 26 39 38 02, E-Mail: kv.charwil(at)sovd-bbg.de.

Ortsverband Charlottenburg

12. Januar, 16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Jahresrückblick im Restaurant Rouladenhaus, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin.

18. Januar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Jahresrückblick im Stadtteilzentrum Nehringstr. 8, 14059 Berlin.

Ansprechpartner: Jürgen von Rönne, Tel.: 030 / 263 938-02, E-Mail: ov.charlottenburg(at)sovd-bbg.de.

Mitgliederversammlung: jeden 2. Mittwoch im Monat, 16 Uhr, Restaurant Rouladenhaus zur Quelle, Nonnendammalle 83, 13629 Berlin; jeden 3. Dienstag im Monat, 16 Uhr, Seniorenclub, Nehringstr. 8, 14059 Berlin.

Beratungen im Schwerbehinderten- und Rentenrecht nach tel. Vereinbarung bei Jürgen von Rönne.

Ortsverband Wilmersdorf

Im Januar findet keine Mitgliederversammlung statt.

Ansprechpartner: Bodo Feilke, Tel.: 030 / 26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf(at)sovd-bbg.de.

Kreisverband Neukölln

Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

17. Januar, 16 Uhr: Mitgliederversammlung im Gemeindehaus der evangelischen Kirchengemeinde, Alt-Buckow 38, 12349 Berlin. Ansprechpartnerin: Edith Massow, Tel.: 030 / 263 93 803, E-Mail: kv.neukoelln(at)sovd-bbg.de.

Mitgliederversammlung: jeden dritten Montag im Monat, 16.15 Uhr, Gemeindehaus der ev. Kirchengemeinde, Alt-Buckow 38, 12349 Berlin.

Kreisverband Reinickendorf

Im Januar findet keine Mitgliederversammlung statt.

Ansprechpartnerinnen: 1. Kreisvorsitzende Angelika Golombek, Gabriele Degner, Tel.: 030 / 26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf(at)sovd-bbg.de.

Sorgentelefon: 030 / 54 49 77 71.

Kreisverband Steglitz

Ortsverband Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde

Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030 / 26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz(at)sovd-bbg.de. Mitgliederversammlungen / Sozialberatung: jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr, Seniorentreff (barrierefrei) Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

Kreisverband Spandau

Ansprechpartner: 1. Kreisvorsitzender Armin Dötsch, Tel.: 030 / 26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau(at)sovd-bbg.de. Sprechzeiten Sozialberatung: dienstags, 10–12 Uhr, Nachmittagstermine nach Vereinbarung.

Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

27. Januar, 18.45 Uhr: Mitgliederversammlung. Ort: Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030 / 26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte(at)sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

13. Januar, 18.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Ännchen von Tharau," Rolandufer 6, 10179 Berlin.

Ansprechpartnerin: Susanne Witte, Telefon (mobil): 0170 / 93 84 315 E-Mail: ov.spandaunordsued@sovd-bbg.de.

Ortsverband Falkensee

Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030 / 26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee(at)sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

Im Januar findet keine Mitgliederversammlung statt.

Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030 / 26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen(at)sovd-bbg.de.

Sprechstunde / Sozialberatung: jeden 3. Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr, Landesgeschäftsstelle.

Treffpunkt für Ausflüge ist U Rathaus Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Straße.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

8. Januar, 10.30 Uhr: sozialpolitisches Neujahrsfrühstück, Veranstaltungsplanung 2022.

11. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung, Thema: Ehrenamt, Kaffee u. Kuchen.

18. Januar, ab 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung, Sozialpolitik aus dem Landesverband. Kaffee u. Kuchen.

25. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung, Treffen der Amrumfahrer 2021.

Ort für alle Veranstaltungen: Waldstr. 48, 10551 Berlin. Anmeldung erforderlich: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030 / 26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding(at)sovd-bbg.de.

Ansprechpartner: Joachim Krüger, Tel.: 030 / 26 39 38 06, Sprechzeiten: Dienstag, 14–18 Uhr. Beratungstermine nach tel. Vereinbarung für Mittwoch, 16–18 Uhr.

Kreisverband Zehlendorf

Ortsverband Zehlendorf

21. Januar, 14 Uhr: Mitgliederversammlung im Café Lebensart, Clayallee 346, 14169 Berlin.

Ansprechpartner: Hans Drenckmann, Tel.: 030 / 26 39 38 07, E-Mail: kv.zehlendorf(at)sovd-bbg.de.

Sprechzeiten (nach Vereinbarung): jeden 3. Freitag im Monat, 14–16 Uhr.

Kreisverband Brandenburg Süd-West

Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

Ansprechpartnerin: Dagmar Herz, Tel.: 03381 / 55 15 131, mobil: 0152 / 58 57 78 46, E-Mail: ks.brandenburg(at)sovd-bbg.de.

Ortsverband Niederlausitz

Beratungsstelle Finsterwalde,

Ansprechpartnerin: Cornelia Schreiber, zurzeit nur per E-Mail erreichbar: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de, Sprechzeiten vorerst: dienstags, 14–17 Uhr.

Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Ansprechpartner: Joachim Melchert, Tel.: 030 / 26 39 380, E-Mail: ks.cottbus(at)sovd-bbg.de.

Kontaktstelle Jüterbog (Teltow / Fläming)

Ansprechpartnerin: Marlies Zappe, Neuheim 6, 14913 Jüterbog, Tel.: 030 / 26 39 380, E-Mail: ks.jueterbog(at)sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Thorsten Waue, mobil: 0163 / 87 00 665, E-Mail: kv.brbnordost(at)sovd-bbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: Dr. Martin Bock, Tel.: 03341 / 42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde(at)sovd-bbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Ansprechpartner: Thorsten Waue, mobil: 0163 / 87 00 665, E-Mail: ov.prignitzruppin(at)sovd-bbg.de.

SOVD
Besuchen Sie uns auch im Internet
www.sovd-bbg.de

Soziales im Blick | Bayern Landesverband

Landesgeschäftsstelle
Implerstr. 55 · 81371 München
Tel. (089) 53 05 27 · Fax (089) 54 37 91 06
E-Mail: info@sovd-bayern.de · www.sovd-bayern.de

Foto: Wolfilser / Adobe Stock

Spende für die Opfer der Flutkatastrophe an die AWO Bayern übergeben

Ein Zeichen der Solidarität

Aus dem Spendenaufkommen des SoVD für die Flutopfer in Deutschland wurden auch 5.000 Euro für Bayern bereitgestellt. Der Landesgeschäftsführer des SoVD Bayern, Kai Christian Thomsen, übergab der AWO einen Scheck.

Besonders schlimm betroffen vom Hochwasser waren Gebiete im Westen Deutschlands, in Nordrhein-Westfalen und vor allem an der Ahr. Es waren jedoch auch Gebiete Bayerns von Fluten betroffen, mit teilweise schweren Auswirkungen. Diese konzentrierten sich auf Franken und die Voralpengebiete im Südosten des Landes, wie etwa die Landkreise Rosenheim, Traunstein und Berchtesgadener Land. Der Freistaat hat zügig und unbürokratisch Hilfsprogramme auf die Beine gestellt, um die Menschen in den betroffenen Regionen zu unterstützen. Dennoch ist auch Hilfe, die darüber hinausgeht willkommen und nötig. Vielen Menschen hilft bereits eine kleine Unterstützung. Das Zeichen der Solidarität von Menschen aus ganz Deutschland mit den Opfern ist wichtig und die Spenden werden als solches wahrgenommen.

Auch der SoVD rief zu Spenden für die Flutopfer auf und die SoVD-Mitglieder haben deutschlandweit ihre Solidarität mit den gebeutelten Menschen in den Flutgebieten unter Beweis gestellt. Aus dem großen Spendenaufkommen konnte auch ein Teilbetrag für die Flutopfer in Bayern bereitgestellt werden. Der SoVD-Landesverband Bayern hat diese Spenden seiner Partnerorganisation AWO Bayern zur Verfügung gestellt, um damit den notwendigen Bedarf vor Ort zu decken.

Von links: Andreas Czerny, Nicole Schley, Kai Christian Thomsen und Cornelia Emili.

SoVD-Landesgeschäftsführer Kai Christian Thomsen übergab der Landesvorsitzenden der AWO Bayern, Nicole Schley, der Vorstandsvorsitzenden der AWO Oberbayern, Cornelia Emili, und dem AWO-Landesgeschäftsführer Andreas Czerny einen Scheck in Höhe von 5.000 Euro. Die AWO Bayern wird mit diesem Betrag Flutopfern helfen und vor Ort aktiv werden. Der SoVD Bayern dankt der AWO Bayern für diese hilfsbereite Geste der Partnerschaft.

Zudem wurde über Eckpunkte einer erneuerten und vertieften Zusammenarbeit zwischen dem SoVD und der AWO in Bayern gesprochen. In weiteren Treffen werden konkrete Wege der Zusammenarbeit ausgelotet und vereinbart, um allen SoVD- und AWO-Mitgliedern in Bayern mit dieser Partnerschaft zu begegnen.

Editorial

Liebe Mitglieder des SoVD in Bayern,

Kai Christian Thomsen

das zu Ende gegangene Jahr 2021 brachte viel Ungewohntes, aber auch viel bereits aus dem Coronajahr 2020 Gewohntes. Im Sommer hatten wir mit steigender Impfrate und zurückgehenden Inzidenzen die Hoffnung, dass Corona bald Geschichte sein werde. Im Herbst kam Corona mit voller Wucht zurück und wir müssen erleben, dass unser Leben wieder von Einschränkungen und Sorge um die verwundbarsten Mitglieder unserer Gesellschaft geprägt ist.

Gleichzeitig, liebe Mitglieder, weiß ich nicht, wie die Situation aussieht in diesem Moment, in dem Sie diese Zeilen lesen. Der Zeitpunkt, an dem ich schreibe, liegt Mitte November und Weihnachten sowie das neue Jahr scheinen noch weit entfernt. Wir haben eine neue Bundesregierung, der man nur alles Gute für die Arbeit für unser Land wünschen kann. Der SoVD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Interessen von älteren Menschen, behinderten Menschen, kranken Menschen und pflegebedürftigen Menschen von der Politik berücksichtigt werden. Ebenso wollen und werden wir uns weiterhin mit voller Kraft dafür einsetzen, dass niemand sozial benachteiligt und zurückgelassen wird. Dies können die Orts- und Kreisverbände auf kommunaler Ebene und der Landesverband in der Landespolitik machen, so wie es der Bundesverband auf der Ebene der Bundespolitik macht.

Das zurückliegende Jahr hat uns gezeigt, dass der persönliche Kontakt unter den Mitgliedern schmerzlich fehlt, auch wenn sich alle der guten Gründe dafür bewusst sind. Gleichwohl hat diese schwere Zeit einen enormen Schub in der Digitalisierung geleistet. Wir bleiben einander verbunden, können uns weiterhin sehen und sprechen. Über Zoom oder Whatsapp können sich Freunde und Familien auf Videos sehen. Die Arbeit lässt sich genauso gut im Homeoffice erledigen, auch dies eine wertvolle Erfahrung. Auch die Treffen im SoVD lassen sich digital abhalten.

Für das neue Jahr hoffe ich mit Ihnen, dass wir endlich irgendwann dauerhaft wieder zu einem normalen Verbandsleben zurückkehren können. Mit echten Treffen, Ausflügen, Sozialberatungen vor Ort und einem erneuerten Miteinander, in das wir die Erfahrungen der letzten zwei Jahre einfließen lassen können.

Sie alle, so hoffe ich, hatten in ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest und ein paar ruhige Tage im Kreise von Freunden und Familie – soweit möglich. Von Herzen wünsche ich Ihnen allen persönlich und uns als SoVD ein gutes neues Jahr 2022. Möge es uns alle gesund und hoffentlich auch munter sehen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Kai Christian Thomsen
Landesgeschäftsführer

Aktuelle Urteile

Verbraucherrecht: In der Ansparphase keine Entgelte

Bausparkassen dürfen für die Kontoführung in der Ansparphase kein Entgelt verlangen. Das hat das Oberlandesgericht Celle entschieden. Eine Klausel in den Bausparbedingungen, dass für jedes Konto ein „Jahresentgelt“ in Höhe von zwölf Euro zu zahlen ist, sei nicht rechtmäßig. Es widerspreche dem gesetzlichen Leitbild eines Bausparvertrages, wenn für die Kontoführung ein Entgelt in der Ansparphase verlangt werde. Denn in dieser Phase sei der Bausparkunde Darlehensgeber, der nach der gesetzlichen Regelung kein Entgelt für die Hingabe des Darlehens schulde. Zudem verwalte die Bausparkasse die Bausparkonten im eigenen Interesse, weil sie die Einzahlungen sämtlicher Bausparer*innen geordnet entgegennehmen und erfassen müsse. Der Kunde bzw. die Kundin habe keinen besonderen Vorteil (OLG Celle, 3 U 39/21). *wb*

Öffnungszeiten der Geschäftsstellen

Die Landesgeschäftsstelle in München ist ab dem 10. Januar wieder wie gewohnt für Sie geöffnet. Die Geschäftsstelle in Nürnberg wird ab dem 3. Januar wieder für Sie zur Beratung geöffnet haben.

In der Zwischenzeit kann bei dringenden Angelegenheiten auch die Bundesgeschäftsstelle Ihre Fragen ab dem 3. Januar entgegennehmen.

Neuwahlen im Bayerischen Landesfrauenrat

Neue Frau an der Spitze

Am 27. Oktober 2021 lud der Bayerische Landesfrauenrat seine 54 Delegierten zur Wahlvollversammlung in München ein. Neu gewählt wurden für die nächsten vier Jahre die Präsidentin sowie der Vorstand.

Nach 16-jähriger Tätigkeit der bisherigen Präsidentin Hildegund Rüger wurde Monika Meier-Podja vom Soroptimist International Deutschland Club München-Schwabing einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt.

Dr. Christiane Nischler-Leibl, die Leiterin der Abteilung Frauenpolitik, Gleichstellung und Prävention im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, begrüßte die neue Präsidentin und dankte Hildegund Rüger für ihr außerordentliches Engagement und ihre erfolgreiche Arbeit..

Von links: Monika Meier-Podja und Christel Mayer

Die neu gewählten Vizepräsidentinnen sind: Katharina Geiger von den Evangelischen Frauen in Bayern, Margit Niedermaier vom Landesverband der Unternehmerfrauen im Handwerk Bayern e. V. und Sandra Schäfer vom Bayerischen Beamtenbund e. V..

Der Bayerische Landesfrauenrat (BayLFR) ist ein Zusammenschluss von derzeit 54 Landes-Frauenverbänden und Frauengruppen gemischter Landesverbände. Er vertritt insgesamt knapp vier Millionen Frauen in Bayern und ist überkonfessionell, überparteilich und unabhängig. Seit seiner Gründung 1973 trägt er zur Verwirklichung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bei.

Christel Mayer setzt sich als SoVD-Landesfrauensprecherin seit vielen Jahren aktiv für die Rechte der Frauen in Bayern ein. Sie gehörte zu den Delegierten und gratulierte Monika Meier-Podja zum neuen Amt.

AOK Bayern will die Versorgung von Parkinsonpatienten verbessern

Aufbau eines Netzwerkes

Parkinson-Erkrankte sind zunehmend in ihrer Mobilität eingeschränkt. Hier setzt die AOK Bayern jetzt mit einem neuen Versorgungsangebot im Rahmen einer Studie an: Gezielte physiotherapeutische Maßnahmen sollen Gleichgewicht und Gehfähigkeit verbessern und damit den Verlauf der neurologischen Erkrankung positiv beeinflussen.

„Mit einer speziell auf Parkinson ausgerichteten Physiotherapie sollen nicht nur Stürze und damit auch Krankenhausaufenthalte verringert werden – durch eine verbesserte Mobilität steigt die gesamte Lebensqualität“, so Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern.

Die Studie verfolgt einen sektorenübergreifenden Ansatz, in dem eine enge Verzahnung der behandelnden Gesundheitsberufe erfolgt und ein Parkinson-Netzwerk aufgebaut wird. Beteiligt sind die Parkinson-Fachklinik an der Schön Klinik München Schwabing, niedergelassene Ärzte für Neurologie sowie Physiotherapeuten im Großraum München. Bei Vorarbeiten zur Studie wurden bereits rund 30 ambulante Physiotherapeuten speziell weitergebildet.

Die Schulung richtet sich an den Symptomen der Erkrankung Parkinson aus und umfasst auch praxisbezogene Fallbesprechungen, Supervision und eine Hotline für fachliche Fragen. Es gibt drei Therapieprogramme, die auf das frühe, mittlere beziehungsweise späte Krankheitsstadium zugeschnitten sind. Dadurch sollen Krankenhausaufenthalte verringert und die ambulante Versorgung von Parkinsonpatienten nach stationären Krankenhausaufenthalten verbessert werden.

An der Hauptstudiengruppe können Versicherte der AOK Bayern, die an Parkinson erkrankt sind und im Großraum München wohnen, teilnehmen. Versicherte, die in Nürnberg und Umgebung wohnen, können an der Kontrollgruppe der Studie, die zum Vergleich dient, teilnehmen. Das Modellvorhaben läuft bis September 2024 und wird von der Ludwig-Maximilians-Universität München evaluiert.

Quelle: AOK Bayern

Kranzniederlegung am Volkstrauertag in Rehau mit Teilnahme des SoVD

Der Toten zeremoniell gedacht

Auch im Jahr 2021 fand in Rehau wieder eine sehr eindrucksvoll gestaltete Veranstaltung zum Volkstrauertag statt. Daran nahm auch der oberfränkische SoVD-Bezirksvorsitzende Dr. Josef Haas teil und hielt eine Rede zum Anlass des Gedenktages.

Dr. Haas legte neben dem Rehauer Bürgermeister Michael Abraham und einem örtlichen Vertreter des VdK für die Weltkriegsgefallenen sowie Opfer der Gewaltherrschaft der Stadt und des Kreises Rehau einen Kranz am Ehrenmal nieder. Eine Abordnung der Bundeswehr verlieh dem Gedenken an die durch Krieg, Terror und Heimatvertreibung ums Leben Gekommenen eine beeindruckende Kulisse.

Rehau ist ein Beweis dafür, dass die Erinnerung nach wie vor lebt. Auch der Sozialverband Deutschland leistet dazu seinen Beitrag, vertreten durch seine Gliederungen in Bayern. Das Gedenken ist eine der Aufgaben, die auch in der Entstehungsgeschichte des Verbandes verwurzelt ist.

Glückwünsche

Foto: Ortis / Adobe Stock

Der ist ein reicher Mensch, der weiß, dass er genug hat.

Laotse

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 13.1.: Wolfgang Wagner, Michelau; 19.1.: Marion Sommer, Lautertal; 24.1.: Heike Schmid, Mainburg.

65 Jahre: 17.1.: Hana Kasman, Wiesentheid.

70 Jahre: 3.1.: Dieter Hiebl, Mühldorf.

75 Jahre: 14.1.: Gerhard Häfner, Bayreuth; 15.1.: Ursel Riekenberg, München; 17.1.: Waltraud Meyer, Schnaittach; 20.1.: Werner Rau, Fürth.

80 Jahre: 7.1.: Vinzenz Eiglmeier, Mitterteich; 12.1.: Margarete Hilger, Ebensfeld.

85 Jahre: 12.1.: Sieglinde Stone, Ansbach; 13.1.: Josef Mayerhöfer, Falkenberg; 19.1.: Luise Munkert, Leinburg und Pankraz Landvogt, Ebensfeld.

90 Jahre: 1.1.: Siegmund Rattei, Ebensfeld; 23.1.: Reinhard Körnig, Rehau.

91 Jahre: 17.1.: Emil Schuhmann, Zapfendorf; 24.1.: Max Weber, München.

93 Jahre: 23.1.: Waltraud Flurschütz, Lautertal.

94 Jahre: 21.1.: Martin Eggert, Aßling.

101 Jahre: 2.1.: Karl Bachinger, Nürnberg.

Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet. Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170 / 52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbarahoelzel @freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571 / 83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in Würzburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157 / 76 82 95 70.

Soziales im Blick | Hessen
Landesverband

SOVD

Nr. 1 | Januar 2022 Landesgeschäftsstelle: Luisenstraße 41 · 65185 Wiesbaden · Tel. (06 11) 8 51 08 · Fax (06 11) 8 50 43

Sozialrechtsberatung des SoVD konnte vielen Mitgliedern helfen

Erfolgreich zum Recht verholfen

Ein Rückblick auf das vergangene Jahr zeigt, dass man als solidarische Gemeinschaft viel erreichen kann. Das haben die Menschen erfahren, die Hilfe beim SoVD suchten und zu ihrem Recht gekommen sind. Hier ein paar Beispiele aus der Rechtssozialberatung im Landesverband Hessen.

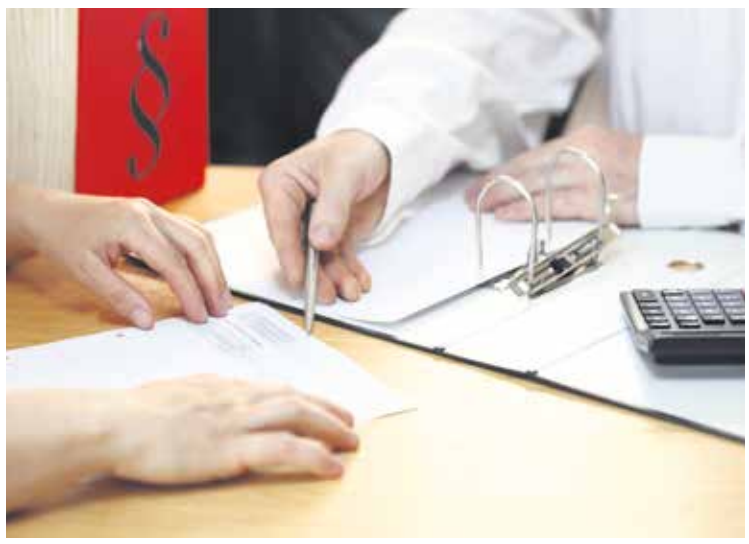

Foto: rupbilder / Adobe Stock

Eine Rechtsberatung kann helfen, wenn es darum geht, Ansprüche gegenüber Behörden und Ämtern durchzusetzen.

Da ist der Fall eines Rentners aus dem Frankfurter Westen, der seine Wohnungstür nicht mehr öffnen kann, seit er einen Rollstuhl braucht. Es gibt keinen Platz links oder rechts neben der Tür, um vielleicht mit einem Trick die Tür von der Seite nach innen zu öffnen. Als er vor Jahren einzog, konnte er natürlich nicht wissen, dass er eines Tages die Wohnung mit einem Rollstuhl benutzen muss. Sobald seine Frau das Haus verlässt, ist er ein Gefangener in der eigenen Wohnung. Ein Umbau ließ sich laut Vermieter nicht realisieren und eine automatische Türöffnung mit Fernbedienung, die er von seiner Rente nicht selbst bezahlen kann, hatte die Krankenkasse abgelehnt. Er holte sich erfolgreich Hilfe beim SoVD und legte Widerspruch gegen den Bescheid ein. Vier Wochen später wurde der elektrische Türöffner bewilligt.

SoVD-Sozialjuristin Sigrid Jahr setzte in einem anderen Fall die Kostenübernahme eines dringend erforderlichen operativen Eingriffs durch. Hatte die Krankenkasse der Hilfesuchenden noch im Juli 2020 mitgeteilt, dass der Medizinische Dienst keine medizinische Notwendigkeit für diesen Eingriff erkenne, erreichte das betroffene Mitglied schon im März 2021 eine „gute Nachricht" von ihrer Krankenkasse: Die Kostenübernahme für die Operation, die dann im April von der Kasseler Klinik terminiert werden konnte.

Auch in einem „Hörgerätefall" argumentierte SoVD-Sozialjuristin Sigrid Jahr überzeugend. Das Hilfsmittelzentrum der Krankenkasse wollte erst nach Eingang der von Sigrid Jahr ausführlich begründeten Klage beim Sozialgericht Fulda glauben, dass das SoVD-Mitglied ohne eine drahtlose Übertragungsanlage „nur abgehackte Sätze" hören und daher „keinem zusammenhängenden Gespräch eingeständig folgen" könne. Der Rechtsstreit konnte ein Jahr nach dem ablehnenden Bescheid beim Sozialgericht Fulda als erledigt erklärt werden.

In einem weiteren Fall konnte die SoVD-Sozialjuristin durchsetzen, dass die Krankenkasse die Kosten für ein Glukosemessgerät, das als zu teuer abgelehnt wurde, schließlich doch übernahm. Sigrid Jahr konnte erfolgreich nachweisen, dass dieses Gerät erforderlich ist, um den Erfolg der Krankenbehandlung zu sichern und einer drohenden Behinderung vorzubeugen.

Editorial

Besonnener Blick in das neue Jahr 2022

Rudolf Schulz

Liebe Mitglieder,

in der Ruhe liegt die Kraft, die wir alle für diese denkwürdigen Zeiten brauchen. Denn so schwierig wie das letzte Jahr zu Ende gegangen ist, hat das neue Jahr wieder begonnen. Die Annahme, dass Deutschland durch die Impfaktionen die Pandemie in den Griff bekommt, hat sich leider nicht erfüllt.

So bleibt uns allen nichts anderes übrig, auch wenn es mittlerweile schon ziemlich schwer fällt, weiterhin geduldig zu sein und den Optimismus nicht zu verlieren. Vom Jubel mit dem wir ein neues Jahr sonst gerne empfangen, ist uns in den letzten Jahren nicht viel geblieben. Dachten wir zum Start in das vergangene Jahr, es könne nicht mehr schlimmer werden, versuchten wir uns im Optimismus, dass es in 2021 wieder aufwärts gehen würde. Doch dieser Optimismus ist uns zum Ende des vergangenen Jahres, von Woche zu Woche immer seltsamer erschienen. Ruhe und Besonnenheit gab uns die Kraft, die richtigen Entscheidungen zur richtigen Zeit zu treffen: auf den Besuch des Weihnachtsmarktes zu verzichten, obwohl die verschiedensten G-Regelungen, unsere Bedenken beschwichtigen und uns ermuntern sollten, die Normalität zum Erhalt traditioneller Bräuche und Gewohnheiten erneut zu beleben.

Was uns zu Beginn des neuen Jahres bleibt, ist das Vertrauen auf die Kraft der Besonnenheit und der Hoffnung.Trotz der schwierigen Zeiten wächst unser Landesverband weiter. Die Mitgliederzahlen und die Anzahl der Sozialberatungsstellen steigen und die Qualität verbessert sich. Dank gehört allen ehrenamtlichen aktiven Helfer*innen. In diesem Sinne wünscht der Vorstand des hessischen Landesverbandes allen, den Blick mit Besonnenheit in die Zukunft und auf das neue Jahr zu richten, den Mut nicht zu verlieren und der eigenen Kraft zu vertrauen.

Herzliche Grüße,
Rudolf Schulz, 1. Landesvorsitzender

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen weitet „Hessen Mobil" aus

70 Millionen für neue Radwege in Hessen

In den kommenden zwei Jahren werden in Hessen weitere 100 Kilometer neue Radwege, die wichtige Lücken im Radnetz schließen werden, mit einem Investitionsvolumen von etwa 70 Millionen Euro in das Planungsprogramm aufgenommen. Bereits 2016 hatte Hessen mit der Sanierungsoffensive 59 Radwegeprojekte in das Planungsprogramm von „Hessen Mobil" aufgenommen.

Foto: Michele Ursi / Adobe Stock

Gute Radwege sind besonders im ländlichen Raum immer noch Mangelware. Getrennt vom Autoverkehr sind sie noch sicherer.

Dazu wird „Hessen Mobil" mit der Planung von 28 besonders dringlichen Radwegeprojekten an Bundes- und Landesstraßen beginnen. 16 Projekte werden an Bundesstraßen, 12 weitere an Landesstraßen angepackt. Die Dringlichkeitsbewertung und Auswahl der Maßnahmen für das Planungsprogramm erfolgte nach einer neuen Methodik.

„Unser Ziel ist es, mehr Radwege in Hessen zu bauen und zugleich Radfahren sicherer zu machen. Daher haben wir uns bei der Auswahl der Radwegeprojekte angesehen, welche Bedeutung der einzelne Radweg im gesamten Radwegenetz hat. Ob es sich um einen Lückenschluss handelt oder ob er an eine Bus- oder S-Bahn-Haltestelle angebunden ist, wurde ebenso betrachtet wie seine Bedeutung für den Alltags- oder Freizeitradverkehr", so Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir. „Die neue Methodik basiert auf fachlichen Kriterien und schafft Transparenz. Der Aufbau von Planungskapazitäten bei Hessen Mobil, unter anderem die 18-köpfige Task Force „Radwege", ermöglicht jetzt die Aufnahme von zusätzlichen Projekten in das Planungsprogramm. Zugleich schließen wir mit den Maßnahmen wichtige Lücken im Radhauptnetz, das wir 2019 begonnen haben zu entwickeln."

Personalien

Florija Pajaziti

Florija Pajaziti verstärkt das Team aus ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle. Sie koordiniert Termine für die Sozialrechts- und Rentenberatung, organisiert die Geschäftsstelle, steuert die Mitgliederverwaltung und unterstützt den ehrenamtlichen Vorstand bei all seinen Aufgaben. Florija Pajaziti lebt in Wiesbaden und suchte am Wohnort eine neue Herausforderung in einem vielfältigen Aufgabengebiet, bei dem sie mehr mit Menschen zu tun hat als in ihrer früheren Tätigkeit. „Ich freue mich, wenn ich die Anfragen der Mitglieder so aufnehmen kann, dass ihnen effizient geholfen werden kann."

Glückwünsche

Foto: Ortis / Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung.

60 Jahre: 9.1.: Sabine Streng, Tann; 12.1.: Jürgen Manneck, Frankfurt; 17.1.: Monika Glüher, Tramin a.d. Weinstraße; 28.1.: Thomas Neth, Hofgeismar.

65 Jahre: 10.1.: Waltraud Hein, Wetter; 19.1.: Reinhard Westphal, Bad Karlshafen; 30.1.: Roland May, Lahntal.

70 Jahre: 12.1.: Bernd Schiffhauer, Bad Wildungen; 19.1.: Franz-Georg Renner, Neustadt.

75 Jahre: 20.1.: Heinrich Schüler, Calden; 28.1.: Doris Sertel, Solms.

85 Jahre: 30.1.: Irma Reidelbach, Trendelburg.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder sind ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise stehen die genannten Angebote unter Vorbehalt.

Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Informationen zum SoVD wenden Sie sich gerne telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 /85 108, oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr.

Info-Telefon Pflege: Tel.: 0611 / 20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069 / 31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvereinbarung unter Tel.: 06432 / 92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14-16 Uhr, bei Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, Terminvereinbarung unter Tel.: 06033 / 74 88 999, E-Mail: szbgiessen@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432 / 92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung, AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt-Höchst, nach Terminabsprache unter Tel.: 069 / 31 90 43.

Ortsverband Herborn

Sozialrechtsberatung jeden 1. Montag im Monat, 10-12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432 / 92 49 480, , E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069 / 31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432 / 92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10-12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v. d. H., Terminvereinbarung unter Tel.: 06432 / 92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611 / 20 55 216 oder per E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Frank Sunkomat jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611 /20 55 216, per Fax: 0611 / 85 043 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau: Es berät Hans Arnold, Aegidiusstraße 10, 65375 Oestrich-Winkel, nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06723 / 88 66 911 oder E-Mail an: sovd@arnold-rheingau.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülot-Carvajal dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger Anmeldung unter Tel.: 0611 / 20 55 216 oder Fax: 0611 / 60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:

34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672 / 22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674 / 65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672 / 16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671 / 36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541 / 3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571 / 17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung durch Hans-Jürgen Schmidt, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537 Bad Wildungen. Anmeldung unter Tel.: 05621 / 96 78 787.

Sozialrechtsberatung erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611 / 20 55 216 oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhof. Anmeldung unter Tel.: 06655 / 74 02 26 oder 0176 / 95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655 / 74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e. V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung unter Tel.: 06655 / 74 02 26 oder 0176 / 95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655 / 74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG). Anmeldung unter Tel.: 06655 / 74 02 26 oder 0176 / 95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655 / 74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube", 1. Obergeschoss, 36199 Rotenburg an der Fulda. Anmeldung unter Tel.: 06655 / 74 02 26 oder 0176 / 95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655 / 74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: SozialKompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621 / 91 30 60.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung: jeden Montag, 16–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423 / 82 23 oder 0152 / 58 62 96 77 (mobil).

Außerhalb der Beratungszeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs unter Tel.: 06422 / 89 87 202 oder Hans-Werner Dersch unter Tel.: 06423 / 51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain: Die Beratung erfolgt durch Sozialjuristin Annette Mülot-Carvajal, jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611 / 20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (Kontaktdaten siehe oben).

Soziales im Blick | Rheinland-Pfalz/Saarland
Landesverband
SOVD
E-Mail: info@sovd-rps.de

Welche Rechte und Pflichten bei der Kellernutzung bestehen

Nicht alles darf in den Keller

Üblicherweise gehört zu jeder Mietwohnung auch ein Keller, in dem Vorräte oder Werkzeuge gelagert oder nicht benötigte Möbel sowie Gartengeräte verstaut werden können. Dieser Stauraum wird meistens im Lauf der Zeit immer wichtiger – weil sich einiges ansammelt. Doch Vorsicht: Dort darf nicht alles gelagert werden.

Kellerräume dürfen von Mieter*innen genutzt werden, wenn sie diese zusammen mit der Wohnung gemietet haben. Das ist im Mietvertrag nachzulesen. Wird besonderen Wert auf einen Keller gelegt, so sollten Mieter*innen das bei Vertragsabschluss mit dem Vermieter ansprechen. Andernfalls müssen Mieter*innen im Zweifel ohne den zusätzlichen Abstellraum auskommen. Wurde ein Kellerraum mitgemietet, so kann er aber auch nicht einfach vom Vermieter separat gekündigt werden.

Grundsätzlich dürfen Vermietende die Kellerräume zuteilen und Mietende dürfen nicht ohne Absprache mit dem Vermieter Räume tauschen. Umgekehrt muss sich ein Vermieter daran halten, wenn er einem Interessenten einen bestimmten Kellerraum zugesagt hat. Das kann auch mündlich geschehen. Das müsse nicht zwingend schriftlich fixiert werden (AZ: III ZR 71/07).

Ein*e neue*r Mieter*in kann erwarten, dass der Keller beim Einzug leer und sauber ist. Hat beispielweise der Vormieter dort Gerümpel zurückgelassen, so ist der Vermieter verpflichtet, sich darum zu kümmern. Wichtig dabei ist: Der Vermieter muss den Ex-Mieter darüber informieren – am besten per Einschreiben. Darin sollte er auflisten, welche Gegenstände sich im Keller befinden. Außerdem muss er dem Vormieter eine angemessene Frist setzen – etwa zwei Wochen. Reagiert der innerhalb der Zeit nicht, so kann der Vermieter ein Unternehmen mit der Entsorgung beauftragen und seine Ausgaben mit der Kaution verrechnen oder dem ehemaligen Mieter die Rechnung für die Entsorgung zukommen lassen.

Foto: anela47 / Adobe Stock

Ein Keller muss nicht ordentlich aussehen. Aber beim Auszug muss er leer und besenrein übergeben werden.

Ist ein Keller feucht, muffig oder das Licht defekt, so kann die*der Mieter*in in der Regel verlangen, dass der Vermieter diesen Mangel behebt. Man darf sogar die Miete mindern. Voraussetzung ist, dass der Mangel angezeigt wird, nicht vom Mieter verschuldet und die „Gebrauchsmöglichkeit des Kellers nicht nur unerheblich beeinträchtigt" ist. Das gilt allerdings nicht zwingend für Keller in einem unsanierten Altbau. Dann dürfe nicht erwartet werden, dass dort problemlos auch empfindliche Gegenstände aufbewahrt werden können, so das Landgericht Berlin (AZ: 67 S 130/06).

In der Hausordnung darf der Vermieter Regeln zur Kellernutzung festlegen. Meist gilt auch dort das Prinzip der gegenseitigen Rücksichtnahme: Auch im Keller sind zum Beispiel Ruhezeiten einzuhalten. Grundsätzlich dürfen Mietende in ihrem Abstellraum alles lagern, was zum Wohngebrauch gehört – also Werkzeug, Vorräte, alte Möbel oder eine ausrangierte Waschmaschine. Nicht erlaubt sind „gewerbliche Güter". Auch sollten Mietende keine Druck- und Flüssiggasbehälter im Kellerbereich lagern. Austretendes Gas könnte sich sammeln und eine Explosionsgefahr erhöhen. Ebenso wird davon abgeraten, Benzin oder Treibstoff zu lagern.

Auch Wertsachen gehören prinzipiell nicht in den Keller. Denn auch Mieter*innen, die eine Hausratversicherung abgeschlossen haben, sollten wissen, dass der Versicherer bei Diebstahl meistens nur dann zahlt, wenn der Raum gemauert und durch ein Sicherheitsschloss ordnungsgemäß verriegelt ist. Holzverschläge mit Vorhängeschloss sind oftmals vom Versicherungsschutz nicht erfasst. Auf jeden Fall wird die Hausratversicherung die Leistung kürzen. Auch ist von einer grob fahrlässigen Herbeiführung des Versicherungsfalls auszugehen, wenn zum Beispiel eine wertvolle Tauchausrüstung in einem einsehbaren, nur mit einem Vorhängeschloss gesicherten Holzlatten-Kellerverschlag gelagert und gestohlen wurde (Landgericht Berlin, 23 O 438/11). *mh*

Editorial

Hans-Heinrich Rödle

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

das „Pflegeurteil" des Bundesarbeitsgerichts und seine Auswirkungen im Pflegealltag veranlassen mich, ihnen meine Gedanken dazu vorzutragen:

Das höchste Arbeitsgericht hat entschieden, dass Arbeitnehmern, die Seniorinnen bzw. Senioren in ihren Wohnungen betreuen, der gesetzliche Mindestlohn zusteht – und das auch für Bereitschaftsdienstzeiten. Geklagt hatte eine Pflegekraft. Diese hatte eine Seniorin in deren Wohnung betreut und dort auch gewohnt. Sie erhielt 1.560 Euro im Monat. Sie klagte auf Zahlung des Mindestlohnes für 24 Stunden täglich und bekam Recht! In Deutschland werden circa 3 Millionen Menschen daheim gepflegt. Aktuell nutzen ca. 300.000 Familien Leistungen der „24-Stunden-Betreuungskräfte". Im Saarland zum Beispiel machen ca. 3.000 Familien Gebrauch davon. Nach Schätzungen arbeiten 85 Prozent der Betreuungskräfte „schwarz". Trotz des Urteils beschäftigen viele Haushalte ihre Pflegekräfte weiter. Sie hoffen, dass keiner klagt. Dabei sollte man aber wissen: Wer eine Pflegekraft schwarz oder scheinselbstständig beschäftigt, geht ein Strafbarkeitsrisiko ein. Latent besteht die Gefahr, dass eine Pflegekraft erfolgreich klagt und die Zahlung des Lohnes nachfordert. Wissen sollte man, dass eine 24-Stunden-Betreuung ca. 15.000 Euro monatlich kosten würde. Das Urteil ist ein klarer Auftrag an den Gesetzgeber, unverzüglich einen passenden Rechtsrahmen für die so wichtige und unverzichtbare häusliche Pflege durch Pflegekräfte zu schaffen. Die Betreuung muss für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen, aber auch für die Betreuungspersonen rechtssicher und bezahlbar! – ganz wichtig – gestaltet werden. Die häusliche Pflege muss aus der rechtlichen Grauzone heraus. Die Pflege daheim muss legal organisiert werden. Bundesregierung und Bundestag müssen sofort handeln!

Trotzdem wünsche ich Ihnen – auch im Namen des Landesverbandes – ein frohes neues Jahr.

Herzlichst, Ihr
Hans-Heinrich Rödle,
2. Landesvorsitzender

Personalien

Tim Giermann verstärkt seit dem 1. November 2021 das Team der Landesgeschäftsstelle. Dort ist der 27-Jährige tätig in den Bereichen Mitgliederverwaltung, soziale Medien, Homepagepflege und Online-Marketing. Er schloss 2019 seine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement erfolgreich ab und hat bereits Erfahrung im Personalbereich gesammelt.

Tim Giermann

SoVD in Ausschüssen und Beiräten vertreten

Der Landesverband ist mit Andrea Klosova als ordentliches Mitglied jeweils im rheinland-pfälzischen Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung und im rheinland-pfälzischen Landesbeirat für Migration und Integration vertreten.

Haben Sie Anliegen aus diesen Bereichen, dann nehmen Sie gerne zu Andrea Klosova per E-Mail a.klosova@sovd-rps.de oder telefonisch unter: 06721 / 98 40 78 Kontakt auf.

Ebenfalls wird der Landesverband durch Christian Dirb im rheinland-pfälzischen Landespflegeausschuss als ordentliches Mitglied vertreten sowie in der Steuerungsgruppe Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege 2.1. Wenn Sie auch zu pflegerischen Themen Anregungen haben, dann nehmen Sie bitte per E-Mail christian.dirb@sovd-rps.de bzw. telefonisch unter der 0631 / 73 657 Kontakt auf.

Gerne nehmen wir Ihre Anliegen aus diesen Bereichen auf und präsentieren diese nach Möglichkeit in den jeweiligen Gremien.

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Steinweiler

Am 15. Oktober fanden im Ortsverband Steinweiler die Neuwahlen des Vorstandes statt. Gewählt wurde wie folgt: 1. Vorsitzender: Herbert Ößwein, 2. Vorsitzende: Christel Hust, Schatzmeister: Bruno Trauth, Schriftführerin: Sonja Kammerer, Frauensprecherin: Gudrun Heidenblut, Beisitzer*innen: Gisela Hornberger, Eduard Lachnit und Gisela Ößwein und Revisor*innen: Bruno Birkholz, Carmen Forstner und Norbert Forstner.

Anlässlich des Volkstrauertages legte der neue 1. Vorsitzende, Herbert Ößwein, im Rahmen einer öffentlichen Feierstunde der Ortsgemeinde Steinweiler einen Kranz für den SoVD am Denkmal für die Kriegsopfer auf dem Friedhof nieder. Begleitet wurde Herbert Ößwein von Christel Hust.

Der Ortsverband Steinweiler beim Volkstrauertag.

Leider musste das obligatorische Familienfest des Ortsverbandes am Volkstrauertag wegen der aktuellen Corona-Lage kurzfristig abgesagt werden. Es ist geplant, das Fest im Frühjahr nachzuholen.

Ortverband Rülzheim

Am 30. Oktober fand im katholischen Pfarrzentrum die Mitgliederversammlung mit Neuwahlen statt. Die Versammlung war über die SoVD-Zeitung, den Heimatbrief und zum ersten Mal auch online über die Webseite des Ortsverbandes Rülzheim angekündigt worden.

Vorsitzender Norbert Weber begrüßte die Anwesenden, darunter den Vorsitzenden der Kulturgemeinde und Beigeordneten, Michael Braun, Sylvia Fuhr vom Kreisvorstand sowie den Fotografen Josef Wolf.

In einer Schweigeminute gedachte man der 74 verstorbenen Mitglieder der Jahre 2020 und 21. Anschließend wurden die Tätigkeitsberichte des Vorstandes vorgetragen. Die Sozialberatung konnte wie gewohnt von Richard Dörzapf und Ralf Geckler unter den aktuellen Corona-Bedingungen durchgeführt werden. Alle Veranstaltungen und Tagesfahrten mussten aber abgesagt werden.

Anschließend wurde der gesamten Vorstand neu gewählt: 1. Vorsitzender bleibt Norbert Weber, 2. Vorsitzender ist Günter Krüchten, Schatzmeister Wolfgang Röhrling, Schriftführer Günther Messemer, Beisitzer*innen sind Jutta Jung, Jutta Müller, Herta Weber, Gunther Deutsch, Manfred Dreyer, Günther Jenisch, Karl Jung, Alexander Müller, Rigobert Wecker, Werner Nenning, Bruno Stephan und Jürgen Stoffel. Als Revisor*innen wurden Sylvia Fuhr, Thorsten Greiner und Jochen Krüchten wiedergewählt. Auf eigenen Wunsch schieden Andreas und Monika Werner sowie Franz Pedolsky aus, denen Norbert Weber und Günter Krüchten für ihr langes Engagement dankten.

Nach den Neuwahlen wurden noch langjährige Mitglieder geehrt, für 20 Jahre Mitgliedschaft: Werner Nenning, Gertrude Nenning und Pirmin Fischler. Werner Nenning ist seit 12 Jahren Beisitzer im Ortsverband Rülzheim. Für 30 Jahre Mitgliedschaft wurden Jutta und Heinz Müller geehrt. Jutta Müller ist seit sechs Jahren Sprecherin der Frauen, 35 Jahre ist der langjährige Beisitzer Gunther Deutsch Mitglied.

Aus „historisch gewachsener Verpflichtung“ nahm Ortsverband Rülzheim an der Gedenkfeier zum Volkstrauertag teil. Der 1. Beigeordnete der Ortsgemeinde Rülzheim, Michael Braun, hielt eine Rede. Anschließend wurde sowohl von der Gemeinde als auch vom SoVD je ein Kranz am Mahnmal auf dem Deutschordensplatz niedergelegt. Begleitet wurde die Zeremonie vom Musikverein Rülzheim.

Der neu gewählte Vorstand des Ortsverbandes Rülzheim.

Norbert Krüchten (li.) mit den Jubilar*innen des SoVD Rülzheim.

Ortsverband Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler

Am 25. Oktober fand im Rosenhotel Scherer in Schiffweiler die Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen statt. Die kommissarische 1. Vorsitzende Beatrix Bost begrüßte die Mitglieder und Gäste herzlich. Im Anschluss gab Sie das Wort an den 2. Landesvorsitzenden Rochus Hauck weiter, der dann die Sitzung leitete. Nach den Grußworten der Gäste gab es eine Kaffeetafel, bei der langjährige Funktionsträger*innen für ihre ehrenamtliche Tätigkeit geehrt wurden. Nach den Ehrungen wurden die Vorstandswahlen mit folgendem Ergebnis durchgeführt: 1. Vorsitzende ist Anja Dorscheid, 2. Vorsitzende Gabriele Scheppelmann, Schatzmeisterin Inge Schmidt, Schriftführer Joachim Schaum, Frauensprecherin Heidi Dejon, Beisitzer Rudi Haus und Martin Esser und Revisor*innen sind Marlene Schmidt, Gertrud Rau sowie Rainer Kiefer.

Termine

Ortsverband Homburg-Saarbrücken

Der Neujahrsempfang mit Ehrungen im Januar fällt leider aus.

Glückwünsche

60 Jahre: 2.1.: Elfriede Schäfer, Ludwigshafen; 7.1.: Martina Jochim, Rülzheim; 12.1.: Birgit Hauck, Steinweiler; 20.1.: Manuela Obertreis, Saarbrücken.
65 Jahre: 1.1.: Reinhold Mühlroth, Homburg; 8.1.: Aynur Kizilisik, Bingen; 10.1.: Erhard Wagner, Rülzheim, Doris Rafoud, Offenbach, Karl Tietze, Homburg; 14.1.: Ilonka Hauser, Lustadt; 15.1.: Silvia Drexler, Obernheim-Kirchenarnbach; 17.1.: Werner Bach, Bexbach; 19.1.: Heike Nixdorf, Kelsterbach, 31.1.: Jutta Knoll, Herxheim.
70 Jahre: 5.1.: Barbara Metzger, Lochum; 17.1.: Herbert Müller, Landstuhl; 21.1.: Maria Hengen, Rülzheim; 22.1.: Ursula Reuter, Borod; 25.1.: Gerald Otto, Rülzheim.
75 Jahre: 4.1.: Werner Klein, Germersheim, Kurt Fischer, Homberg; 13.1.: Karlheinz Meinzer, Rülzheim; 18.1.: Günther Feldmann, Rülzheim; 21.1.: Hans Peter Reger, Waldsee; 27.1.: Waltraud Krüger, Bölsberg.
80 Jahre: 7.1.: Adelheid Fleck, Bingen; 24.1.: Ursula Brass, Bexbach.
85 Jahre 12.1.: Karl Thomas, Wörth; 19.1.: Elfriede Wittmann, Schifferstadt; 23.1.: Karin Gerlich, Gensingen; 25.1.: Ernst Miesel, Kaiserslautern.
90 Jahre: 3.1.: Odilia Utzig, Spiesen-Elversberg; 29.1.: Karola Lange, Ludwigshafen.
91 Jahre: 16.1.: Gotthard Renner, Weyerbusch.
92 Jahre: 15.1.: Berthold Stenger, Spiesen-Elversberg.
94 Jahre: 15.1.: Hans Keppel, Rülzheim.
97 Jahre: 27.1.: Erich Schäfer, Pottum.

Sprechstunden

Foto: warmworld / Adobe Stock

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, **Tel.: 0631 / 73 657 oder 06131 / 69 30 165**, die Ihnen den / die zuständige*n Berater*in nennt.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

Für die **Kreisverbände Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen unser Rechtsanwalt Ralf Geckler mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06236 / 46 56 43 zur Verfügung.

Für den **Kreisverband Westerwald** steht Ihnen unsere Sozialberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432 / 92 49 480 zur Verfügung.

Für den **Kreisverband Saar-Pfalz** steht Ihnen unser Sozialberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351 / 13 14 141 zur Verfügung.

Für den **Kreisverband Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen unsere Sozialberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06721 / 98 40 78 zur Verfügung.

Die Vereinbarung von „Vor-Ort-Terminen“ in den Beratungsstellen, von telefonischen oder von Online-Beratungen erfolgt über die Sozialberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Berater*innen (z. B. Gabriele Scheppelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176 / 34 03 41 58; Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382 / 80 01) mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67659 Kaiserslautern, Tel.: 0631 / 73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131 / 69 30 165.

Soziales im Blick

Baden-Württemberg
Landesverband

Hinsichtlich der Auskunfterteilung und Beratung verweisen wir auf die jeweiligen Sprechstunden der Kreise und Ortsverbände
E-Mail: sovd-bw@t-online.de

SOVD

Verbraucherzentrale warnt vor Methoden einiger Strom- und Gasanbieter

Unzulässige Anbietermethoden

Zweifelhafte Preiserhöhungen, explodierende Abschläge oder ein plötzliches Ende der Belieferung: Einige Anbieter von Strom oder Gas sind nicht zimperlich im Umgang mit ihren Kund*innen. Wir zeigen die häufigsten Vorgehensweisen – und was Sie dagegen tun können.

Lieferstopp: Einige Strom- und Gasanbieter haben in letzter Zeit ihren Kund*innen mitgeteilt, dass sie trotz laufender Vertragsverhältnisse die Belieferung einstellen werden. Zahlreiche der Verbraucherzentrale vorliegende Beispiele zeigen dabei die gleichen Merkmale: Die konkreten Gründe werden nicht genannt, zudem wird nicht ausdrücklich das Belieferungsverhältnis gekündigt bzw. überhaupt der Begriff „Kündigung“ verwendet.

Die Berechtigung für eine außerordentliche Kündigung ist in der Regel allerdings nur gegeben, wenn ein Grund vorliegt, für den die Kund*innen die Verantwortung tragen. Für Betroffene heißt dies: Eine unwirksame Kündigung verbunden mit einer Belieferungseinstellung kann zu einem Schadensersatzanspruch führen, weil der Anbieter seine vertraglichen Pflichten nicht eingehalten hat.

Unzulässige Preiserhöhungen: Anbieter dürfen die Preise grundsätzlich erhöhen, wenn Kostenfaktoren ansteigen und eine Preiserhöhung nicht vertraglich ausgeschlossen wurde. Aber längst nicht jede Preiserhöhung ist zulässig: Bisweilen informieren Anbieter ihre Kund*innen nicht richtig, gar nicht oder zumindest nicht rechtzeitig. Oder die AGB sehen Preisänderungen vor, die Klausel darin ist aber unwirksam – und somit auch die darauf beruhende Preiserhöhung.

Foto: tunedin / Adobe Stock

Wenn ein Stromanbieter ohne Begründung den Vertrag kündigt oder die Preise erhöht, sollte man sich wehren.

Zudem kommt es nicht selten vor, dass die entscheidende Information im Anschreiben zwischen vermeintlicher Werbung regelrecht versteckt oder auf andere Weise verschleiert wurde. Daher sollten Sie im Falle einer Preisänderung stets Ihre Unterlagen bzw. die Mitteilung des Versorgers genau prüfen. Sie haben in der Regel bei jeder Preisänderung ein Sonderkündigungsrecht.

Überzogene Abschlagszahlungen: Mitunter kommt es vor, dass Anbieter einen deutlich zu hohen Abschlag fordern und diese Taktik nutzen, um sich einen zinslosen Kredit zu verschaffen. In manchen Fällen wird dazu der Verbrauch nicht abgelesen, sondern sehr großzügig geschätzt. Schätzungen des Stromverbrauchs sind aber nur in wenigen Fällen zulässig – dies gilt aus Sicht der Verbraucherzentrale auch, wenn ein Sondervertrag diese Möglichkeit vorsieht. Abschläge müssen den letzten Jahresverbrauch widerspiegeln oder sich an vergleichbaren Kunden orientieren. Passen Ihre Abschläge nicht, fordern Sie eine Anpassung ein. *Quelle: VZ Bund*

IBO 2022 in Friedrichshafen

Bereits zum 20. Mal beteiligt sich der SoVD-Ortsverband Friedrichshafen, unterstützt vom Kreisverband Bodensee-Alb, wieder an der Messe IBO. An fünf Tagen, vom 16. bis 20. März, präsentiert sich der SoVD auf dieser beliebten Verbrauchermesse und hofft auf viele Besucher*innen, die nach einem informativen Gespräch mit dem SoVD-Team ihr Interesse am SoVD danach möglichst in Form einer Mitgliedschaft besiegeln.

Mitstreiter*innen mit Interesse am Standdienst können sich gerne bei ihrer oder ihrem Ortsverbandsvorsitzenden melden.

Foto: ibo

Die Verbrauchermesse ist mit ihrem breit gefächerten Ausstellungsangebot eine Attraktion für die ganze Familie.

Editorial

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

Heike Sommerauer-Dörzapf

als neue Geschäftsführerin des Landesverbandes Baden-Württemberg wünsche ich Ihnen und Ihren Familien, auch im Namen des Landesvorstandes, ein gesundes, erfolgreiches und hoffentlich von Corona wenig beeinträchtigtes neues Jahr 2022. Ich hoffe, Sie haben ein paar erholsame und besinnliche Feiertage, fernab der Hektik des Alltags im Kreise Ihrer Lieben verbringen können, um frischen Elan für das neue Jahr zu schöpfen.

Gerne möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen: Von April 2016 bis Dezember 2020 war ich als Projektleiterin für den SoVD-Landesverband Hessen tätig, zuletzt als Geschäftsführerin. Manchmal muss man jedoch Lebewohl sagen, um eine neue berufliche Herausforderung anzunehmen.

Im Rahmen meiner Tätigkeit werde ich die Koordination des Verwaltungsablaufes sowie die Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes übernehmen. Weiterhin werde ich für das Verbandsmarketing und die Werbung zuständig sein. Mein Ziel ist es, den SoVD in Baden-Württemberg noch bekannter zu machen und neue Mitglieder für den Verband zu begeistern. Weiterhin ist es mir ein persönliches Anliegen, die Orts- und Kreisverbände des SoVD bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit, auch vor Ort, zu unterstützen und zu fördern sowie sehr eng mit den Sozial(rechts)berater*innen zusammenzuarbeiten. Es ist geplant, das Netz der Sozialberatungsstellen – vielleicht schon in diesem Jahr – zu erweitern.

Im letzten Jahr konnten bereits einige Maßnahmen zur Werbung veranlasst werden, die künftig den Bekanntheitsgrad des SoVD Baden-Württemberg erhöhen sollen: Teilnahme des SoVD an verschiedenen regionalen Veranstaltungen sowie die Auslage von Flyern und SoVD-Zeitungen in Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen. Dies darf regional auch bei Ärzten, Apotheken, Banken, Gemeindeverwaltungen sowie in kirchlichen Einrichtungen nach Absprache erfolgen. Ihren Ideen sind da keine Grenzen gesetzt – gerne versorgen wir Sie hierzu auf Zuruf mit aktuellem Infomaterial.

Im Frühjahr 2022 ist eine Aktion zum Thema „Soziale Kälte“ in Mannheim geplant, die coronabedingt bisher noch nicht durchgeführt werden konnte. Außerdem wird sich der SoVD im März an der Messe „IBO“ beteiligen, die federführend erfolgreich vom Ortsverband Friedrichshafen organisiert und mit Unterstützung des Kreisverbandes Bodensee-Alb durchgeführt wird.

Bitte zögern Sie nicht, mich anzusprechen, wenn Sie Unterstützung bei Ihren Aktionen vor Ort benötigen oder Anregungen haben, wie und wo wir den SoVD noch bekannter machen können, um die Vorteile unserer starken SoVD-Gemeinschaft nach außen zu transportieren. Den SoVD weiter zu empfehlen lohnt sich für Sie, denn seit Ende letzten Jahres erhalten Sie im Rahmen der Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“ für jedes neu geworbene Mitglied einen 15-Euro-Gutschein.

Sehr gerne kümmere ich mich persönlich und vertraulich um die Lösung von Belangen, die innerhalb des Verbandes vielleicht optimiert oder geändert werden könnten. Ich habe immer ein „offenes Ohr“ für Sie.

Abschließend bedanke ich mich – auch im Namen des Vorstandes des LV Baden-Württemberg – ganz herzlich für Ihr wertvolles ehrenamtliches Engagement bzw. Ihr Interesse für den SoVD und insbesondere im Landesverband Baden-Württemberg – frei nach dem SoVD-Motto: „Nur gemeinsam sind wir stark!“

Ich freue mich über Ihre weitere aktive Mitarbeit und Unterstützung auch im neuen Jahr.

Herzliche Grüße
Heike Sommerauer-Dörzapf, Landesgeschäftsführerin

Sprechstunden

Foto: pictworks / AdobeStock

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den unten angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen / Schnetzenhausen statt. In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541 / 72 702.

Sozialberatung Mannheim

Informationen zu Terminen, die die Rechtsberatungsstelle Mannheim durchführt, erhalten Sie unter Tel.: 0621 / 84 11 51 oder 0621 / 84 14 172.

Termine

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden 1. Dienstag im Monat, 14 - 16 Uhr: Gemütlicher Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock", Werastraße in Friedrichshafen. Neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind jederzeit willkommen.

Ortsverband Neckarau

21. Januar, 14 Uhr: Jahreshauptversammlung im Restaurant „Stollenwörthweiher", Rheingoldstraße 204, 68199 Mannheim.

Glückwünsche

Foto: Ortis / Adobe Stock

Immer die Wahrheit sagen
bringt einem wahrscheinlich nicht viele Freunde,
aber dafür die richtigen.

John Lennon

70 Jahre: 15.1.: Antonino Corio, Aglasterhausen; 16.1.: Agnes Kremer, Mannheim; 29.1.: Günter Ahrens, Asperg.
75 Jahre: 5.1.: Alois Lanz, Achberg; 10.1.: Eleonore Ast, Albstadt.
80 Jahre: 7.1.: Lydia Pitzal, Ketsch; 25.1.: Karin Hendrich, Stuttgart, Maria Magdalena Dett, Straßberg.
85 Jahre: 6.1.: Siegfried Renz, Hockenheim.
91 Jahre: 13.1.: Theresia Wengle, Horgenzell; 19.1.: Rudi Amann, Reilingen.
96 Jahre: 6.1.: Hedwig Segsulka, Stockach.
97 Jahre: 18.1.: Cäcilie Rein, Edingen-Neckarhausen; 29.1.: Rosa Umhey, Brühl; 31.1.: Ruth Witzsche, Haigeloch.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im Januar ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an.

Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Hockenheim legte Kranz ab

Stellvertretend für den SoVD Hockenheim waren acht Mitgliedern erschienen, um zum Volkstrauertag am Mahnmal in Anwesenheit des Oberbürgermeisters Kränze abzulegen.

Unter Einhaltung der gültigen Corona-Maßnahmen hatte die Stadtverwaltung Hockenheim zur Kranzniederlegung eingeladen. Ebenso wie die Stadtverwaltung, die Marinekameradschaft, der Volksbund Kriegsgräberfürsorge legten der SoVD und der VdK Hockenheim gemeinsamen einen Kranz am Ehrenmal auf dem Hockenheimer Friedhof nieder.

Acht Mitglieder des SoVD nahmen an der Veranstaltung teil. Hockenheims Oberbürgermeister Markus Zeitler bedankte sich bei der 1. Vorsitzenden Heidegard Busch für die seit Jahren regelmäßige Teilnahme.

Neue Broschüre nennt Hilfen bei häuslicher und digitaler Gewalt

Wohnungsverweis als Soforthilfe

Mit einer neuen Broschüre zum Thema Wohnungsverweis informiert das Sozialministerium Betroffene über ihre Rechte. Die Broschüre gibt praxisnahe Unterstützung sowie Hinweise im Zusammenhang mit dem Wohnungsverweis.

„Leider sind die eigenen vier Wände für viel zu viele Frauen kein Ort der Geborgenheit und des Schutzes. Es ist deshalb ganz wichtig, dass alle Betroffene ihre Rechte kennen und in dieser schwierigen Situation schnell die Hilfe erhalten, die sie brauchen", sagte Staatssekretärin Dr. Ute Leidig anlässlich der Vorstellung der neuen Broschüre zum Wohnungsverweis in Fällen häuslicher Gewalt.

Aufgegriffen werden die wichtigsten Fragen und Antworten zur Rechtslage, aber auch weitere Möglichkeiten zur Hilfe und Unterstützung. Zusätzlich zur digitalen Veröffentlichung wird die Broschüre in den kommenden Wochen auch gedruckt und in mehreren Sprachen zur Verfügung stehen.

Das Verfahren des Wohnungsverweises bezeichnet eine gemeinsame Strategie von Polizei, Justiz, Beratung und Kinderschutz in Baden-Württemberg und dient dem sofortigen Schutz der Opfer und deren Kinder vor häuslicher Gewalt.

Gewalt gegen Frauen ist und bleibt ein weltweites Problem. „Es ist wichtig, dass wir gemeinsam der Gewalt gegen Frauen

Foto: Elnur / Adobe Stock

Für viele Frauen ist das Zuhause kein gewaltfreier Ort.

entschieden entgegentreten", so die Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration.

Digitale Gewalt bekämpfen

„Wir beobachten, dass sich während der Corona-Pandemie die Gewalt immer mehr in den digitalen Raum verlagert und dort massiv zugenommen hat – darauf müssen wir reagieren." Die digitale Gewalt umfasst viele Angriffsformen, etwa Cybergrooming (sexuelle Belästigung / unangemessene Bilder), Cyberstalking oder Identitätsdiebstahl und -missbrauch.

Mehr Fachberatungsstellen

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration fördert deshalb Fachberatungsstellen, die sich für die Bekämpfung von digitaler Gewalt besser wappnen wollen. Am 1. November 2021 ist hierfür eine Förderlinie für Fachberatungsstellen gegen häusliche und sexuelle Gewalt, für Menschen in der Prostitution und für Opfer von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung sowie der Frauen- und Kinderschutzhäuser in Kraft getreten. Ziel ist es, das Hilfe- und Unterstützungssystem für die Herausforderungen durch digitale Gewalt zu sensibilisieren, zu qualifizieren und fortzubilden. „Der digitale Raum darf nicht zu einem rechtsfreien Raum werden. Wir kommen den Verpflichtungen der Istanbul-Konvention nach und bekämpfen geschlechtsspezifische Gewalt auch im Digitalen", machte Staatssekretärin Dr. Ute Leidig deutlich. *Quelle: BW Ministerium für Soziales*

Soziales im Blick | Bremen Kurier
Landesverband
E-Mail: info@sovd-hb.de
Internet: www.sovd-hb.de
SOVD

Nachlese zur Online-Veranstaltung des Landesbehindertenbeauftragten

Was hätte besser laufen können?

An der Online-Veranstaltung „Aus der Pandemie lernen: Wie können behinderte Menschen zukünftig besser gesellschaftlich teilhaben?“ nahmen 120 Interessierte teil. Zur Veranstaltung am 8. November hatte der Bremer Landesbehindertenbeauftragten Arne Frankenstein eingeladen.

Die Einladung richtete sich an behinderte Menschen, deren Angehörige und Interessenvertretungen. Sie wurde gemeinsam organisiert von dem Landesbehindertenbeauftragten der Freien Hansestadt Bremen, der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Es sollte eine Rückschau auf die vergangenen eineinhalb Jahre werden, von der abzuleiten wäre, wie man in Zukunft besser handeln könnte. Dieser Problematik wollten die Organisatoren gemeinsam mit den Teilnehmer*innen nachgehen:

In zukünftigen Krisen müsse die Teilhabe behinderter Menschen besser gewährleistet sein und Nachteile für behinderte Menschen unbedingt verhindert werden, so der Landesbehindertenbeauftragte.

In Arbeitsgruppen zu den Themen Wohnen, Arbeit und Freizeit wurden die Anforderungen für die aktuelle und zukünftige Krisensituation diskutiert. Arne Frankenstein machte dabei deutlich, dass sich Maßnahmen nicht lediglich auf das akute Krisenmanagement beschränken dürften, sondern dass eine inklusive auch eine krisenresilientere Gesellschaft ist. Deshalb müssten in allen Lebensbereichen die Anstrengungen um die Herstellung gleichberechtigter und selbstbestimmter Teilhabe verstärkt werden.

Hier einige Rückmeldungen aus den Arbeitsgruppen:

- Die Perspektive behinderter Menschen ist vernachlässigt worden. Sie hätte viel mehr politisch einbezogen werden müssen. Behinderte Menschen waren auf sich alleine gestellt.
- Viele Beschäftigte der Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten immer noch in Teilzeit. Dies stößt auf erhebliche Kritik. Eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben ist gegenwärtig nicht gegeben.
- Es ist dringend erforderlich, weitere Reformprozesse in den Werkstätten zu initiieren, da diese an ihre Grenzen gestoßen sind und ihren Auftrag in der Pandemie teilweise verfehlt haben.
- Tagesförderstätten als Orte der Teilhabe am Arbeitsleben müssen mehr in den Blick genommen werden.
- Digitale Kommunikation und Homeoffice für Nutzer*innen in allen Bereichen der Eingliederungshilfe, aber gerade in besonderen Wohnformen, der Werkstatt und Tagesförderstätte müssen ausgebaut werden. Es fehlen Medienkompetenzschulungen.
- Es braucht mehr niedrigschwellige Informationen, die barrierefrei bereitgestellt werden in einfacher und leichter Sprache sowie Gebärdensprache. Es braucht nicht nur Kommunikation über Verbote, sondern auch über Handlungsmöglichkeiten.
- Freizeitangebote wurden vernachlässigt und müssen künftig privilegiert werden, wenn es sonst keine Möglichkeiten der sozialen Interaktion gibt oder diese herabgesetzt sind.
- Wenn Infektionsschutz und andere Belange kollidieren, muss diese Kollision benannt und aufgelöst werden. Dabei hat der Infektionsschutz nicht automatisch Vorrang. Es müssen aber Verantwortlichkeiten geklärt werden.
- Informationen zum Impfstatus der Pflege- und Assistenzkräfte müssen gesetzlich verpflichtend werden. 100 Prozent der Bewohner lassen sich impfen, aber nur ein Anteil an Assistenz und Betreuern, was zu Gefährdungen führt. Deshalb muss in bestimmten Bereichen eine Impfung verpflichtend werden.
- Kleinere, dezentrale Wohnangebote sind wichtig, damit nicht ganze Einrichtungen isoliert werden, Besuchsregeln sind in fast jedem Fall unverhältnismäßig in Bezug auf die Selbstbestimmung.
- Gute Schutz- und Hygienekonzepte müssen präventiv erarbeitet werden.
- Die Belastung von Angehörigen muss stärker im Blick sein, um Überlastungen auszugleichen. Es braucht zeitweise Auszeiten. Möglichkeiten einer Assistenzreserve müssen geprüft werden.
- Es wird deutlich, dass Ressourcen noch mehr im System gebraucht werden. Bem Schulsystem setzt man auf ergänzende Unterstützung durch Assistenz. Wenn dann Präsenzunterricht entfällt, bewirkt dies einen erhöhten Bedarf an Unterstützung, der aber nicht aufgefangen werden kann. Daraus resultiert Überlastung der Angehörigen.

Die Auswertung der Veranstaltung fand gemeinsam mit den Interviewpartnern, den Leistungsträgern sowie den Leistungsanbietern statt. An dem Austausch nahmen auch Senatorin Stahmann sowie Senatorin Bernhard teil.

Quelle: u. a. Landesbehindertenbeauftragter Bremen

Foto: M. Dörr & M. Frommherz / Adobe Stock

Die Kontaktsperren und -einschränkungen durch Corona haben Menschen mit Behinderung besonders hart getroffen.

Kampgne der Klimaschutzagentur gestartet

Klimabewusst handeln

Mit einer Plakataktion hat die gemeinnützige Klimaschutzagentur energiekonsens ihre Kampagne „#senkmit – Weniger CO_2 – mehr Zukunft“ für das Land Bremen gestartet. Sie zeigen Verhaltensweisen auf, mit denen jede*r klimabewusst agieren kann.

Mehr teilen, mehr Rad fahren, mehr reparieren, mehr Regionales kaufen = weniger CO_2. So lautet die einfache Gleichung, mit der seit Mitte November in Bremen und Bremerhaven unterschiedliche Plakatmotive auf niedrigschwellige Möglichkeiten hinweisen, klimabewusstes Handeln im Alltag umzusetzen. Weitere Aktionen, Veranstaltungen und Ausstellungsformate sollen in den kommenden Wochen und Monaten folgen. Unterstützt wird die Kampagne der Klimaschutzagentur energiekonsens von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau.

„Wir stehen vor einer gesamtgesellschaftlichen Transformation“, betont Martin Grocholl, Geschäftsführer von energiekonsens. „Klimaschutz ist die drängendste Herausforderung unserer Zeit – auch hier im Land Bremen. Mit unserer Kampagne wollen wir die Menschen in Bremen und Bremerhaven animieren, Teil dieser Transformation zu werden, Handlungsfelder aufzeigen und vor allem deutlich machen, dass Klimaschutz nicht nur weniger CO2 bedeutet, sondern vor allem auch ein Mehr an Lebensqualität, Innovation und Gemeinschaft in allen Lebensbereichen. Daher unser Appell an alle Menschen in Bremen und Bremerhaven: senkt mit!“.

Foto: SKUMS

Martin Grocholl (links), Geschäftsführer der Klimaschutzagentur energiekonsens, und Staatsrat Ronny Meyer vom Senat für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau.

Neuer Gedenkort

Das Ehrenfeld des Kriegsgräberfriedhofs in Osterholz soll um einen zentralen Gedenk- und Erinnerungsort für die Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges im Osten ergänzt werden. Dafür hat sich Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte in seiner Rede am Volkstrauertag 2021 ausgesprochen. Bremen hat bisher keinen solchen Gedenkort.

Gleichzeitig kündigte er an, dass die bei den Grabungen auf dem ehemaligen Kriegsgräberfriedhof an der Reitbrake geborgenen Knochenfunde in das Ehrenfeld in Osterholz umgebettet werden. „Zu alldem ist noch nichts entschieden. Aber es ist die klare Haltung, mit der ich in die Debatte gehe“, so der Bürgermeister.

Seit einigen Monaten finden an der Reitbrake Grabungen statt. Die diplomatischen Vertretungen der Russischen Föderation und der Ukraine in Deutschland haben ihr Einverständnis zur Umbettung signalisiert. Bovenschulte: „Ich danke allen Beteiligten, die uns helfen, Klarheit in dieses dunkle Kapitel bremischer Geschichte zu bringen.“

Termine

Die Mitgliedertreffen finden entsprechend der dann jeweils geltenden Corona-Bestimmungen statt.

OV Osterholz
17. Januar, 15 Uhr: Neujahrsschnack, Nachbarschaftstreff Am Siek 43, 28325 Bremen. Es wird um Anmeldung bei Fred Schweinoch unter Tel.: 0421 / 47 11 60 gebeten.

OV Vegesack
27. Januar, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack, Raum F 20, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

OV Blumenthal-Farge
19. Januar, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal „Zum Grünen Jäger", Farger Str. 100, 28777 Bremen.

OV Bremerhaven-Nord/Süd
11. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Alt-Bürgerhaus Neue Landstraße.

OV Zentrum
Vorschau: 22. Februar, 17 Uhr: **Jahreshauptversammlung mit Wahlen** in der Begegnungsstätte Sparer Dank, Biermannstr. 15, 28209 Bremen. Tagesordnungspunkte unter anderem:
- Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisorinnen und Revisoren,
- Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung,
- Wahl des Ortsvorstandes,
- Wahl der Revisorinnen und Revisoren,
- Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung,
- Entlastung des Ortsvorstandes.

Bitte die zu dem Zeitpunkt geltenden Vorschriften beachten!

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich. Er wünscht diesen alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Allen derzeit erkrankten Mitgliedern wünscht der Landesverband eine baldige Genesung.

Ehrenamtler gesucht

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände sucht der SoVD Bremen interessierte Menschen, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer Freizeit machen möchten.

Folgende Kreisverbände freuen sich über Ihren Anruf und erläutern Ihnen gerne die Details:
Kreisverband Bremen: Tel.: 0421 / 16 38 490,
Kreisverband Bremerhaven: Tel.: 0471 / 28 006.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord
Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421 / 16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven
Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Kränze am Mahnmal Vegesack.

Stilles Gedenken auf dem Osterholzer Friedhof.

SoVD nahm an Veranstaltungen zum Volkstrauertag 2021 teil

Erinnerung und Mahnung

Dank der moderaten Corona-Inzidenz in Bremen fanden in diesem Jahr sowohl die Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag im Rathaus als auch Gedenkstunden mit Kranzniederlegungen statt. Auch der Landesverband gedachte der unzähligen Kriegstoten und Opfer von Gewaltherrschaft in aller Welt. Die Landes- und Kreisvorsitzenden legten an verschiedenen Gedenkstätten Kränze nieder. Sie wurden von zahlreichen Mitgliedern aus den jeweiligen Ortsverbänden begleitet.

Zentrale Gedenkstunde

Im Jahr 2020 musste die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag in der Oberen Rathaushalle in Vegesack pandemiebedingt leider ausfallen; auch 2021 wackelte der Termin. „Es war gut, dass er trotz Corona stattgefunden hat", berichtete der SoVD-Landesvorsitzende Joachim Wittrien, der bei der offiziellen Gedenkveranstaltung am 13. November 2021 anwesend war. „Die Beiträge, auch von Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte zur Umbettung der vor einigen Monaten gefundenen Knochenfunde, haben mich wie in jedem Jahr berührt. Man erinnert sich an die Gräuel des Krieges und denkt, es ist alles vorbei. Wenn wir genau hinschauen, ist es das aber nicht, gerade entzündet sich die Situation in Belarus. Wir müssen heute den Volkstrauertag auch als Mahnung für die Zukunft verstehen."

Die alljährliche Veranstaltung wird vom Landesverband Bremen des Vereins Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge organisiert. Durch sein Engagement für Jugendbegegnungen und Workcamps führt er Jugendliche aus ganz Europa im Zeichen von Völkerverständigung und Versöhnung zusammen. Auch in diesem Jahr spendete der Landesverband einen Betrag von 1.000 Euro, um die Arbeit zu unterstützen.

Friedhof Osterholz

Am 14. November 2021 fand eine weitere Gedenkveranstaltung, diesmal in der Kapelle auf dem Osterholzer Friedhof, statt. Dort sprachen Frank Imhoff, Präsident der Bremischen Bürgerschaft, sowie Dr. Maike Schaefer, Bürgermeisterin und Bremer Umweltsenatorin. Auch sie nahmen in ihren Reden Bezug auf die heutige Zeit. Beeindruckt zeigte sich Klaus Möhle, Landesschriftführer und 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Bremen: „Hass im Internet, aber auch die Konflikte an der polnischen Grenze – die Volkstrauertage gewinnen immer mehr an Relevanz für aktuelles Geschehen. Frieden ist keine Selbstverständlichkeit, dafür muss man sich mit aller Kraft einsetzen."

Im Anschluss wohnte Möhle auch der Kranzniederlegung auf dem Gräberfeld bei.

Friedhof Geestemünde

Der Landesverband war in diesem Jahr jedoch nicht nur bei den beiden Gedenkveranstaltungen im Stadtgebiet von Bremen zugegen; auch in Bremerhaven gab es eine Gedenkstunde auf dem Geestemünder Friedhof. An ihr nahm der 1. Vorsitzende des Kreisverbandes Bremerhaven, Karl-Otto Harms, teil den insbesondere das interreligiöse Friedensgebet beeindruckt hat. „Neben den Pastoren der evangelischen und katholischen Kirche waren auch die Vorsitzenden der türkisch-islamischen und der jüdischen Gemeinde beteiligt. Sie haben Worte gewählt, von denen man sich persönlich stark angesprochen fühlte."

Hilfe mit einem Satz erhalten

„Kennst du MIKA?" – mit dieser Frage können sich Menschen in Bremer Bars, Diskotheken oder Kneipen an das Personal wenden, wenn sie sich bedroht oder belästigt fühlen und Hilfe brauchen. Die Aktion wurde Ende November 2021 anlässlich des Internationalen Tags der Gewalt gegen Frauen öffentlich bekannt gemacht. Sie wird organisiert vom notruf Bremen, der psychologischen Beratungsstelle bei sexueller Gewalt. Sie richtet sich an die Gäste von Gastronomie- und Event-Betrieben und deren Personal.

„Wer sich in einer Situation unwohl oder bedrängt fühlt, kann mit der Frage ‚Kennst du MIKA?' dem Personal signalisieren, dass Hilfe gebraucht wird. Die Person wird dann zum Beispiel in einen sicheren Bereich gebracht, es wird ein Taxi gerufen oder Begleitung organisiert", erklärt Sonja Schenk vom notruf die Aktion.

Soziales im Blick | Hamburg
Landesverband
E-Mail: info@sovd-hh.de
Internet: www.sovd-hh.de
SOVD

SoVD fordert vom Senat ein „Leuchtturmprojekt“ für mehr Klimaschutz

Solaranlagen für Hamburg

Hamburg sollte ein Leuchtturmprojekt angehen und 100.000 Solaranlagen auf bestehenden Gebäuden öffentlich fördern, fordert SoVD-Landeschef Klaus Wicher: „Damit könnte die Stadt Klimapolitik und Sozialpolitik vernetzen und versöhnen.“

Die neue Bundesregierung steht vor großen Aufgaben: Digitalisierung, wirtschaftliches Wachstum, der Umbau des Verkehrs hin zur E-Mobilität, die Bekämpfung der sozialen Spaltung – die Baustellen, die die Ampelkoalition bearbeiten muss, sind vielfältig. Einig ist man sich beim Kampf gegen den Klimawandel. Die wahrscheinlich oberste Priorität hat derzeit die Frage, wie der Klimawandel zu schaffen ist. „Dabei darf die Politik nicht die sozialen Aspekte und Folgen aus den Augen verlieren“, mahnt Klaus Wicher. Klimapolitik dürfe sich nicht verselbstständigen: „Sie muss sozialpolitisch mitgedacht und abgefedert werden!“.

Daher befürwortet der SoVD Hamburg ein 100.000-Solaranlagen-Projekt, das zeigt, wie sich eine sozial-ökologische Politik praktisch ausrichten kann. „Dazu muss die Stadt die Photovoltaik auf Alt- und anderen Bauten stärker fördern, damit Mietparteien von dem klimaneutralen und günstigeren Strompreis profitieren“, sagt Wicher. Bei der Installation einer Photovoltaikanlage sinken jährliche Stromkosten. Kombiniert man die Anlage mit einem Stromspeicher, erhöht sich die Ersparnis.

Foto: Photovoltaik

Mehr Solarenergie könnte den Klimawandel positiv beeinflussen.

Klimaschutz sei ein Luxus, den sich nur diejenigen leisten könnten, die mehr als das Nötigste im Portemonnaie haben: „Klimawende gibt´s nicht für Kleingeld. Viele Haushalte mit Gering- und Mittelverdienern werden das nicht allein schaffen, aber sie können teilhaben“, sagt Wicher. „Ohne öffentliches Geld ist die sozial-ökologische Wende erst auf lange Sicht machbar“. Die Zeit dafür habe man nicht mehr. Trotzdem müssten hohe Klimakosten für Geringverdienende vollständig ausgeglichen werden. Mit dem Solar-Förderungsprojekt könnte Hamburg Vorbild sein.

Großes Medienecho auf Bekenntnis zur Impfpflicht des SoVD Hamburg

Den Stein ins Rollen gebracht

Die vierte Corona-Welle hat Deutschland in diesem Winter fest im Griff. Obwohl führende Wissenschaftler bereits im Sommer davor gewarnt hatten, reagierte die Politik nicht sofort. Das kritisierte SoVD-Landeschef Klaus Wicher in der Vorweihnachtszeit und löste damit ein großes Medienecho aus.

Die Folge des Nichthandelns war ein rasanter Anstieg der Infektionszahlen in der Vorweihnachtszeit. Grund genug für Wicher, Tacheles zu reden.

Er forderte schon Mitte November eine Impfpflicht für alle: „Angesichts der erschreckend hohen Inzidenzzahlen und den vielen Nichtgeimpften auf den Intensivstationen bin ich in großer Sorge, dass die Ärzt*innen zu Triage-Entscheidungen genötigt werden könnten. Außerdem ist inzwischen klar, dass ohne die Impfung aller nur noch mit einschneidenden Maßnahmen wie zum Beispiel Lockdowns die Ausbreitung des Virus stoppen können. Dies belasten Wirtschaft und unser öffentliches Leben über alle Maßen und das nun schon zu lange“.

Foto: rido/Adobe Stock

Die Diskussion um die Impfpflicht erhitzt aktuell die Gemüter.

Das Medienecho auf Wichers Forderung war übergroß. Nicht nur die Hamburger Presse, Funk und Fernsehen berichteten, auch überregional wurde über Wichers Forderung gesprochen: „Inzwischen hat auch die Politik erkannt, dass es jetzt mutige Entscheidungen braucht, damit wir der Pandemie auch langfristig trotzen können. Allein deswegen hat sich unsere durchaus kontroverse Initiative gelohnt. Wir haben damit den Stein wieder ins Rollen gebracht – und das ist gut so.“

Ansichten

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

Klaus Wicher

was wird uns das neue Jahr bringen? Corona wird ganz sicher ein großes Thema bleiben. Ich habe mich schon sehr früh für eine Impflicht ausgesprochen, damit endlich wieder „Normalität“ für alle einkehrt. Unsere Forderung wurde gehört, inzwischen ist die Impfpflicht ein Thema, über das das ganze Land spricht.

Die Politik muss jetzt aufzeigen, wie wir aus dem Kreislauf von Infektionswellen und Lockdowns herauskommen. Gerade Kinder und Jugendliche sind stark von den Folgen der Pandemie betroffen. Damit es eine gerechte Bildungschance für alle gibt, bedarf es vor allem für junge Menschen aus einkommensschwachen Haushalten individuelle Hilfen. Das bisherige Förderprogramm wird dafür nicht ausreichen. Hamburg muss mehr Mittel bereitstellen, damit alle Kinder einen chancenreichen Lebensanfang haben, der, einmal verpasst, später nicht nachgeholt werden kann.

Der SoVD hat sich zu den Zielen der UN-Klimakonferenz von 2015 bekannt. Die globale Erwärmung muss dringend auf 1,5 Grad begrenzt werden. Andernfalls droht uns eine weitere Zunahme von Hitzewellen, Starkniederschlägen und Dürren sowie die Erhöhung des Meeresspiegels. Die Flutkatastrophe mit schweren Überschwemmungen im letzten Jahr in Mitteleuropa hat gezeigt, wie dramatisch es heute schon ist. Die Solidarität bei der Flutopferhilfe war enorm und auch der SoVD hat über 100.000 Euro Spenden gesammelt, um zu helfen. Wir wollen weitere Zeichen setzen und engagieren uns seit Neustem im Hamburger Klimarat.

Als Sozialverband steht für den SoVD die Lebenssituation der Menschen im Mittelpunkt seines Handelns. Deswegen stellen wir der Politik immer wieder Fragen – nach Rentengerechtigkeit, funktionierenden Pflege- und Krankenversicherungssystemen und weiteren sozialen Absicherungen.

In Hamburg wollen wir an vielen Stellen Fortschritte erreichen, unter anderem bei der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, beim Zuschlag auf kleine Renten und einem preiswerten öffentlichen Personennahverkehr.

Die Gespräche mit der Politik über die verschiedenen sozialpolitischen Themen sind ein laufender Prozess, den wir in diesem Jahr weiter verstärken wollen. Unsere sozialpolitischen Leitlinien dienen dabei als Richtschnur.

Ihr Klaus Wicher,
1. Landesvorsitzender

Danke für die Treue und das Engagement

An dieser Stelle möchte ich ganz ausdrücklich allen Mitgliedern danken, die unserem Verband die Treue gehalten haben. Wir alle wissen, dass nur ein starker Verband mehr für Sie durchsetzen kann und deswegen ist Ihre Mitgliedschaft im SoVD so außerordentlich wichtig!

Ein besonderer Dank geht auch an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich gerade in der Zeit der Pandemie besonders engagiert haben und jederzeit dafür gesorgt haben, dass der Betrieb und unsere Sozialrechtsberatung stets für Sie da sein konnten.

Ihr Klaus Wicher
1. Landesvorsitzender

Jahreshauptversammlung

Ortsverband Marmstorf
19. Januar, 16 Uhr: Gasthof Jägerhof im Ehestorfer Heuweg. Landesvorsitzender Klaus Wicher leitet die Veranstaltung.

Ortsverband Bergstedt Sasel.
7. Februar, 17 Uhr: Sportlerheim zum Bergstedter, Teekoppel 9. Die Leitung übernimmt Werner Rowoldt.

Ortsverband Barmbek Nord.
8. Februar, 15 Uhr: Bürgerhaus Barmbek-Nord, Lorichstr. 28. Karin Schulz leitet die Sitzung.

Ortsverband Bramfeld/Farmsen
8. Februar, 15 Uhr: Simeon-Kirchengemeinde, Am Stühm-Süd 93. Birgit Lange führt durch den Nachmittag.

Ortsverband Langenhorn
18. Februar, 14 Uhr: Kirchengemeinde, Saal Ansgar, Wördenmoorweg 22. Den Ablauf der Sitzung leitet Wolfgang Seipp.

Ortsverband Bramfeld Süd
18. Februar, 15 Uhr: AWO-Seniorentreff, Bramfelder Chausee 11. Die Leitung übernimmt Ingrid Laatsch.

Kappenfest im März

Der SoVD Kreis West lädt am 2. März von 14 bis 18 Uhr zum Kappenfest ins Hamburg Haus in Eimsbüttel ein. Kostümzwang gibt es nicht, aber Organisatorin Marianne Neumann freut sich über möglichst viele Kostümierte. DJ Hartmut Benkendorf sorgt an der Hammondorgel für Stimmung. Bei Musik, Kaffee und Kuchen wird gefeiert und getanzt. Es gilt 2G. Wer dabei sein möchte, muss nachweisen, dass er geimpft oder genesen ist und den Personalausweis dabei haben. Karten gibt es in den Ortsverbänden und am 2. März vor Ort für neun Euro.

Fotos: S. Rahlf

Linkes Foto: (v. li.): Marco Röder, Haspa, Klaus Wicher, Finanzsenator Dr. Andreas Dressel und Michael Werner-Boelz, IG Fuhle. Rechtes Foto: Klaus Wicher und Bundestagsabgeordnete Dorothee Martin.

SoVD-Landesvorsitzender zu Gast beim 8. Barmbeker Dialog

Wichtige Kontakte gepflegt

Informationen aus erster Hand und persönlicher Austausch – das waren die Schwerpunkte des 8. Barmbeker Dialogs, zu dem die IG Fuhle in der Vorweihnachtszeit geladen hatte. Mehr als 60 Gäste aus Wirtschaft und Politik folgten der Einladung ins frisch eröffnete Intercity Hotel in Barmbek.

Die SoVD-Landesgeschäftsstelle in der Pestalozzistraße liegt quasi um die Ecke – als guter Nachbar nahm Klaus Wicher die Gelegenheit wahr, sich bei dem Treffen auszutauschen. Unter anderem sprach er mit dem Hamburger Finanzsenator Dr. Andreas Dressel über die Weiterführung der Corona-Unterstützung für die Händler und Selbstständigen. Da sei noch Fördergeld für Unternehmen vorhanden, so Dr. Dressel. Auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Dorothee Martin, selbst SoVD-Mitglied, schaute vorbei und tauschte sich mit Wicher über den Mobilitätswandel in der Stadt aus. „Hier ist vor allem mehr Rücksicht auf behinderte Menschen, Kranke und alte Menschen im Straßenverkehr nötig", forderte Klaus Wicher.

Landesvorsitzender Klaus Wicher vertritt den SoVD im Hamburger Klimarat

Soziale Folgen einbeziehen

Der Hamburger Klimarat wurde 2020 gegründet und spannt ein hamburgweites Netzwerk, in dem sich die Mitglieder austauschen und unterstützen. SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher ist das jüngste Mitglied im Klimarat.

„Ich bin stolz darauf, in diesen illustren und kompetenten Kreis aufgenommen zu werden und von hier aus für die Verzahnung von Klimaschutz und der immer dringender werdenden sozialen Frage zu werben und zu raten", so Wicher. Die Mitglieder kommen aus großen Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden, darunter Handelskammerpräsident Norbert Aust, Bischöfin Kirsten Fehrs, Expeditionsleiter Arved Fuchs, Andreas Breitner vom Verband der norddeutschen Wohnungsbauunternehmer, Klimaforscher Mojib Latif und HHLA-Cefin Angela Tietzrath. Sie alle nutzen die kurzen Wege, um Projekte für den Klimaschutz voranzubringen, sich gegenseitig zu informieren und als Dialogpartner in der Öffentlichkeit für mehr Klimaschutz und deren soziale Absicherung zu werben. Der Klimarat ist ausdrücklich unpolitisch und unabhängig. „Mich reizt vor allem, dass sich der Rat als Forum betrachtet, mit engem Austausch, und einen faktenorientieren Diskurs", so Wicher. Dies sei heute besonders wichtig: „Klimaschutz kann ohne die Betrachtung der sozialen Folgen nicht funktionieren. Dies haben viele immer noch nicht verstanden. Dafür werde ich im Klimarat besonders werben".

Das Projekt „SoVDigital" ist erfolgreich gestartet

Gegen die Einsamkeit

Seit November 2021 rücken die Hamburger SoVD-Mitglieder wieder enger zusammen – SoVDigital machts möglich. Jeden 1. Dienstag im Monat treffen sich alle Interessierten ab 18 Uhr online im Internet, tauschen sich aus, lernen Neues über Apps, Chats und Streams und haben jede Menge Spaß beim Hamburg-Quiz.

„SoVDigital ist modern, gesellig und vor allem ansteckungsfrei", wirbt Moderator Werner Hansen für das neue Angebot. Er möchte diejenigen, die aktiv bleiben wollen und für Neues offen sind, in die digitale Zukunft mitnehmen. Dazu gehören praktische Übungen im Umgang mit den digitalen Medien, aber auch die neuesten Infos über soziale Themen wie Rente, Pflege oder Mobilität kommen nicht zu kurz. Dabei sein können alle, die sich über das Internet austauschen und fitter im Umgang mit den digitalen Angeboten werden möchten. „Und, es ist eine neue Möglichkeit, der eigenen Einsamkeit etwas entgegenzusetzen", sagt SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher. Alles, was Sie brauchen, sind ein PC, Laptop oder Notebook. Außerdem muss das Programm „Zoom", der virtuelle Treffpunkt, heruntergeladen werden. Anmeldung bei Thomas Bohn: anmeldung@sovd-hh.de oder unter Tel.: 040 / 61 16 07 41. Im Anschluss erhalten Sie einen Zugangslink. Fragen beantwortet Werner Hansen unter Tel.: 0176 / 80 27 283 oder per E-Mail: wh-hamburg@web.de.

Foto: S. Rahlf

Moderator Werner Hansen kennt sich digital aus.

Sozialrechtsberatung

Auch im härtesten Lockdown haben wir Sie nicht im Stich gelassen und waren für Sie da! Die Beratung und Vertretung vor Gericht ging die ganze Zeit weiter – telefonisch und per E-Mail. Mit der Rückkehr zu mehr Normalität können wir unseren Hamburger SoVD-Mitgliedern jetzt endlich wieder eine persönliche Beratung vor Ort anbieten, natürlich weiter unter Einhaltung aller Schutzmaßnahmen: Abstandhalten, Hygienemaßnahmen, Maskenpflicht, Kontaktnachverfolgung sind deshalb Pflicht.

Sie brauchen Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen? Dann melden Sie sich bei uns unter Tel.: 040 / 61 16 070, schreiben Sie uns eine E-Mail an: info@sovd-hh.de oder kommen Sie in dringenden Fällen persönlich bei uns vorbei.

- **SoVD-Beratungszentrum, Landesgeschäftsstelle,** Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch, 9 bis 16 Uhr, Donnerstag 9 bis 18 Uhr, Freitag, 9 bis 14 Uhr.

Die Öffnungszeiten für unsere weiteren Beratungszentren standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Bitte fragen Sie in Barmbek nach oder informieren Sie sich auf unserer Webseite: sovd-hh.de, zu welchen Zeiten geöffnet ist in

- **Lurup,** Luruper Hauptstraße 149,
- **Farmsen,** Marie-Bautz-Weg 11 (im Berufsförderungswerk Farmsen, Haus W, Raum 034, EG),
- **Harburg,** Winsener Straße 13,
- **Altona,** Bürgertreff Altona-Nord (BiB), Gefionstraße 3,
- **Langenhorn,** Bürgerhaus, Tangstedter Landstraße 41,
- **Bergedorf,** Beratungsbüro im Marktkauf-Center, Alte Holstenstraße 30.

Soziales im Blick

Mitteldeutschland
Landesverband Thüringen | Sachsen-Anhalt | Sachsen

Tel. (0391) 2 53 88 97
Fax (0391) 2 53 88 98
E-Mail: info@sovd-mitteldeutschland.de
Internet: www.sovd-mitteldeutschland.de
1. Landesvorsitzende: Kerstin Römer
Landesgeschäftsführer: Holger Güssau

SOVD

Beteiligung der SoVD-Kreisverbände an Zeremonien zum Volkstrauertag

Gedenken an die Opfer erhalten

Sachsen-Anhalt **Da die Gründungsgeschichte des SoVD eng mit den zwei Weltkriegen verbunden ist, ist die Teilnahme am Volkstrauertag für viele Mitglieder Tradition. Trotz Corona war es den Kreisverbänden in diesem Jahr wieder möglich, Kränze im Gedenken abzulegen.**

Kreisverband Wernigerode

Nach einem Jahr Pause, bedingt durch die Corona-Pandemie, wurde wieder eine Gedenkstunde für die Opfer von Krieg und Gewalt in Wernigerode durchgeführt. „Für uns als Sozialverband war es selbstverständlich", bekräftigte Vorsitzende Birgit Jungtorius, „dass eine Abordnung unseres Kreisverbandes daran teilnimmt."

In einer Ansprache gedachte Oberbürgermeister Peter Gaffert den Opfern von Krieg, Terror, Gewaltherrschaft, Verfolgung und Vertreibung. Am Gedenkstein der Kriegsgräberstätte auf dem Zentralfriedhof von Wernigerode legten eine Abordnung der Stadt, des CDU-Kreisverbandes, des Wernigeröder Schützenvereins und des SoVD-Kreisverbandes sowie einige Bürger*innen der Stadt Kränze und Blumen nieder.

Der Gedenktag 2021 stand ganz im Zeichen der Erinnerung an den besonders grausamen und verlustreichen Angriffs- und Vernichtungskrieg vor 80 Jahren mit der Besetzung von Jugoslawien und Griechenland sowie dem Überfall auf die Sowjetunion. Das Gedächtnis versage vor den Verbrechen an Zivilist*innen, Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangenen. Aber auch die Menschen, die in der heutigen Zeit ihr Leben für ihr Vaterland riskieren, sollten nicht vergessen werden, ebenso nicht die Veteranen der Auslandseinsätze und die Familien der Gefallenen.

Die Handreichung über den Gräbern und die Mahnung zum Frieden sei daher nach wie vor aktuell.

Foto: Monika Lück

Am Volkstrauertag werden jedes Jahr am Ehrenmal für die gefallenen Soldaten Blumen auf dem städtischen Friedhof in Genthin niedergelegt.

Kreisverband Mittelelbe

Coronabedingt wurde die alljährliche Gedenkveranstaltung anlässlich des Volkstrauertages im vergangenen Jahr abgesagt. 2021 konnte sie unter Einhaltung entsprechender Maßnahmen wieder stattfinden.

Die Gedenkveranstaltung in Genthin steht traditionell unter der gemeinschaftlichen Schirmherrschaft der Stadt und der Kirchengemeinden Sankt Trinitatis und Sankt Marien. An der Kranzniederlegung am Ehrenmal für die gefallenen Soldaten auf dem städtischen Friedhof in Genthin nahm neben Vertretern des Stadtrates, von Parteien und Institutionen auch der 1. Vorsitzende des Kreisverbandes Mittelelbe, Jörn Sanftleben, teil und legte ein Blumengebinde nieder.

Kreisverband Halberstadt

Am Volkstrauertag nahm der SoVD-Kreisvorstand Halberstadt wieder an der Kranzniederlegung zu Ehren der Toten aller Kriege teil. „Da der Sozialverband ja aus dem Reichsbund entstanden ist, der sich um die Versehrten der Weltkriege kümmerte, sehen wir uns hier in besonderer Verpflichtung", erklärt der Vorsitzende Klaus Schatter. Pfarrerin Hannah Becker hielt eine würdige Ansprache der Toten zu Gedenken. Verschiedene Parteien, Verbände und Vereine legten Kränze am Ehrenmal ab. Stadtratspräsident Dr. Volker Bürger entschuldigte den erkrankten Oberbürgermeister und bedankte sich bei den vor Ort erschienen Teilnehmer*innen.

Die Delegation des SoVD Wernigerode.

Cornelia und Klaus Schatter vom KV Halberstadt.

Zuzahlung bei energetischen Sanierungen

Sanierungszuschuss als Bonus für Thüringen

Thüringen **Angesichts der steigenden Preise für fossile Brennstoffe machen sich viele Mieter, Vermieter und Hauseigentümer Gedanken: Inwiefern würden sich eine moderne Heizung, eine Dämmung oder neue Fenster bei den monatlichen Kosten bemerkbar machen? Wann lohnt sich die Investition?**

„Hier ist ein konkreter Plan immer eine gute Idee", weiß Peter Schmöger von der Verbraucherzentrale Thüringen. Mit dem Thüringer Sanierungsbonus-Plus gibt es jetzt einen Zuschuss für individuelle Sanierungsfahrpläne. Damit fördert das Land Thüringen energetische Sanierungen in Thüringen. Konkret werden individuelle Sanierungsfahrpläne bezuschusst. Diese erstellen anerkannte Energie-Experten.

Verbraucherinnen und Verbraucher tragen letztendlich nur noch zehn Prozent der Kosten für die Erstellung eines solchen Plans. Denn das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bezuschusst die Beratung und Fahrplanerstellung bereits mit bis zu 80 Prozent.

Ein individueller Sanierungsfahrplan legt eine Strategie fest, um ein Gebäude oder eine Wohnung Schritt für Schritt zu sanieren. Diese Schritte sind aufeinander abgestimmt, also ökonomisch und energetisch optimiert.

Als Eigentümerin oder Eigentümer wissen Sie vielleicht gar nicht, womit Sie anfangen sollen: Mit der Dachdämmung oder doch mit dem Austausch der Heizung? Vielen ist nicht klar, welche Chancen eine gezielte Kombination der richtigen Maßnahmen bietet, beispielsweise die Kopplung von Gas und Solartherme.

Der Fahrplan zeigt, was am sinnvollsten ist und wo Verbraucher*innen sparen können. Und: Er öffnet die Tür zu weiteren Fördermitteln. Er lohnt sich also um ein Vielfaches!

Bei der Verbraucherzentrale kann der Sanierungsbonus-Plus beantragt werden. Informationen dazu erhalten Sie bei den Energieberatern der Verbraucherzentrale, telefonisch unter: 0361 / 55 51 431 oder online unter: www.thueringer-sanierungsbonusplus.de. *Quelle: Verbraucherzentrale Thüringen*

Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Fürs Energiesparen gibt es in Thüringen einen Zuschuss.

Nachruf

Nach langer Krankheit verstarb am 28. November 2021 unser Mitglied

Klaus-Peter Hinz,

2. Kreisvorsitzender und Vorsitzender des Ortsverbandes Zörbig. Der SoVD-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld wird ihn stets in guter Erinnerung behalten.

Joachim Heinrich, 1. Kreisvorsitzender

Gut besuchter Vortrag im Kreisverband Wernigerode zu neuen Premium-Pflegemodellen

Zeit nehmen ist auch in der Pflege ist möglich

Sachsen-Anhalt **Unter dem Motto „Mehr Zeit für gute Pflege" konnten die Mitglieder des Kreisverbandes Wernigerode am 2. November den Geschäftsführer des Pflegedienstes VitaConSana begrüßen. Steffen Rogge begann seine Ausführungen mit den Worten: „Was wäre, wenn mein Pflegedienst mehr Zeit für mich hätte?".**

Einige Mitglieder des Kreisverbandes Wernigerode nehmen bereits die Hilfe von Pflegediensten in Anspruch und erleben oft Folgendes: kurze Begrüßung, in wenigen Minuten waschen, neuer Verband, Medikamente kontrollieren, schnelle Verabschiedung mit dem Telefon am Ohr.

„Klar ist uns natürlich", so Kreisvorsitzende Birgit Jungtorius, „dass viele Pflegefachkräfte so handeln, weil das Pflegesystem nicht mehr hergibt. Viel lieber würden sich die Pflegekräfte mehr um ihre Patientinnen und Patienten kümmern. Aber leider sind die Pflegedienste einem wirtschaftlichen Druck unterlegen, sie müssen ihre Aufgaben eng takten." Mehr Zeit – das ist es aber, was sich die meisten Pflegebedürftigen wünschen. Steffen Rogge stellte an diesem Tag die Ambulante Pflege Premium vor, die vom Pflegedienst VitaConSana angeboten wird. Ganz gespannt hörten alle zu, als erklärt wurde, was man darunter verstehen darf: Es ist eine Kombination mit mehr Zeit für personenbezogene Leistungen, zum Beispiel eine deutlich erweiterte Grundpflege oder einfach etwas Zeit zum Plaudern. Leistungen wie Wundversorgung oder andere Behandlungen, die ausschließlich von Pflegefachkräften durchgeführt werden dürfen, werden auch entsprechend dem SGB V über die Pflegekassen abgerechnet.

„Wir kamen zu der Schlussfolgerung, dass dies eine tolle Sache ist", sprach Jungtorius die Gedanken der Zuhörenden aus. Aber wie finanziere ich diese Pflege? Da es sich um ein nicht bezahltes Engagement von den Pflegekassen handelt, muss eine Servicepauschale erhoben werden, je nach Bedarf kann man darüber hinaus weitere Dienstleistungen dazubuchen. Natürlich fragten sich die Anwesenden, wie man diese Angebote mit einer kleinen Rente nutzen kann. Aber das sind von Fall zu Fall Fragen, die individuell mit dem Pflegedienst besprochen werden können. Die Grundidee begeisterte aber auf alle Fälle. In einer anregenden Diskussion konnten gleich Fragen geklärt werden.

Der Pflegedienst kümmert sich auch um Schwerstpflegefälle, die entweder in ihrem Zuhause oder aber in der Pflegestation betreut werden. Herr Rogge lud die Mitglieder des Kreisverbandes ein, die Pflegeeinrichtung zu besichtigen. Dieses Angebot will der Kreisverband Wernigerode gerne wahrnehmen.

Einige Zuhörer*innen aus dem Publikum haben selbst schon die Zeitknappheit bei der Pflegeversorgung erlebt.

Termine

Kreisverband Wernigerode

4. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff, „Wir begrüßen das neue Jahr", Heltauer Platz 1.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Grafik: warmworld / Adobe Stock

Aufgrund der Corona-Krise finden alle Angebote nur unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den genannten Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Sprechstunde stattfindet!

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391 / 2 53 88 97. Fax: -98. Sprechzeiten nach telefonischer Vereinbarung, montags bis donnerstags, 9–15 Uhr und freitags, 9–13 Uhr.

Sachsen

Sozialberatung

Sprechstunden s. Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (Erdgeschoss links), 01127 Dresden, Tel.: 0351 / 2 13 11 45, Fax: 0351 / 2 13 11 46, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581 / 87 83 022 Ansprechpartner: Olaf Anders.

Thüringen

Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361 / 79 07 90 07, Fax: 0361 / 79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West

Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Sachsen-Anhalt

Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle, nur nach telefonischer Absprache.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931 / 54 50. Sprechzeit: jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstraße 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340 / 8 82 69 23. Sprechstunde: dienstags, 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151 / 57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs, 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345 / 7 74 8246. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 03933 / 80 43 77. Sprechzeit: jeden 1 Dienstag im Monat, 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909 / 4 18 14. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle erfragen.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949 / 9 81 58. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden 1. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr.

Andere Termine und Telefonberatung erhalten Sie unter Tel.: 03946 / 70 61 08 (Vorsitzender) und 03946 / 34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901 / 6 58 88. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 / 70 20 20. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und nach Vereinbarung.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209 / 6 03 66. Sprechzeiten: dienstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: 2., 3. und 4. Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Vereinbarung unter Tel.: 03943 / 63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig", Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz) / Oesig, Tel.: 03944 / 6 47 33. Sprechzeiten: erster Dienstag und erster Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443 / 59 99 50, Fax: 034443 / 59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Soziales im Blick

Mecklenburg-Vorpommern
Landesverband

SOVD

Tel. (0381) 7 60 10 90
Fax (0381) 7 60 10 920
E-Mail: info@sovd-mv.de
Internet: www.sovd-mv.de
1. Landesvorsitzender: Dr. Helmhold Seidlein
Landesgeschäftsführer: Donald Nimsch

Verbraucherzentrale gibt Tipps zum sparsamen Medikamentenkauf

Unnötige Zuzahlung vermeiden

Für verschreibungspflichtige Medikamente stellt der Arzt ein Rezept aus, welches Patienten in der Apotheke einreichen. Die Kosten werden von der Krankenkasse übernommen, jedoch haben Versicherte einen Teil der Kosten in Form von gesetzlichen Zuzahlungen zu leisten.

Der Eigenanteil beträgt zehn Prozent des Arzneimittelpreises, mindestens fünf und maximal zehn Euro. Kostet das Medikament weniger als fünf Euro, müssen Sie die Kosten allein tragen. Die Zuzahlung gilt pro Medikament und nicht pro Rezept.

Verschreibt der Arzt ein günstiges Medikament, kann aufgrund der Zuzahlungsregelung unter Umständen trotzdem eine Ersparnis erzielt werden. Kostet in einer Gruppe von Medikamenten mit identischem Wirkstoff das teuerste zum Beispiel 100 Euro oder mehr, das preiswerteste dagegen 50 Euro oder weniger, können Patienten fünf Euro pro Medikament an Zuzahlung sparen.

Das Ausmaß der Zuzahlungen für Patienten ist jedoch begrenzt: Übersteigen die Kosten zwei Prozent der jährlichen Einkünfte, kann man sich für den Rest des Jahres befreien lassen. Für chronisch kranke Menschen gilt eine reduzierte Zuzahlungsgrenze von einem Prozent der Einnahmen.

Foto: pix4U / AdobeStock:

Wenn man regelmäßig Medikamente benötigt, kann ein hoher Betrag an Zuzahlungen im Jahr zusammenkommen.

Festbetragsregelung und Mehrkosten

Die gesetzlichen Krankenkassen haben für zahlreiche Medikamente so genannte Festbeträge festgelegt. Die Krankenkassen bezahlen bei diesen Arzneimitteln nicht den von den Pharmaherstellern angesetzten Preis, sondern nur den festgelegten Betrag, der jeweils für eine Gruppe von vergleichbaren Medikamenten gilt (zum Beispiel Bluthochdruckmittel, Cholesterinsenker, Herz-Kreislauf-Präparate).

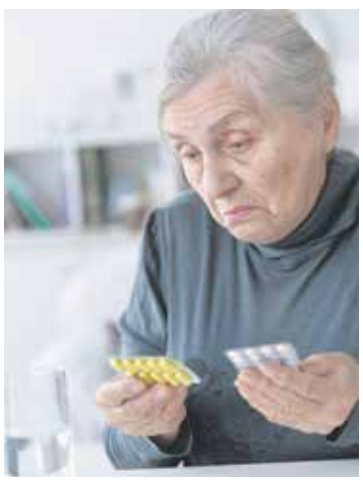

Foto: aletia2011 / AdobeStock:

Viele Medikamente gibt es in einer billigeren Version.

Bei einem Medikament auf Rezept, dessen Preis über dem Festbetrag der Krankenkassen liegt, müssen Sie die Differenz zwischen Festbetrag und Abgabepreis zusätzlich zur gesetzlichen Zuzahlung von fünf bis zehn Euro pro Packung aus der eigenen Tasche aufzahlen! Der Differenzbetrag wird auch Patienten berechnet, die von der Zuzahlung befreit sind.

Ärzte müssen Patienten jedoch über die Mehrkosten informieren, wenn der Preis des verschriebenen Präparats über dem Festbetrag liegt. Verschreibt der Arzt ein teures Präparat, fragen Sie nach vergleichbaren, preiswerteren Medikamenten und achten Sie darauf, dass Ihnen möglichst Mittel ohne Mehrkosten verschrieben werden.

Zuzahlungsbefreiung unter bestimmten Bedingungen

Der GKV-Spitzenverband kann besonders preisgünstige Arzneimittel von der gesetzlichen Zuzahlung pro Packung befreien. Dafür muss das Medikament mindestens 30 Prozent günstiger sein als der vereinbarte Festbetrag. Erkundigen Sie sich nach zuzahlungsfreien Medikamenten!

Eine tabellarische Übersicht von zuzahlungsfreien Arzneimitteln gibt es als kostenlosen Download auf der Internetseite des GKV-Spitzenverbands: sortiert nach Arzneimittelname und nach Wirkstoff

Die Festbeträge werden in der Regel mindestens einmal jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst. Dadurch kann es passieren, dass der von den Krankenkassen bislang erstattete Betrag gesenkt wird, ein oder auch mehrere Hersteller den Verkaufspreis aber nicht reduzieren. In diesen Fällen können den Patienten Mehrkosten entstehen, und auch die Befreiung von der Zuzahlung kann wegfallen.

Krankenkassen schließen außerdem Rabattverträge mit Arzneimittelherstellern ab. Sie dürfen ihren Versicherten die Zuzahlungen für rabattierte Arzneien ganz oder teilweise erlassen, müssen es aber nicht. Ändert die Kasse den Vertragspartner, können vorher zuzahlungsbefreite Medikamente wieder kostenpflichtig werden. Die Krankenkassen geben Auskunft, ob Rabattvereinbarungen mit Pharmaherstellern bestehen. In Einzelfällen können Sie Arzneimittel dann ohne Aufzahlung erhalten, auch wenn diese den Festbetrag übersteigen. Wenn Sie auf bestimmte Medikamente dauerhaft angewiesen sind, kann dies ein Kriterium bei der Wahl der Krankenkasse sein.

Fragen Sie am besten auch in der Apotheke nach, ob Sie im Rahmen des Rabattvertrags ein zuzahlungsfreies Medikament erhalten können.

Wenn Sie für Arzneimittel zuzahlen müssen, bewahren Sie die Belege für Ihre Steuererklärung auf! Die Quittungen können Sie als außergewöhnliche Belastung absetzen.

Quelle: VZ Bund

Editorial

Zum Jahreswechsel

Liebe Mitglieder,

Helmhold Seidlein

„Das neue Jahr sieht mich freundlich an, und ich lasse das alte mit seinem Sonnenschein und Wolken ruhig hinter mir.“ (Johann Wolfgang von Goethe)

Goethe hatte nur teilweise recht. Es ist gut, das alte Jahr hinter uns zu lassen. Nur, das neue Jahr sieht uns eben nicht freundlich an. Wir sehen die gleichen Probleme, die uns im alten Jahr beschäftigt haben. Und so werden wir auch 2022 unsere Kraft dafür einbringen wollen und müssen, der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken, Gleichheit herzustellen zwischen Menschen verschiedener Geschlechter, Altersarmut zu beseitigen, Lehr- und Lerngerechtigkeit zu sichern, Frieden im Inneren und nach außen zu gewährleisten, Deutsche jüdischen Glaubens tatsächlich zu schützen, die Schöpfung zu bewahren, offen zu sein für Neues, ohne Altes zu vernichten, Ehrfurcht zu haben vor den Leistungen unserer Vorfahren und respektvollen Umgang mit unserer Muttersprache zu pflegen sowie Gemeinwohl vor Eigennutz zu stellen.

Liebe Freundinnen und Freunde, zwei Jahre Corona-Pandemie, Welle auf Welle, und auch 2022 werden die Wellen nicht abebben. Wie schon im bisherigen Verlaufe der Pandemie geben wir Ihnen als Landesvorstand des SoVD in Mecklenburg-Vorpommern keine Aufforderung zum Impfen mit auf den Weg in das neue Jahr. Unser deutsches Grundgesetz ist beim Recht auf gesundheitliche Selbstbestimmung eindeutig. Aber wir können und müssen an die Solidarität aller appellieren, das zu tun, was der Gemeinschaft nützt und das zu lassen, was unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Jeder muss seine Entscheidung treffen. Lassen Sie sich diese Entscheidung für Menschlichkeit und Solidarität von niemandem abnehmen. Beraten Sie sich mit den Ärztinnen und Ärzten Ihres Vertrauens.

Ihnen und Ihren Familien einen guten Beginn des neuen Jahres. Wenn wir zusammenstehen, werden wir im Dezember 2022 eine positive Bilanz ziehen können: *„Erst am Ende eines Jahres weiß man, wie sein Anfang war.“ (Friedrich Nietzsche)*

Dr. med. Helmhold Seidlein
1. Landesvorsitzender

Höherer Zuverdienst

Die Hinzuverdienstgrenze für vorgezogene Altersrenten wird auch im Jahr 2022 auf 46.060 Euro angehoben. Jahreseinkünfte bis zu dieser Höhe führen somit nicht zur Kürzung einer vorgezogenen Altersrente. Ab 2023 gilt voraussichtlich wieder die ursprüngliche Hinzuverdienstgrenze von 6.300 Euro pro Kalenderjahr.

Für die Jahre 2020 und 2021 war die ursprüngliche Hinzuverdienstgrenze bereits deutlich erhöht worden. Der Gesetzgeber reagierte damit auf Personalengpässe durch die COVID-19-Pandemie. Mit der Regelung soll die Weiterarbeit oder Wiederaufnahme einer Beschäftigung nach Renteneintritt erleichtert werden.

Die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze gilt für Neu- und Bestandsrentner. Die Änderung hat keine Auswirkungen auf die Hinzuverdienstregelung für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und die Anrechnung von Einkommen auf Hinterbliebenenrenten. *Quelle: Dt. Rentenversicherung Bund*

Freiwillige für das Ehrenamt gesucht

Die ehrenamtlichen Aufgaben im Kreisverband Parchim sind sehr vielfältig. Da muss beispielsweise ein Telefonat erledigt, eine Kasse geprüft, ein Treffen organisiert, Briefe verschickt, ein Sachverhalt recherchiert oder Gespräche mit Kooperationspartnern geführt werden. Wer Lust hat, sich ebenfalls in Parchim einzubringen, neue Kontakte knüpfen und dabei seine freie Zeit sinnvoll einsetzen möchte, kann sich gerne in der Geschäftsstelle des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern unter Tel.: 0381 / 76 01 09 11 oder per E-Mail an: info@sovd-mv.de melden, um mehr über das aufregende Leben im Parchimer Ehrenamt zu erfahren. Vielleicht sind auch Sie schon bald dabei. Wir würden uns freuen!

Rechtsberatung

Foto: pictworks / AdobeStock

Grevesmühlen / Wismar: 1. und 29. September, **Parchim:** 8. September., **Güstrow / Schwerin:** 22. September. Es berät Doreen Rauch.

Bitte melden Sie sich für eine Terminvergabe bei den jeweiligen Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt".

Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381 / 76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998 / 22 51 24.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843 / 68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883 / 51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931 / 12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: zur Zeit nicht besetzt, Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381 / 76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326 / 46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881 / 71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße29, 19370 Parchim, Tel.: 03871 / 44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381 / 7 69 61 30.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen / Rügen, Tel.: 03838 / 20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. Stock (hinter der Glastür re., 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385 / 20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831 / 22 99 7 26.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834 / 84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841 / 28 30 33.

Fotos: ACE / Thomas Kienzle

Der ACE- Kreisclub überprüft die Normgröße eines Behindertenparkplatzes. Mit dabei: Schirmherr Stefan Zierke, MdB, und Stefan Heimlich, Vorsitzender des ACE.

Ergebnisse des bundesweiten Parkplatzchecks des Auto Club Europa

„Barrierefrei besser ankommen"

Im Rahmen der 16. Clubinitiative des Auto Club Europa (ACE) wurde in diesem Jahr die Barrierefreiheit von Deutschlands Parkhäusern und -plätzen getestet. Ergebnis der Aktion: 36 Prozent sind nicht barrierefrei.

Unter dem Motto „Barrierefrei besser ankommen!" haben die rund 800 Ehrenamtlichen des zweitgrößten Auto Clubs Deutschlands in den vergangenen Monaten insgesamt 2.653 Parkplätze für Menschen mit speziellen Anforderungen unter die Lupe genommen. In die Bewertung eingeflossen sind insgesamt 15 Kriterien wie die Größe und Kennzeichnung der Parkflächen, aber auch die Erreichbarkeit der Kassenautomaten, die Möglichkeit zum barrierefreien E-Laden und die Beleuchtung der Parkplätze.

Problematisch: Brandschutztüren sind schwer zu öffnen. Eine Türautomatik kann Abhilfe verschaffen.

Über ein Drittel der Parkflächen nicht barrierefrei

Deutschlandweit sind mit 36 Prozent über ein Drittel der untersuchten Parkplätze als nicht barrierefrei durchgefallen. Knapp 40 Prozent erhielten die Note gut, während 24 Prozent der getesteten Parkflächen mit sehr gut abschnitten. Spitzenreiter in Bezug auf die Barrierefreiheit ist Sachsen – hier wurden sogar 62 Prozent der Parkplätze mit dem Testurteil „sehr gut" ausgezeichnet. In Hessen hingegen, wo mit 664 in Summe die meisten Parkplätze getestet wurden, fielen mit 52 Prozent über Hälfte in Sachen Barrierefreiheit durch. Bei den bundesweiten Parkplatzchecks wurden insgesamt über 2.600 Parkflächen in 430 Parkhäusern untersucht.

Der ACE-Vorsitzende Stefan Heimlich erläutert: „Mit unserer Aktion haben wir die alltäglichen Verkehrsräume für Menschen mit eingeschränkter Mobilität ins Visier genommen, um wachzurütteln und wenn notwendig Barrieren zu beseitigen. Wir freuen uns, dass unsere Parkplatz-Checks der überwiegenden Mehrheit der Parkhäuser die Barrierefreiheit bescheinigen konnten. Aber auch mit den Betreibern der Parkhäuser mit mangelnder Barrierefreiheit sind wir vor Ort in den Dialog getreten, um Nachbesserungen voranzutreiben. Barrierefreie Orte ermöglichen nicht nur Menschen im Rollstuhl, sondern auch Eltern mit Kinderwagen und Älteren mit Gehhilfen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Denn Menschen sind nie Barrieren, es sind die Orte, die Barrieren darstellen."

Eltern-Kind-Parkplätze nur bei 46 Prozent vorhanden

Nicht funktionierende Fahrstühle, Bordsteine oder Platzmangel können nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch Eltern mit Kinderwagen oder Jugendliche mit Gipsfuß vor ungeahnte Herausforderungen stellen. Bei den ACE-Parkplatzchecks verfügten nur 46 Prozent der untersuchten Parkhäuser über ausgewiesene Eltern-Kind-Parkplätze. Vorbildlich schnitt in dieser Kategorie mit 80 Prozent Thüringen ab, dicht gefolgt mit je 75 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg.

Nachholbedarf bei barrierefreiem Laden

Wer auf Barrierefreiheit angewiesen ist und ein E-Auto fährt und laden will, hat vor allem in Hamburg gute Karten: Alle untersuchten Parkhäuser verfügten auch über barrierefrei zugängliche Ladesäulen. In Niedersachsen wiesen immerhin noch 43 Prozent der getesteten Parkhäuser barrierefreie Ladeplätze für E-Autos auf, in Thüringen waren es 40 Prozent und in Sachsen 38 Prozent. In allen anderen Bundesländern offenbart sich ein deutlicher Nachholbedarf: Die Verfügbarkeit dieser speziellen Parkplätze rangiert in den übrigen Ländern zwischen 11 und 32 Prozent.

Quelle: ACE

Soziales im Blick

Niedersachsen-Echo

Die Landesbeilage des SoVD in Niedersachsen

SOVD

Januar 2022 Ausgabe Nr. 1

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen / SoVD forderte bessere Förderung für Frauenhäuser

Finanzierung von Frauenhäusern ausbauen

Seit über zehn Jahren steigt die Zahl der Fälle von häuslicher Gewalt kontinuierlich an. Dieser Trend hat sich durch die Corona-Pandemie weiter verschärft. Anlässlich des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen am 25. November fordert der SoVD in Niedersachsen eine bessere Förderung der Frauenhäuser und einen Ausbau der verfügbaren Plätze – gerade in ländlichen Regionen. Die geplante Richtlinie zur Finanzierung von Zufluchtsstätten des niedersächsischen Sozialministeriums geht Niedersachsens größtem Sozialverband dabei nicht weit genug.

Foto: Lightfield Studios / Adobe Stock

In der Pandemie hat sich die Situation von Gewalt betroffener Frauen nochmals verschlimmert. Besonders in ländlichen Regionen müssen Frauenhäuser aus Sicht des SoVD intensiver gefördert werden.

Immer mehr Frauen in Deutschland werden Opfer von Gewalt durch ihren Partner. Die Corona-Pandemie hat dies verschlimmert, da Betroffene aufgrund von Lockdown-Phasen und Homeoffice stärker der Kontrolle der Täter ausgesetzt sind. Insgesamt ist die häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder 2020 im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozent gestiegen. „Schon in der Vergangenheit gab es zu wenig verfügbare Plätze in Frauenhäusern. Die finanzielle Förderung seitens der Politik steigt nicht in dem Maße, in dem es dringend notwendig wäre“, sagt Roswitha Reiß, Landesfrauensprecherin des SoVD in Niedersachsen.

Durch die Pandemie habe sich diese Situation weiter massiv verschärft. „Die Politik muss endlich mehr Geld in die Hand nehmen, um die Folgen für die betroffenen Frauen und ihre Kinder aufzufangen“, fordert Reiß. Da gehe es ganz generell um eine bessere finanzielle Ausstattung, aber auch um die Finanzierung von Fachpersonal und den Ausbau der Barrierefreiheit, damit auch Frauen mit Behinderung die Räumlichkeiten nutzen können.

Anfang 2022 soll zwar eine neue Richtlinie des niedersächsischen Sozialministeriums zur Finanzierung von Frauenhäusern in Kraft treten, diesen sieht Niedersachsens größter Sozialverband allerdings kritisch. „Die Förderung orientiert sich nicht am Bedarf. Besonders problematisch ist außerdem, dass nur Frauenhäuser unterstützt werden, die mindestens vier Plätze anbieten. Diese Beschränkung muss gestrichen werden“, betont die Landesfrauensprecherin. Nur so könne das Hilfesystem nachhaltig ausgebaut werden.

Vielseitiges ehrenamtliches Engagement im SoVD Niedersachsen

SoVD dankt ehrenamtlich Aktiven

Menschen, die sich ehrenamtlich für andere einsetzen, leben Solidarität und sind in unserer Gesellschaft unverzichtbar. In Niedersachen engagiert sich etwa jede*r Zweite ehrenamtlich. Und auch beim SoVD sind sehr viele aktiv: Rund 10.000 SoVD-Ehrenamtliche in Niedersachsen helfen anderen Menschen oder unterstützen die politische Verbandsarbeit. Ihr Einsatz prägt den Verband sehr stark.

„Unsere zahlreichen Ehrenamtlichen investieren viel Zeit und Herzblut, viele Ideen und Fähigkeiten in ihr Engagement beim SoVD. Dafür danke ich ihnen von Herzen. Denn sie alle tragen mit ihrem Einsatz zu mehr sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft bei und helfen anderen Menschen ganz konkret“, sagt Bernhard Sackarendt, SoVD-Landesvorsitzender.

Das Engagement der SoVD-Aktiven in Niedersachsen ist sehr vielfältig. Ehrenamtliche helfen Senior*innen im Alltag, beispielsweise bei Einkäufen oder Behördengängen. In einigen Beratungsstellen der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB®), deren Träger der SoVD in Niedersachsen ist, unterstützen Ehrenamtliche im Rahmen des Peer Counseling die Beratung von Menschen mit Behinderung. An vielen Orten setzen sich SoVD-Aktive auch für Barrierefreiheit ein. Sie führen Gespräche mit Politik und Bevölkerung, um für das Thema zu sensibilisieren und führen Aktionen durch, um Verbesserungen zu erzielen. Ehrenamtliche der SoVD-Jugend planen und begleiten jedes Jahr die inklusiven Familienseminare sowie die Ü27-Freizeit. Viele sind in Vorstandsteams von Kreis- und Ortsverbänden tätig und organisieren Freizeitangebote und Veranstaltungen für Mitglieder. Die Aktiven machen auch die sozialpolitischen Forderungen des Verbands sichtbar, indem sie die Öffentlichkeit bei ihren Aktionen informieren oder Politiker*innen zu Podiumsdiskussionen einladen.

Auch in den Corona-Pandemie haben sich Ehrenamtliche um Menschen gekümmert, denen es nicht so gut ging – beispielsweise mit Fahr- und Begleitdiensten zu Impfzentren.

Foto: Lennart Helal

Wer die Anliegen des SoVD unterstützen möchte, kann sich ehrenamtlich im Verband engagieren.

Es gibt viele Möglichkeiten, ehrenamtlich beim SoVD mitzugestalten. Interessierte können zeitlich begrenzt bei Projekten mitwirken oder auch ein Amt oder den Vorsitz eines Kreis- oder Ortsverbands übernehmen. Zur Unterstützung bietet der SoVD den Engagieten regelmäßige Fortbildungen an. Wer sich selbst für ein Ehrenamt beim SoVD interessiert, kann den Verband gerne unter ehrenamt@sovd-nds.de oder 0511 70148-46 kontaktieren.

Information und Austausch auf Social Media

Folgen Sie uns!

Foto: Solen Feyissa / Unsplash

Neben seinen Auftritten auf Facebook und Twitter ist der SoVD Niedersachsen seit Mai auch auf Instagram zu finden.

Lesen, liken, kommentieren, abonnieren: Werden auch Sie Teil unserer Community in den sozialen Netzwerken! Auf den Plattformen Instagram, Facebook und Twitter veröffentlichen wir regelmäßig Tipps aus der Sozialberatung, Hinweise zu Neuerungen im Sozialrecht sowie Meldungen und Hintergründe zu unseren sozialpolitischen Forderungen.

Auch unsere Veranstaltungshinweise sowie spannende Neuigkeiten und Informationen von anderen Organisationen rund um die Themen Inklusion und soziale Gerechtigkeit können Sie hier lesen und kommentieren. Außerdem erfahren Sie von besonderen Aktionen, die unsere SoVD-Ehrenamtlichen in Niedersachsen realisiert haben.

Hier finden Sie unsere Social-Media-Profile:

- Facebook: facebook.com/sovdnds
- Instagram: instagram.com/sovd_niedersachsen
- Twitter: twitter.com/sovdnds

Wir freuen uns auf neue Abonnent*innen und einen konstruktiven Austausch mit Ihnen auf unseren Kanälen!

Barrierefrei produziert: „Die Reise – Mit den Augen hören, mit Klängen sehen“

Erstes inklusives Konzert

Anlässlich des internationalen Tags der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember 2021 wurde ein barrierefrei produziertes Konzert mit dem Namen „Die Reise – Mit den Augen hören, mit Klängen sehen“ der Band Shanaya digital gestreamt.

Während der Pandemie-Monate wurden die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung besonders erschwert. Neue Herausforderungen, wie die der digitalen Teilhabe, wurden offensichtlich. Die hannoversche Band Shanaya hat daher gemeinsam mit dem Forum Artikel 30 UN-BRK/Inklusion in Kultur, Freizeit und Sport, dessen Mitglied der SoVD ist, und dem Kulturschlüssel Niedersachsen über ein Jahr lang die Planungen für ein einzigartiges Projekt betrieben: Gemeinsam wurde ein halbstündiges Konzert realisiert, welches nach der Aufzeichnung möglichst barrierefrei bearbeitet wurde. Neben einer Audiodeskription-Tonspur, Untertitelungen und Gebärdensprache wurden auch ein spezielles Licht- und Klangkonzept erarbeitet.

Mit der Veröffentlichung des Konzerts am internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember 2021 machten die Organisatoren auf die Situation von Betroffenen aufmerksam. „Wir möchten mit unserem Projekt Anregungen zur digitalen Barrierefreiheit und Teilhabemöglichkeiten schaffen und hoffen natürlich, dass es viele Nachahmer geben wird“, so Karl Finke, Sprecher des Forum Artikel 30. Mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil hatte das Projekt einen berühmten Schirmherren gewinnen können. „Ich bin wirklich beeindruckt und begeistert. In dem inklusiven Konzert steckt unglaublich viel Kreativität und Herzblut“, sagte Weil.

Sängerin und Projektinitiatorin Ayda Kirci: „Die Band Shanaya hat ein gemeinsames Experiment gewagt, sich selbst auf eine Reise begeben und dabei sehr viel gelernt.“ Sie dankte allen involvierten Personen und besonders auch den Förderern des Konzerts. „Ohne sie hätten wir dieses wichtige Projekt nie umsetzen können“, so Kirci. Gefördert wurde das Konzert durch den SoVD Niedersachsen, den Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen, die Klosterkammer Hannover, die Bufust-Stiftung, das Tonstudio Tessmar und den Behinderten-Sportverband Niedersachsen.

Foto: BSN e.V.

Interessierte finden die Konzert-Aufzeichnung auf dem YouTube-Kanal der Band Shanaya unter https://bit.ly/3s73rd7.

Weiterbildung: Online-Seminare und Vorträge für alle Interessierten

Neues Seminar-Programm ist da

Frisch veröffentlicht hat das Aus- und Weiterbildungsteams (AWT) des SoVD-Landesverbands Niedersachsen einen neuen Seminarkalender: Rund 50 Schulungen werden im ersten Halbjahr 2022 kostenfrei angeboten. Das Programm beinhaltet neben Seminaren und Vorträgen auch Workshops und richtet sich an interessierte Mitglieder und Nicht-Mitglieder sowie ehren- und hauptamtlich Mitarbeitende. Inhaltlich reicht es von der allgemeinen Verbandsarbeit bis hin zu den Themenbereichen Sozialrecht, EDV und Kommunikation. Pandemiebedingt finden alle Termine vorerst online statt.

Foto: Hero Images / Adobe Stock

Jede*r kann ortsunabhängig dabei sein: Die Vorträge und Workshops werden online angeboten. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Wie bereits 2021 umfasst das neu erschienene Seminarprogramm offene Online-Vorträge, die sich an alle Interessierten richten – sowohl an Mitglieder des SoVD als auch an Nicht-Mitglieder. In den Vorträgen informieren Referent*innen des SoVD über wichtige Themen aus dem Sozialrecht. Beispielsweise geht es um häusliche Pflege, Altersrente oder Arbeitsunfähigkeit. Der erste Termin dieser offenen Vortragsreihe findet Ende Februar 2022 statt.

Ein weiterer Teil des Seminarprogramms adressiert hauptamtlich Mitarbeitende sowie Ehrenamtliche des SoVD. Die Seminare zur Information und Unterstützung der ehrenamtlich Aktiven starten Anfang Januar mit dem monatlichen Austausch-Format „Wie weiter im Ehrenamt trotz Corona?! Zur Zukunft unserer Ortsverbände". Neben Seminaren zur Digitalisierung und Workshops zur Arbeit mit Internetseiten erwarten die SoVD-Aktiven auch ganz neue Seminarangebote. Diese befassen sich etwa mit der Jugendarbeit und der generationsübergreifenden Gestaltung des Ehrenamts oder mit den SoVD-Forderungen zur Landtagswahl.

Der Seminarkalender enthält alle Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen und zur Durchführung. Er ist unter www.sovd-weiterbildung.de abrufbar. Interessierte können sich dort über ein Online-Formular oder per E-Mail an weiterbildung@sovd-nds.de für die Veranstaltungen anmelden.

Jetzt reinhören und abonnieren

Neue Podcast-Folge zu Reha und Pflege

Viele machen eine Reha, um wieder fit für den Job zu werden. Reha-Maßnahmen sind aber auch möglich, wenn verhindert werden soll, dass jemand pflegebedürftig wird oder sich sein gesundheitlicher Zustand weiter verschlechtert. Das Problem: Krankenkassen lehnen eine Reha häufig ab. Was das für die Betroffenen bedeutet und wie schwierig der Kampf mit der Krankenkasse sein kann, zeigt der SoVD in Niedersachsen in der aktuellen Folge seines Podcasts „Kein Ponyhof – aus dem Alltag einer Sozialberatung“. Zu Gast ist dieses Mal Katharina Podzuweit. Mit ihr sprechen die beiden Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel darüber, worauf Patient*innen aus ärztlicher Sicht bei der Beantragung achten müssen, damit das Ganze zum Erfolg wird. Außerdem erklärt die Ärztin, was das Wunsch- und Wahlrecht ist und wann vielleicht eine ambulante Behandlung statt einer stationären sinnvoll sein kann.

Jetzt unter www.sovd-nds.de/podcast reinhören und abonnieren!

Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Der SoVD-Podcast ist unter www.sovd-nds.de/podcast und auf allen gängigen Podcast-Plattformen abrufbar.

Jetzt Termine für 2022 vormerken!

Familienseminare und Ü27-Freizeit

Möchten Sie in den Ferien fünf schöne Tage mit Ihrem Kind oder Enkelkind verbringen? Der SoVD-Landesverband Niedersachsen organisiert auch 2022 wieder seine beliebten Familienseminare. Freuen Sie sich auf gemeinsames Spielen und Basteln sowie Ausflüge in die Region: Im Frühling, Sommer und Herbst lädt der SoVD zu insgesamt drei Familienseminaren ein. Im Frühjahr und Herbst finden die Familienseminare in Bad Sachsa am Südrand des Harzes statt. Und in den Sommerferien geht es nach Hitzacker in der Elbtalaue.

Foto: Lutz Vahldiek

Spaß und Spannung bei den Teilnehmenden des Familienseminars im Sommer 2021 in Hitzacker.

Das sind die Termine der Familienseminare 2022:

- 4. bis 8. April | Bad Sachsa
- 18. bis 22. Juli | Hitzacker
- 17. bis 21. Oktober | Bad Sachsa

Außerdem organisiert der SoVD gemeinsam mit der „mit Uns Gemeinde" aus Braunschweig vom 29. Mai bis 3. Juni eine inklusive **Ü27-Freizeit** in Oldau bei Celle.

Die hier angekündigten Veranstaltungen stehen allen Interessierten offen. Sie haben Lust, teilzunehmen? Gerne können Sie bei Nina Spiegel unter sozialpolitik@sovd-nds.de oder 0511 70148-37 Ihre Kontaktdaten hinterlegen. Sie erhalten dann rechtzeitig vor der Veranstaltung Informationen und Unterlagen für Ihre Anmeldung.

Braunschweiger Ehepaar für seinen Einsatz im Corona-Winter gewürdigt

Herausragendes Engagement

Ingrid und Klaus Wolf aus Braunschweig wurden vom SoVD für ihr außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet. Corona-bedingt übergab Reiner Knoll, 1. Kreisvorsitzender des SoVD in Braunschweig, in einem kleinen Kreis die Ehrung: ein sogenanntes „Buntes Verdienstkreuz" und eine Urkunde.

Foto: Thorsten Böttcher

Reiner Knoll (links), 1. Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Braunschweig, überreichte Ingrid Wolf und Klaus Wolf die Ehrenurkunden.

Im ersten Corona-Winter 2020 hatte der SoVD die Aktion „Helfende Hände" gestartet, um hilfsbedürftigen Mitgliedern und weiteren Menschen in dieser schweren Zeit gute Dienste zu leisten. Das Ehepaar Wolf hatte im Zuge dieser Aktion mehr als 15 Haushalte, darunter Einzelpersonen und Familien, unterstützt. „Es tut einem auch selber gut, wenn man anderen Menschen helfen kann. Denn man kriegt von diesen Menschen sehr viel zurück", sagt Klaus Wolf. Seine Frau stimmt zu. Die beiden Engagierten halfen bei Einkäufen, einfachen handwerklichen Tätigkeiten und im Haushalt. Sie besuchten die Senior*innen und Familien, machten Wohlfühlanrufe, schrieben Briefe und E-Mails, packten beim Winterdienst an oder waren bei Autopannen behilflich. Auch heute steht das Ehepaar Wolf noch einigen Haushalten bei. Für ihren herausragenden Einsatz würdigte der SoVD die beiden Ehrenamtlichen nun jeweils mit dem „Bunten Verdienstkreuz" und einer Ehrenurkunde.

SoVD informiert, wann ein Krankenversicherungswechsel möglich ist

Von privat zu gesetzlich?

Nicht jede*r kann frei von einer privaten in eine gesetzliche Krankenversicherung wechseln. Denn: Ein Wechsel ist nur unter bestimmten, sehr engen Voraussetzungen möglich. Was es dabei zu beachten gibt, erklärt der SoVD.

Von einer privaten zu einer gesetzlichen Krankenversicherung zu wechseln, ist nicht ohne weiteres möglich. Betroffene müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Arbeitnehmer*innen beispielsweise müssen versicherungspflichtig angestellt und unter 55 Jahre alt sein. Außerdem darf ihr Gehalt die sogenannte Jahresarbeitsentgeltgrenze nicht überschreiten – auch Sonderzahlungen wie beispielsweise Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden hier angerechnet. „2021 liegt dieser Grenzwert bei 64.350 Euro", sagt Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Foto: Elin Schweiger

Wer von einer privaten zu einer gesetzlichen Krankenversicherung wechseln möchte, muss genau festgelegte Auflagen erfüllen.

Selbstständige dürfen ebenfalls noch nicht 55 Jahre alt sein. Die Selbstständigkeit muss zudem entweder komplett aufgegeben oder nur noch nebenberuflich ausgeübt werden. „Es ist wichtig, dass der Hauptfokus der Erwerbstätigkeit bei der versicherungspflichtigen Anstellung liegt", erklärt Lorenz.

„Vor allem Menschen, die im Alter nur eine geringe Rente beziehen werden, sollten frühzeitig über einen Wechsel nachdenken, denn die jährlich steigenden Kosten einer privaten Krankenversicherung können zur Kostenfalle werden", weiß Lorenz.

Die Berater*innen des SoVD beantworten weitere Fragen zum Thema Krankenversicherungswechsel. Auf Wunsch werden auch alle nötigen Anträge und der Schriftverkehr mit den Krankenkassen übernommen. Der SoVD ist unter 0511 65610720 erreichbar. Die Kontaktdaten des Beratungszentrums in Ihrer Nähe finden Sie unter www.sovd-nds.de.

BERATUNG

Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: Januar-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 4. und am 18. Januar, jeweils Dienstag, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt beteiligt sich an Protest-Autokorso

Aktion zum „Orange Day“

Frauenhäuser sind ein fundamentaler Baustein beim Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt. Anlässlich des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen am 25. November hatte der SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt mit einem Bus an einem Protest-Autokorso teilgenommen.

Foto: Beyer

Ingrid Beyer, Sprecherin des sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Kreisverbands Hannover-Stadt, hatte für die Beteiligung des SoVD am Protest-Autokorso einen Bus organisiert.

„Unsere SoVD-Forderungen müssen bei den Bürgern und der Politik mehr Aufmerksamkeit erlangen. Daher haben wir uns mit einem Bus am Autokorso beteiligt“, sagte Ingeborg Saffe, SoVD-Kreisvorsitzende in Hannover-Stadt. „Wir fordern eine bessere finanzielle Ausstattung der Frauenhäuser und auch die Finanzierung von Fachpersonal“, ergänzte sie. Die Mitorganisatorin dieser Veranstaltung zum Orange Day“, Sonja Köhler, Präsidentin des Soroptimist Club Hannover, bedankte sich ausdrücklich für die Teilnahme des SoVD am Autokorso. Sie begrüßte Ingrid Beyer, die Sprecherin des sozialolitischen Ausschusses des SoVD-Kreisverbands Hannover Stadt, die den Bus begleitete.Der 13 Meter lange Bus erregte bei seiner Protestfahrt durch die Stadt einiges Aufsehen. Auf ihm waren die SoVD-Forderungen zu lesen: „Mehr Engagement im Kampf gegen Gewalt an Frauen“ und „Gewalt gegen Frauen geht ALLE an.“

Auch bei der 34. Sitzung des „Runden Tischs für Menschen mit Behinderungen“ am 24. November hatte Ingrid Beyer die Forderung des SoVD nach barrierefreien Frauenhäusern vorgetragen. Sylvia Bruns (FDP), Sozialdezernentin der Landeshauptstadt Hannover, hat diese Forderung aufgegriffen. Bei der nächsten Sitzung wird dieser Punkt auf der Tagesordnung stehen.

Kostengünstiges Urlaubsangebot wird 2022 fortgeführt

Corona-Auszeit für Familien

Gerade Familien mit Kindern mussten in den zurückliegenden Pandemie-Monaten mit starken Belastungen zurechtkommen. Deswegen sind für sie auch Erholungsangebote wichtig, damit sie neue Kraft für den Alltag tanken. Mit seiner Maßnahme „Corona-Auszeit für Familien – Familienferienzeiten erleichtern“ ermöglicht das Bundesfamilienministerium auch 2022 Familien mit kleineren Einkommen oder mit Angehörigen mit einer Behinderung kostengünstigen Urlaub. Die Familien bezahlen nur etwa zehn Prozent der üblichen Kosten für Unterkunft und Verpflegung – den restlichen Betrag übernimmt der Bund. Der Aufenthalt kann bis zu sieben Übernachtungen dauern. Die Familien können die vergünstigte Familienauszeit bis 31. Dezember 2022 in gemeinnützigen Familienferienstätten und weiteren für die Familienerholung geeigneten Unterkünften in ganz Deutschland buchen. Für Fragen rund um Antragstellung und Berechtigung steht das Team der Kolpinghäuser e.V. unter 0800 866 11 59 zu Verfügung. Ausführliche Informationen zur Corona-Auszeit sind unter www.bmfsfj.de zu finden.

Foto: Natalia Deriabina / Adobe Stock

Die Corona-Auszeit können beispielsweise auch Stiefeltern oder Alleinerziehende in Anspruch nehmen.

FLYER FÜR KINDER

Was im Notfall zu tun ist

Der SoVD-Flyer „So hilfst du Oma oder Opa im Notfall“ erklärt in einfachen Worten, was Kinder tun müssen, wenn Großeltern, Eltern oder Freunde einen Notfall wie beispielsweise einen Herzinfarkt oder Schlaganfall haben: Ruhe bewahren, das Opfer ansprechen und – wenn es schlimm ist – den Notarzt anrufen. Dazu gibt es eine Übersicht über die fünf „W-Fragen“, auf die es beim Notruf ankommt.

Erhältlich ist das kleine Heftchen kostenlos in den SoVD-Beratungszentren oder bei Bernd Dyko unter 0511 70148-72 und bernd.dyko@sovd-nds.de.

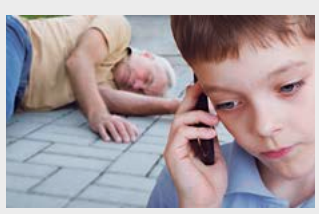

Foto: Jean-Marie Guyon / Tatiana Gladskikh

SoVD Heidekreis: Erleichterung über angekündigte Verbesserungen neues Bahnbetreibers

Hoffnung auf barrierefreies Bahnfahren

Auf der von Erixx betriebenen Zugstrecke Hannover–Buchholz–Harburg gab es in der Vergangenheit große Mängel bei der Barrierefreiheit. Oftmals wurden Rollstuhlfahrer*innen vom Unternehmen nicht befördert. Regelmäßig schaltete sich daher der SoVD im Heidekreis ein, führte Gespräche mit dem Bahnbetreiber und setzte sich für die Betroffenen ein. Trotz Zusage von Verbesserungen ließen Zugbegleiter*innen die Rollifahrer*innen wiederholt am Gleis stehen. Der SoVD berichtete bereits im März und Juli darüber. Nun ist Besserung in Sicht: Der Bahnbetreiber START übernimmt den Betrieb der Zugstrecke und verspricht, auf Barrierefreiheit zu achten.

Die Neuigkeit kam wie ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk für alle betroffenen Rollifahrer*innen im Heidekreis: „Ich bin sehr glücklich, dass ich wieder mit der Bahn fahren darf“, sagt Angelika Domres aus Lindwedel. Sie und viele andere Rollstuhlfahrer*innen sowie Eltern mit besonders großen Kinderwagen atmeten sichtlich durch, als das Bahnunternehmen START ankündigte, die Heidebahn-Strecke ab dem 11. Dezember zu bedienen. Wie Matthias Hoff, Sprecher des in Frankfurt/Main ansässigen Bahnunternehmens, gegenüber dem SoVD im Heidekreis erklärte, sind künftig wieder größere Rollis und Kinderwagen in der Bahn zugelassen.

Der bisherige Betreiber Erixx hatte Rollstuhlfahrer*innen benachteiligt. Wiederholt hatten es die Zugbegleiter*innen abgelehnt, größere Elektro-Rollstühle mitzunehmen. Die Betroffenen hatten sich an den SoVD gewandt. Annette Krämer und Jürgen Hestermann vom SoVD-Kreisvorstand im Heidekreis hatten sich kontinuierlich für eine Verbesserung der Situation starkgemacht und mit Erixx intensive Gespräche geführt. Obwohl Erixx wiederholt Verbesserungen zugesagt hatte, kam es immer wieder zu Problemen auf der Zugstrecke. Die größeren Elektro-Rollis stellten laut Erixx ein Sicherheitsproblem dar.

Foto: Klaus Müller

Annette Krämer und Jürgen Hestermann vom SoVD (rechts im Bild) engagieren sich für die betroffenen Rollstuhlfahrer*innen.

Nachdem der Vertrag der niedersächsischen Nahverkehrsgesellschaft mit Erixx für diese Strecke beendet wurde, will START in einer Übergangslösung den Mehrzweckraum für Rollifahrer*innen zur Verfügung stellen. „Wir haben allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine entsprechende Anweisung gegeben, damit in einem solchen Fall auch die Rampe dorthin transportiert wird“, schilderte Unternehmenssprecher Hoff. An einem gänzlich neuen Konzept für die betroffene Bevölkerungsgruppe werde bereits intensiv gearbeitet. „Wir sind erfreut über diese Zwischenlösung,“ sagte SoVD-Kreisvorsitzender Jürgen Hestermann, der auf eine enge Zusammenarbeit mit dem neuen Unternehmen hofft. START hat eine Reihe von Verbesserungen für die Kund*innen angekündigt.

Soziales im Blick | Nordrhein-Westfalen Aktuell
Landesverband
E-Mail: info@sovd-nrw.de · Internet: www.sovd-nrw.de
SOVD

Neues Erklärvideo-Format des SoVD NRW auf der Plattform Youtube

„Frag doch den SoVD!“

In den 19 Sozialberatungszentren des SoVD NRW tauchen immer wieder bestimmte Fragen auf, die die Juristinnen und Juristen persönlich vor Ort, am Telefon oder per E-Mail kompetent und gerne beantworten. Daraus ist ein ergänzendes, neues Service-Format für die sozialen Medien entstanden.

Für alle, die sich gern auch im Internet informieren und dort im Zusammenhang mit sozialrechtlichen Themen nach hilfreichen Videos suchen, will der SoVD NRW – zusätzlich zu den Beratungsmöglichkeiten direkt bei ihm vor Ort – ein umfassendes Angebot schaffen. Außerdem wird der Landesverband auf diese Weise auch noch präsenter im Netz. Das ist wichtig, denn nur wer den SoVD kennt, kann sich auch an ihn wenden und seinen umfassenden Beratungsservice in Anspruch nehmen.

Die Aufgabe, die vielen Fragen – etwa zu den Themen Erwerbsminderung, Pflegegrade oder Merkzeichen im Schwerbehinderten-Ausweis – vor laufender Kamera zu beantworten, hat zum Auftakt der Serie freundlicherweise Janina Wenzel übernommen, Juristin aus dem Sozialberatungszentrum des SoVD in Recklinghausen.

„Wer darf auf einem Behindertenparkplatz stehen? Wie bereite ich mich auf eine MDK-Begutachtung vor? Welche Pflegegeld-Beträge stehen mir zu?“. Zu solchen Fragen und vielen weiteren Themen gibt Wenzel nun auf dem Youtube-Kanal des SoVD NRW kompetent Auskunft und liefert hilfreiche Tipps.

Diese SoVD-Videos helfen also dabei, so manche Frage schon im Vorfeld zu beantworten; und jenen, die auf jeden Fall eine persönliche Beratung ausmachen wollen, dienen sie als ideale Vorbereitung für ihren Termin beim SoVD.

Unter dem Schlagwort #FragdochdenSoVD sind die Videos sehr leicht zu finden, zumal Youtube (www.youtube.de) kostenlos ist und man sich nicht einloggen oder anmelden muss. Eine Anmeldung mit der E-Mail-Adresse ist nur nötig, wenn man einen Kanal abonnieren möchte oder ein Video mit einem Klick auf das „Daumen hoch“-Zeichen positiv bewerten will. Genau darüber würde der SoVD NRW sich natürlich sehr freuen: „Schenken Sie uns also gerne ein Like und folgen Sie uns auf Youtube!“, so Janina Wenzel.

Einige der Erklärvideos werden zusätzlich auch auf den Beratungs- und Themenseiten des Landesverbandes auf: www.sovd-nrw.de zu finden sein.

Die Juristin und nun auch „SoVD-Youtuberin“ Janina Wenzel beim Dreh der ersten „Frag doch den SoVD!“-Erklärvideos: Wieder einmal hat sich der TV-Journalist und Filmemacher Jan Lütkemeyer um Dreh, Schnitt und Produktion gekümmert. Er hat den SoVD NRW schon oft bei Veranstaltungen unterstützt und mit der Kamera begleitet.

Finanzministerium informiert

Die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung verlängert wesentliche steuerliche Erleichterungen für von der Corona-Pandemie unmittelbar betroffene Unternehmen und Bürger*innen. Die Erleichterungen können von Unternehmen und Personen in Anspruch genommen werden, die durch die pandemische Lage nachweislich unmittelbar und nicht unerheblich negativ wirtschaftlich betroffen sind.

Zur Beantragung dieser Unterstützungen steht ein vereinfachtes Antragsformular zur Verfügung, das auf den Webseiten der Finanzämter und des Ministeriums der Finanzen zum Download (finanzverwaltung.nrw/corona) bereitgestellt wird.

Betroffene Steuerpflichtige können bis zum 31. Januar 2022 für die bis zu diesem Zeitpunkt fälligen Steuern Anträge auf zinslose Stundung längstens bis zum 31. März 2022 im vereinfachten Verfahren stellen.

Über den 31. März 2022 hinaus können Anschlussstundungen bei Vereinbarung einer angemessenen Ratenzahlung bis längstens zum 30. Juni 2022 im vereinfachten Verfahren beantragt werden.

Auch Anträge auf Anpassung von Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer 2021 und 2022 können Betroffene unter Darlegung ihrer Verhältnisse bis zum 30. Juni im vereinfachten Verfahren stellen.

Kommentar

Franz Schrewe

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder!

Das neue Jahr hat begonnen und es ist ein bisschen wie im Hollywood-Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“: wieder hohe Inzidenzwerte, volle Intensivstationen, Ausnahmezustand statt Normalbetrieb. Wir alle haben auf einen Winter gehofft, der sich vom vergangenen Winter unterscheidet, der wieder Aufbruch und Optimismus verbreitet, aber die Lage ist eine andere. Für uns alle ist das Belastung. Und deshalb war es mir ein Anliegen, mich im Namen des Landesvorstandes an die vielen SoVD-Aktiven zu wenden, die einem Ortsverband oder einem Kreisverband vorstehen und sich nicht haben entmutigen lassen, auch wenn Corona die Ausübung dieser Tätigkeiten vor neue Herausforderungen gestellt hat.

Mein Dank gilt aber auch allen Mitgliedern des SoVD, die unserem Verband trotz der Unwägbarkeiten durch die Pandemie immer noch treu zur Seite stehen. Zwischenzeitlich haben in vielen Gliederungen ja auch schon wieder einige Präsenzveranstaltungen stattfinden können. Viele liebe Menschen haben sich vor Ort darum bemüht, dass das Leben in den SoVD-Kreis- und Ortsverbänden ein Stück weit zurückkehren konnte. Auch dafür nochmal herzlichen Dank an alle, die das ermöglicht haben. Es gibt schließlich ganz sicher Vergnüglicheres als sich bei der Organisation mit (leider notwendigen) Pandemie-Auflagen auseinanderzusetzen. Geselligkeit und zugleich Infektionsschutz, das war und bleibt ein schmaler Grat. Dennoch ist mein Eindruck, dass die SoVD-Ehrenamtlichen das in ihrem Handlungsbereich gut hinbekommen, dass sie das Beste aus der Lage gemacht haben.

Leider stehen uns nun nicht nur weitere dunkle Monate, sondern auch düstere Aussichten entgegen, blickt man auf das akute Infektionsgeschehen. Immer noch gibt es Millionen Menschen in unserem Land, die sich impfen lassen könnten und dies bewusst oder aus einer gewissen Trägheit heraus bisher nicht getan haben. Der Impfstoff ist da, andere Ländern hätten ihn gerne! Mich macht das ehrlich gesagt fassungslos. Deshalb möchte ich in dieser ersten Ausgabe der SoVD-Zeitung des neuen Jahres nochmal eindringlich dafür werben, sich bitte, bitte impfen zu lassen, nicht nur als Zeichen für Solidarität und Gemeinsinn, sondern allein schon aus dem einfachen Grund, weil die bisherigen Impfgegner ihrer und der Gesundheit anderer damit einen großen Gefallen tun. Die Impfung gegen Corona senkt schließlich sowohl die Wahrscheinlichkeit einer Infektion als auch eines schweren Krankheitsverlaufs – das ist wissenschaftlich erwiesen! Wer das ernsthaft in Abrede stellt, ist ein Faktenleugner, so deutlich muss man das sagen. Vielleicht können ja auch Sie in Ihrem Umfeld bei Menschen, die unentschlossen, aber für rationale Argumente zumindest noch erreichbar sind, für die Impfung werben. Sie ist für uns alle der Schlüssel zur Rückkehr in den „Normalbetrieb“.

Zum Schluss möchte ich trotz allem aber auch ein wenig Optimismus verbreiten. Die Impfquote wird steigen, der Frühling wird kommen – und wenn sich alle vernünftig verhalten, werden wir auch zu einer – vielleicht neuen – Normalität zurückfinden. Und dann werden wir auch im SoVD wieder gesellige Treffen erleben und uns in aller Herzlichkeit begegnen können. Davon lebt unser Verband, vom Gemeinschaftsgefühl! In diesem Sinne danke ich Ihnen allen, den ehrenamtlich Aktiven im SoVD, aber auch allen weiteren Mitgliedern, noch einmal ausdrücklich für Ihr Engagement, ihre Geduld, ihre Treue. Ich wünsche Ihnen allen, dass Sie gut durch die kalte Jahreszeit kommen, dass Sie gesund bleiben, dass Sie auf sich und Ihre Liebsten, auf Ihr ganzes Umfeld gut aufpassen – und dass wir uns mit neuer Kraft und neuen Ideen in diesem noch jungen Jahr 2022 wiedersehen und gemeinsam nach vorne schauen können.

Herzlichst, Ihr Franz Schrewe, Landesvorsitzender

Der Verband macht immer wieder und ganz besonders am 25. November auf das Hilfeangebot für Frauen aufmerksam. Dieses Foto mit Mitgliedern des Frauenpolitischen Ausschusses und Mitarbeiterinnen der Landesgeschäftsstelle des SoVD NRW hat der Landesverband auf seinen Social-Media-Kanälen verbreitet, um die Telefonnummer dieser wichtigen Anlaufstelle noch bekannter zu machen.

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Ministerin muss Pläne zum Schutz offenlegen!

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2021 hatte sich der SoVD NRW mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit gewandt und die Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach dazu aufgerufen, die Ergebnisse einer Bedarfsanalyse zum aktuellen Hilfeangebot für Opfer von Gewalt endlich zu veröffentlichen und die Pläne zur Schaffung sogenannter „Power-Häuser" detailliert zu erläutern.

Jede dritte Frau in Deutschland ist bereits Opfer von Gewalt geworden. Mit der Istanbul-Konvention hat sich Deutschland und damit auch NRW verpflichtet, geschlechterspezifische Gewalt zu bekämpfen. Bereits fürs 2020 kündigte das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) des Landes Nordrhein-Westfalen die Veröffentlichung der Ergebnisse einer Bedarfsanalyse des Hilfeangebots für von Gewalt betroffene Frauen in NRW an. Diese Ergebnisse sollten gemeinsam mit den Erkenntnissen der bereits veröffentlichten Dunkelfeldstudie zu Gewalt dabei helfen, die Frauenhilfe-Infrastruktur zu stärken und zu verbessern.

Seit über einem Jahr wird die Frage nach dem Veröffentlichungsdatum der Bedarfsanalyse von Seiten des Ministeriums mit der Antwort „in Kürze" umgangen, ohne ein konkretes Datum zu nennen. Gleichzeitig bereitet das Ministerium einen Pakt gegen Gewalt und das Konzept von sogenannten „Powerhäusern" vor. Mit beiden Begriffen beziehungsweise Konzepten wird bereits öffentlich gearbeitet, jedoch werden diese nie genau definiert. Der SoVD fordert deshalb am Tag gegen Gewalt an Frauen, dass das Ministerium nun endlich alle vorliegenden Daten veröffentlicht und seine Pläne zur Veränderung der Frauenhilfe-Infrastruktur offenlegt.

„Dieser zurückhaltende Umgang mit Informationen ist bedenklich. Wenn das Ministerium Pläne zur Verbesserung der Frauenhilfe-Infrastruktur und zum Schutz von Frauen vor Gewalt hat, dann sollte es diese auch der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die immer gleichen drei Sätze zur oberflächlichen Beschreibung der Pläne erwecken jedoch den Anschein, dass hier die öffentliche Debatte bewusst umgangen werden soll. Und das bedeutet selten etwas Gutes", so Landesfrauensprecherin Jutta König.

Eine erste Anlaufstelle für Betroffene ist das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen". Unter der Telnr.: 08000 / 11 60 16 kann jederzeit anonym und in 18 verschiedenen Sprachen, auch in Gebärdensprache und Leichter Sprache, Unterstützung gesucht werden.

SOVD
Besuchen Sie uns auch im Internet
www.sovd-nrw.de

LV und KV Düsseldorf

OV Ennigloh-Muckum

Gedenkzeremonien für die Opfer der Weltkriege am Volkstrauertag

SoVD gedachte der Toten

Der Volkstrauertag wurde durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. zum Gedenken an die Kriegstoten eingeführt. Seit 1952 wird an einem Sonntag – immer zwei Wochen vor dem ersten Adventssonntag – der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht. Es ist ein Gedenktag des Innehaltens, der Einkehr und des Mitfühlens.

Landesverband und Kreisverband Düsseldorf

Am Mahnmal des Düsseldorfer Nordfriedhofs gedachten Vertreter der Landesregierung, des Landtags, der Landeshauptstadt Düsseldorf, des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Bundeswehr sowie der Stadtgesellschaft der Opfer von Krieg, Vertreibung und Gewalt. Der SoVD-Landesverband und der Kreisverband Düsseldorf beteiligten sich an der Kranzniederlegung am Mahnmal. Der Kreisverband wurde vertreten durch Herbert Leineweber und Dieter Wahsner.

Ortsverband Ennigloh-Muckum

Es gab noch weitere Orte des Gedenkens, an denen sich der SoVD an diesem besonderen Tag zeigte. Der Ortsverband Ennigloh-Muckum gedachte – gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz – ebenfalls mit einem Kranz der Opfer von Krieg, Terrorherrschaft und Gewalt. Die Ansprache hielt Vize-Bürgermeister Martin Schuster.

Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Trotzdem bleibe es ein wichtiges Anliegen, sich zu versammeln und gemeinsam innezuhalten und derer zu gedenken, die in Kriegen ihr Leben gelassen haben und noch immer lassen oder Opfer von Gewalt wurden und noch immer werden. Das war die einhellige Meinung der SoVD-Aktiven vor Ort. „Ausdrücklich schließen wir auch die Opfer der anderen Nationen in unser Gedenken mit ein", sagt Kristina McGrane vom SoVD-Ortsverband Ennigloh-Muckum. Dieser Gedenktag mahne uns, aus den Schreckensbildern der Vergangenheit die richtigen Schlüsse für die Gegenwart und für die Zukunft zu ziehen, der Volkstrauertag sei „ein Plädoyer für Frieden und Menschlichkeit".

KV Herne

Ortsverband Scharnhorst

Der SoVD-Ortsverband Scharnhorst legte ebenfalls einen Kranz nieder. Es sprachen die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Andrea Ivo und die SoVD-Kreisvorsitzende Petra Schmidt. Beide verwiesen in ihren Reden auch auf die unhaltbaren Zustände in den Flüchtlingslagern und die Tatsache, dass einzelne Machthaber mit dem Elend der Menschen Politik betreiben.

Kreisverband Herne

Auch der Kreisverband Herne nahm an einer Veranstaltung zum Volkstrauertag teil und gedachte der Opfer mit der Niederlegung eines Gesteckes am Ehrenmal auf dem Waldfriedhof Herten. In einer eindrucksvollen Rede erinnerte Hanne Ulbrich *(siehe Foto, Mitte)* an den Anlass des Gedenktages.

OV Scharnhorst

Die Verbraucherzentrale NRW informiert zu „Corona-Gutscheinen“

Jetzt auch Auszahlung möglich

Für abgesagte oder verschobene Veranstaltungen gab es Gutscheine während der Corona-Pandemie. Wer sie nicht einlösen konnte oder wollte, kann sich das Geld bald auszahlen lassen. Ein Musterbrief der Verbraucherzentrale NRW hilft dabei.

Foto: skander barka / EyeEm / Adobe Stock

Seit dem Beginn der Pandemie mussten fast alle Massenveranstaltungen, gerade in geschlossenen Räumen, abgesagt werden.

Wer vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie Veranstaltungstickets gekauft hatte, erhielt für die ausgefallenen Events häufig lediglich einen Gutschein statt der gewünschten Rückerstattung. Viele Verbraucher*innen ärgerten sich über die gesetzliche Neuregelung, die dazu gedacht war, die von der Krise gebeutelten Unternehmen über Wasser zu halten. Durch die Zwangsgutscheine mussten Verbraucher*innen den Unternehmen einen zinslosen Kredit gewähren, auch wenn sie vielleicht selbst in finanziellen Schwierigkeiten waren. Sie tragen auch das volle Risiko, wenn das Unternehmen Insolvenz anmelden müsste.

Wenn Sie die Veranstaltungsgutscheine bis zum 31. Dezember 2021 noch nicht eingelöst haben, können Sie sich den Betrag zu Beginn des neuen Jahres auszahlen lassen.

Zeitpunkt des Ticketkaufs ist entscheidend

Die Gutscheinlösung gilt rückwirkend für Freizeitveranstaltungen und Freizeiteinrichtungen, für die Sie Tickets vor dem 8. März 2020 gekauft haben. Der Veranstaltungstermin ist unerheblich. Betroffen sind Tickets für Konzerte, Festivals, Theatervorstellungen, Lesungen, Filmvorführungen oder Sportwettkämpfe. Aber auch Eintrittskarten für Museen, Freizeitparks, Schwimmbäder sowie Abos für Sportstudios oder Dauerkarten für Stadien zählen dazu. Ist eine solche Veranstaltung ausgefallen, konnte der Veranstalter anstelle der Erstattung einen Gutschein ausstellen. Wichtig: Für Karten, die nach dem 8. März gekauft worden sind, gilt die Regelung nicht. Sie müssen in diesen Fällen weder einen Gutschein noch einen Ersatztermin akzeptieren, sondern können sich nach unserer Ansicht den Ticketpreis erstatten lassen.

Verjährungsfristen bei Erstattung beachten

Haben Sie den Gutschein bis Ende des Jahres nicht eingelöst, können Sie seit dem 1. Januar 2022 die Auszahlung des Betrages verlangen. Sollten Sie das nicht wollen, kann der Gutschein auch weiterhin zur Zahlung von Tickets eingesetzt werden. Grundsätzlich gilt: Die Rückzahlungsansprüche aus abgesagten Veranstaltungen verjähren innerhalb von drei Jahren. Bei Veranstaltungen, die in 2020 wegen des Coronavirus abgesagt wurden, können Ansprüche also bis zum 31. Dezember 2023 geltend gemacht werden. Bei Veranstaltungen, die in 2021 abgesagt werden, läuft die Verjährungsfrist noch bis zum 31. Dezember 2024.

Musterbrief erleichtert die Rückerstattung

Mit dem Musterbrief der Verbraucherzentrale (www.verbraucherzentrale.nrw) können Sie Ihre Ansprüche gegenüber einem Veranstalter geltend machen. Der Musterbrief muss durch die eigenen Kontaktdaten und die Anschrift des Veranstaltungsunternehmens ergänzt werden. Der Brief kann dann per Einschreiben oder per Fax an den Anbieter geschickt werden. *Quelle: Verbraucherzentrale NRW*

Wechsel auf LED-Scheinwerfer

Viele Vorteile sprechen für LED-Scheinwerfer: Gleich mehrere zehntausend Betriebsstunden sollen sie halten. Zudem leuchten LEDs weiter als herkömmliche Halogen-Scheinwerfer und kommen dem Tageslicht näher, wodurch Kontraste besser zu erkennen sind. Scheinwerfer-Hersteller verfügen über Listen, für welche Fahrzeugtypen die LED-Leuchtmittel erlaubt sind.

Der ACE weist darauf hin, dass in Fahrzeugen ausschließlich LEDs verwendet werden dürfen, die entweder über eine „Allgemeine Bauartgenehmigung“ (ABG) vom Kraftfahrtbundesamt oder über das europäische ECE-Kennzeichen verfügen. Die ABG muss stets ausgedruckt mitgeführt werden. Wer diese Genehmigung nicht hat, fährt mit erloschener Betriebsgenehmigung und riskiert ein Bußgeld in Höhe von 90 Euro. Auch der Versicherungsschutz kann entfallen.

Die Europäische Union hat Hersteller seit 2006 dazu verpflichtet, dass die Lampen von neuen Automodellen ohne Spezialwerkzeug mithilfe der Betriebsanleitung wechselbar sein müssen. Wie einfach oder kompliziert ein Wechsel ist, hängt vom Fahrzeugtyp und den eigenen Fähigkeiten ab. Die LED-Scheinwerfer können mit einem Umrüst-Kit komplett inklusive Gehäuse gewechselt werden, oder es werden nur die Glühlampen ersetzt, wie bei Retrofit-LED-Scheinwerfern. Außerdem gibt es Fahrzeuge, bei denen zusätzlich ein Adapter oder ein Steuergerät benötigt wird. Bei der Montage sollte darauf geachtet werden, dass die Scheinwerfer vollständig dicht montiert werden, damit kein Regenwasser eindringen kann. Werkstätten können sie mit Messgeräten fachmännisch justiert einbauen.

Quelle: Auto Club Europa

Aktuelle Urteile

Foto: Diego Cervo / Adobe Stock

Die Kindertagesstätte muss Kinder ohne eine Impfung oder ein fundiertes Attest nicht betreuen.

Masernschutz in der Kita

Auch wenn die Eltern eines dreijährigen Kindes einen Betreuungsvertrag mit einer städtischen Kindertagesstätte abgeschlossen haben, kann die Einrichtung dem Kind den Zugang verwehren, wenn die Eltern weder einen Impfschutz noch eine Immunität gegen Masern nachweisen können.

Ein Attest eines Arztes, das allein auf den Aussagen der Eltern beruht und eine Impfunverträglichkeit bescheinigt, reiche nicht aus. Das gelte auch dann, wenn es bei dem Kind in der Vergangenheit teilweise zu erheblichen allergischen Reaktionen auf andere Stoffe wie Birken- oder Haselpollen gekommen ist.

Eine allergologische Abklärung mittels eines sogenannten Pricktests – bei dem allergenhaltige Lösungen auf die Haut getröpfelt und die Stellen leicht angeritzt werden – sei der Familie zumutbar (OVG für das Land Nordrhein-Westfalen, Az.: 12 B 1277 / 21). *wb*

Krankheitsbedingte Massenentlassungen

Entlässt ein Unternehmen in einem Monat 34 Beschäftigte, ist das als „Massenentlassung“ bei der Agentur für Arbeit anzuzeigen; auch wenn jede Kündigung „krankheitsbedingt“ ausgesprochen wurde.

Der Arbeitgeber kann nicht argumentieren, die Anzeige sei nicht erforderlich, weil die „überdurchschnittlichen Fehlzeiten“ der Gekündigten „negative Gesundheitsprognosen indizierten“ und die Ausfallzeiten außerdem zu erheblichen wirtschaftlichen Belastungen und Störungen im Betriebsablauf geführt hätten. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf trat dem entgegen. Schon nach Wortlaut, Systematik sowie dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Anzeigepflicht gelte sie auch bei krankheitsbedingten (Massen-)Entlassungen. Personen- und verhaltensbedingte Entlassungen wurden bewusst nicht davon ausgenommen. Dazu zählen auch Kündigungen aus Krankheitsgründen (LAG Düsseldorf, Az.: 7 Sa 405 / 21). *wb*

Foto: ty / Adobe Stock

Arbeitgeber müssen „Massenentlassungen“ stets der ARGE melden.

„Das Impfbuch für alle“

Das Robert Koch-Institut (RKI) und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sind Herausgeber des kostenfreien 80-seitigen Taschenbuchs „Das Impfbuch für alle“. Es soll dazu beitragen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger verlässlich über das Impfen informieren und mit einem guten Gefühl entscheiden können.

„Das Impfbuch für alle“ ist seit Mitte letzten Jahres in vielen Apotheken kostenlos erhältlich und kann im Internet bestellt und heruntergeladen werden auf: www.dasimpfbuch.de. Das Impfbuch gibt es auch auf Arabisch, Türkisch, Russisch und Englisch sowie als Hörbuch bei diversen Streamingdiensten und zum Herunterladen.

Das Impfbuch wurde von einem Redaktionsteam von BZgA und RKI verfasst und durch kurze Kolumnen von Dr. Eckart von Hirschhausen, Arzt und Wissenschaftsjournalist, ergänzt. In den Kapiteln wird verständlich und kurzweilig erklärt, was beim Impfen im Körper passiert, wie Impfstoffe entwickelt werden und was die Menschheit aus der Geschichte des Impfens gelernt hat.

Weitere Informationen: www.dasimpfbuch.de.

Quelle: Bundesgesundheitsministerium

Termine

Foto: Wellnhofer Design / AdobeStock

Pandemiebedingt gelten alle Termine unter Vorbehalt.

Ortsverband Essen-Kray

5. Januar (jeden ersten Mittwoch im Monat), ab 15 Uhr: Plaudercafé im „BGZ“ (Begegnungszentrum) im Rathaus Essen-Kray.

Ortsverband Köln-Südwest

4. Januar (jeden ersten Dienstag im Monat), 17 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Sölzer Klaaf“ in Köln-Sülz, Ecke Gerolsteiner Straße / Wichterichstraße.

Ortsverband Wanne

5. Januar (jeden ersten Mittwoch im Monat): Mitgliederversammlung in der „Kasinogastronomie Unser Fritz“, Unser-Fritz-Straße 176, 44653 Herne.

Ortsverband Essen-Steele

Durch die krankheitsbedingten Rücktritte der Vorsitzenden und ihres Stellvertreters muss sich der Ortsverband ganz neu aufstellen. Er bittet daher alle, die im künftigen Vorstand mitarbeiten möchten, sich vorher unter Tel.: 0162 / 41 43 334 zu melden.

Die Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen ist dann für das Frühjahr geplant. Der genaue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovd-nrw.de.
Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veit@sovd-nrw.de.
Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sovd.de.
Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.
Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!

Sozialberatung

Foto: pictworks / AdobeStock

Sofern persönliche Beratung notwendig erscheint, können Mitglieder Termine in den Beratungszentren des SoVD vereinbaren.

Doch in vielen Fällen kann der SoVD NRW weiterhin auch telefonisch und per E-Mail beraten und weiterhelfen!

Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211 / 38 60 30. Alle Kontaktdaten stehen unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

Der Landesverband gratuliert

Foto: Smileus / AdobeStock

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im Monat Januar sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bielefeld: Charlotte Hartert (91), Alice Adomeit (94), Gerda Milerski (92), Ruth Geilhaupt (93), Margarete Hansmeier (95), Anneliese Meise (95).
KV Bochum-Hattingen: Elsbeth Althaus (90), Reinhold Schub (90), Hildegard Kempken (91), Georg Kloss (91), Elfriede Otto (93), Bernhard Brockmann (97).
KV Dortmund-Lünen: Edith Charlotte Dohmann (91), Hilde Ronczka (91), Brigitte Leiter (95), Klara Althoff (97), Annelore Möller (97), Anna zur Heiden (100).
KV Düsseldorf: Hamda Dhaouadi (90), Hildegard Quandt (91).
KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Ingrid Best (90), Gisela Jozwiak (90), Ingeborg-Anneliese Flasche (92), Genevieve Niethammer (92), Anneliese Klein (96).
KV Essen: Helene Grothues (90), Géza Geber (91), Ingrid Schrage (92).
KV Gelsenkirchen-Bottrop: Walter Maniak (91), Helga Gembaczka (92), Luise Zägel (92), Anna-Marie Schubert (99).
KV Gütersloh: Annelore Koyer (90), Anneliese Meyer zu Verl (93), Hildegard Winkler (95).
KV Hamm-Unna: Vera Mucha (90), Bruno Rutzen (91), Hubert Paul Silski (91), Herta Karow (93), Irmgard Zschäbitz (95), Margarete Niggemann (98), Kurt Henke (99).
KV Herford: Ruth Heidenreich (91), Irmgard Kleineweber (93).
KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Theo Clemens (90), Hartmut Kunzendorf (92).
KV Lippe: Irmtraud Witt (90), Hildegard Hilkemeier (91), Elsbeth Huneke (91), Hildegard Albeke (92), Ruth Hanemann (93), Cornelia Pfeiffer (93), Friedrich Salmen (93), Willi Frohloff (97), Giesela Knoll (97).
KV Lübbecke: Luise Arensmeier (90), Wilhelm Meier (90), Luise Möller (90), Ursula Möhle (91), Walter Sporleder (91), Adele Wittenbrink (91), Gisela Clauß (92), Edith Krüger (92), Lina Meyer (92), Heinz Vahrenkamp (92), Luise Fuhrmann (93), Werner Hülshorst (93), Minna Pohlmann (93), Hildegard Westerhoff (93), Josef Deipenbrock (94), Helga Golcher (94), Heinrich Meier (94), Hilde Wojtke (94), Hilde Pollert (96), Helene Wellpott (96), Herta Wolter (96), Marie Möhle (105).
KV Märkischer Kreis: Willi Ullrichskötter (91), Anneliese Klein (92).
KV Minden: Inge Teichner (91), Hans Hackert (94), Elise Huter (102).
KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Wilhelm Schmidt (90), Rudolf Bialowons (92), Hella Krzykowski (92), Harry Krzykowski (93), Werner Lechtenböhmer (98).
KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Else Kessel (91), Gertraud Schneider (99), Else-Elfriede Hornig (101).
KV Siegen-Olpe-Wittgenstein: Heinz Schneider (94), Magdalene Patt (98).
KV Westfalen-Ost: Elisabeth Hinse (91), Khamina Galo (92), Ursula Auras (95).
KV Witten: Winfried Tölle (90), Rudi Frank (91), Fritz Czirsch (94).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Gudrun Hackel, Karin Keßler, Hannelore Meister, Gerda Nosseler (Bielefeld), Hubert Manert (Bochum-Hattingen), Siegfried Arens, Annelore Bigge, Klaus Rother (Hamm-Unna), Marianne Sottek (Herford), Horst Hälbig (Herne), Gerhard Donath, Volker Kaiser (Lippe), Egon Holle, Walter Hopmann, Andreas Kracht, Horst Manske, Brigitte Reulmann (Lübbecke), Heinrich Dlugi, Uwe Papkalla, Viktor Rautenberg (Märkischer Kreis), Klaus Schildmeier, Lothar Sikora (Minden), Ulrich Hallwas, Else-Elfriede Hornig, Jörg Neuhaus (Witten).
45 Jahre: Edith Ramin, Wilhelm Rüter (Hamm-Unna), Heinz-Friedrich Strate (Lippe), Andreas Dahm, Annette Dröge, Herta Pirschel, Christel Tiemann (Lübbecke), Achim Krause (Märkischer Kreis), Jutta Dolega (Recklinghausen).
50 Jahre: Norbert Lutz (Minden).
55 Jahre: Margret Langemeier (Minden), Manfred Winkler (Witten).
60 Jahre: Werner Walter (Märkischer Kreis).

Soziales im Blick | Schleswig-Holstein
Landesverband

E-Mail: info@sovd-sh.de
Internet: www.sovd-sh.de
Auskünfte: montags bis donnerstags von 8.00 bis 16.00 Uhr, freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr

SOVD

Aktuelle Daten aus dem LV

Zum Stichtag 1. November 2021 hatte der SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein 166.106 Mitglieder. Seit Januar 2016 ist das ein Zuwachs von 31.722 Personen. Die Corona-Pandemie hatte das Mitgliederwachstum verlangsamt, mittlerweile ist dieser Effekt aber wieder aufgeholt. Zwischen Januar 2020 und Januar 2021 war nur ein Mitgliederanstieg von etwa 2.000 zu verzeichnen, zwischen Januar 2021 und dem November 2021 betrug das Wachstum schon wieder über 6.000 Mitglieder und befindet sich damit wieder auf einem sehr guten Weg.

In 14 Kreisverbänden, bestehend aus 335 Ortsverbänden sind 4.000 Ehrenamtler*innen tätig. Am stärksten verankert ist der SoVD in Dithmarschen; dort hat der Kreisverband über 23.000 Mitglieder. Der kleinste Kreisverband ist Ostholstein mit rund 5.800 Mitgliedern. Auch in der Größe der Ortsverbände gibt es gewaltige Unterschiede: Kleinster Ortsverband ist Dannau im Kreis Plön mit aktuell 48 Mitgliedern, während der Ortsverband Neumünster 4757 Mitglieder verzeichnet. Den höchsten Organisationsgrad verzeichnet der SoVD in Aventoft an der dänischen Grenze. Dort sind von den 424 Einwohner*innen 418 Mitglied im SoVD. Hauptamtlich beschäftigt der Verband in seinen 15 Sozialberatungszentren in den Kreisen, der Landesgeschäftsstelle sowie im Erholungszentrum Büsum 138 Mitarbeiter*innen.

Der Sozialverband Deutschland will sich neu ausrichten

„Wir sind offen für Ihre Ideen!

Seit einiger Zeit wird bereits über eine Neuausrichtung des SoVD diskutiert. Das Ziel: Den Verband für die Zukunft aufstellen, neue Mitglieder gewinnen und bisherige Mitglieder binden. Wir haben mit Alfred Bornhalm, dem Landesvorsitzenden des SoVD Schleswig-Holstein, darüber gesprochen.

___Herr Bornhalm, über die Ausrichtung des Verbandes wurde auch schon früher diskutiert. Was ist jetzt anders?

Bisher fand der Austausch über neue Strategien vor allem auf der Bundesebene statt. Aus unserer Sicht wurden die Landesverbände viel zu wenig eingebunden. Deshalb bin ich froh, dass der ganze Weg nun deutlich offener und auch transparenter ist.

___Was wollen Sie mit dieser Debatte erreichen?

Wir müssen den SoVD zukunftsfest machen. Wir müssen weiterhin für die Menschen attraktiv bleiben und möglichst viele neue Mitglieder werben. Sowohl auf dem Land als auch in der Stadt. Wie wir das erreichen können, darüber müssen wir sprechen. Und zwar vor allem auch mit jenen, die sich damit auskennen. Also den haupt- und ehrenamtlich Aktiven aus den Kreis- und Ortsverbänden. Das ist uns in Schleswig-Holstein ganz wichtig.

___Gibt es denn ganz konkrete Fragen, mit denen Sie sich in den nächsten Monaten beschäftigen?

Die gibt es, ganz ohne Zweifel, etwa: Wo liegen unsere Stärken? Können wir unsere Angebote erweitern? Sollen die Verantwortlichkeiten im Ehren- und Hauptamt neu ausgerichtet werden? Wo sich kein Vorstand findet, gibt es dort eine andere organisatorische Möglichkeit? Sind unsere Organisationsstrukturen noch zeitgemäß?

Landesvorsitzender Alfred Bornhalm

Gerade über die Struktur des Verbandes müssen wir auf Landes- und Bundesebene sprechen. Wir haben bundesweit über 500.000 Mitglieder. Wird man der Entwicklung noch mit einem rein ehrenamtlichen Vorstand gerecht? Ich denke, wir sollten zumindest darüber sprechen, ob es hier Veränderungen in der Zukunft braucht.

___Wie soll die Diskussion denn ganz konkret aussehen?

Wir gehen diesen Prozess von mehreren Seiten an. Auf Bundesebene gibt es diverse Arbeitsgruppen, zum Beispiel zur Digitalisierung oder zur Weiterentwicklung der Organisationsstruktur. Die Ergebnisse aus diesen Gesprächen fließen dann in eine Steuerungsgruppe ein – da sind auch wir aus Schleswig-Holstein maßgeblich beteiligt.

Bei uns im Land möchten wir auch mit den Mitgliedern vor Ort ins Gespräch kommen. Organisatorisch wird das so laufen, dass sich Orts- und Kreisverbände austauschen. Was alles bringt uns nach vorn? Das ist die Frage. Im Rahmen von vier Regionalkonferenzen mit dem Landesverband soll dann über diese Ergebnisse diskutiert werden. Von diesen Gesprächen erhoffen wir uns viele gute Ideen. Denn die Vertreterinnen und Vertreter der Ortsverbände kennen den Verband besser als alle anderen.

Ich sage es klar: Wir sind offen für Ihre Vorschläge. Ob groß oder klein, alles kann dazu führen, dass wir unseren SoVD besser aufstellen.

Und diese Ergebnisse werden wir dann in die weitere Diskussion mit den anderen Landesverbänden einbringen.

___Wie lange soll dieser Prozess dauern?

Unser Ziel ist es, die Beratungen in Schleswig-Holstein bis zum Frühjahr zu führen. Auf Bundesebene sollen die ersten Ergebnisse im Spätsommer kommuniziert werden. Darüber hinaus werde ich in den Diskussionen eine „Institutionalisierung" anregen, die sicherstellt, dass der angesprochene Fragenkreis ständig aufgegriffen und weiterentwickelt wird – ein Prozess also, der laufend fortgesetzt wird.

Einheitliches Erscheinungsbild in Arbeit

Ziel sind Verbesserungen für die Ortsverbände

Seit dem Herbst 2019 ist Uwe-Dieter May Vorsitzender des Organisationsausschusses beim SoVD-Landesverband. In der letzten Zeit stand vor allem die Umsetzung der einheitlichen „Marke" SoVD im Mittelpunkt.

Uwe-Dieter May

Seit über 20 Jahren ist Uwe-Dieter May bereits ehrenamtlich in unterschiedlichen Funktionen vom Ortsverband über den Kreisverband bis zum Geschäftsführenden Landesvorstand – in welchem er seit 2018 Mitglied ist – im SoVD tätig. Bereits seit 2004 ist er Vorsitzender des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg.

Über viele Jahre hinweg hat Uwe-Dieter May Ortsvorstände und Schatzmeister*innen geschult, was schließlich einer der Gründe dafür war, den Vorsitz des Orga-Ausschusses zu übernehmen. Dieser befasst sich nämlich mit allem, was der Optimierung von Strukturen innerhalb des Verbandes dient. Dazu gehören zum Beispiel die Weiterbildung von Ehrenamtlichen oder die Gestaltung der Mitgliederwerbung. Und auch der formalen Organisation muss Rechnung getragen werden: Geschäfts- und Wahlordnungen für die Ortsverbände gehören ebenso zum Aufgabenbereich.

In der letzten Zeit stand vor allem die Umsetzung der einheitlichen „Marke" SoVD im Mittelpunkt. Dabei geht es um ein einheitliches Erscheinungsbild des SoVD in der ganzen Bundesrepublik. Zwar wird es auch weiterhin Publikationen des Landesverbandes Schleswig-Holsteins geben, hinsichtlich ihrer Aufmachung werden diese aber an das allgemeine Erscheinungsbild des SoVD angepasst. So wird beispielsweise die Neuauflage des beliebten Scheckheftes zur Mitgliederwerbung demnächst auch im neuen Design erscheinen.

Die Pandemie bedeutete natürlich auch für die Arbeit des Orga-Ausschusses einen Einschnitt. Trotzdem ist es in den vergangenen beiden Jahren gelungen, über Videokonferenzen immerhin vierteljährlich zu tagen. „Wir fragen uns immer, wie wir den Mitgliedern möglichst gute und aktuelle Materialien zur Verfügung stellen können und so die Arbeit der Ortsverbände vereinfachen und verbessern können", sagt May.

Lunge schützen gegen Pneumokokken

Die STIKO sowie das Robert-Koch-Institut raten allen Patienten ab 60 Jahren und allen Menschen mit chronischen Lungenerkrankungen zu einer Pneumokokken-Impfung, sofern diese nicht innerhalb der vergangenen sechs Jahre erfolgt ist.

Patienten, die eine Pneumokokken-Infektion überstanden haben, sind nur gegen einen einzigen Pneumokokkentyp immun. Die Impfung dagegen bietet Schutz vor 23 verschiedenen Pneumokokken-Arten.

Die Pneumokokken-Impfung kann die Gefahr, an einer schweren Lungenentzündung oder einer Sepsis zu erkranken, deutlich reduzieren. Patienten, die dennoch erkranken, haben in den meisten Fällen einen weniger schweren Verlauf.

Die Pneumokokken-Impfung schützt nicht gegen Covid-19!

Zwischen der Pneumokokken-Impfung und der Corona-Impfung sollte ein Abstand von mindestens 14 Tagen liegen.

Quelle: krankenkassenzentrale.de

Grafik: SoVD Niedersachsen

So hoch fallen die Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt aus.

Rente mit 63 ist nur mit Abschlägen möglich

Nur zwei Optionen

Mit 63 in Rente gehen – das wollen nach wie vor viele Menschen in Deutschland. Für die kommenden Jahrgänge gelten zwar nicht mehr die großzügigen Rahmenbedingungen wie noch vor einigen Jahren, doch es ist immer noch möglich – allerdings mit Abzügen.

Im Jahr 2020 ging fast die Hälfte aller Neurentner*innen mit 63 oder noch früher in die Altersrente. Und das, obwohl die Regelaltersgrenze immer weiter ansteigt. Verständlich. Wer möchte nicht noch möglichst viel vom Ruhestand haben? Zu einem Zeitpunkt, an dem die Gesundheit hoffentlich noch für Reisen und andere schöne Dinge des Lebens reicht.

Für einige Jahrgänge war solch ein Renteneinstieg tatsächlich noch ohne Abzug möglich. Entweder mit Schwerbehindertenausweis oder nach 45 Versicherungsjahren in der Deutschen Rentenversicherung (DRV).

Doch damit ist jetzt Schluss.In der Tabelle oben sehen Sie die geltenden Regeln exemplarisch für die Altersrente für besonders langjährig Versicherte. Das ist die Rentenoption, bei der Sie nach 45 Jahren Wartezeit ohne Abzug eine Altersrente beziehen dürfen. Dies gilt aber auch für die Rente mit Schwerbehindertenausweis.

Eine Altersrente mit 63 ist für zukünftige Jahrgänge demnach nur noch über zwei Wege drin:

- mit Schwerbehindertenausweis
- über die Altersrente für langjährig Versicherte

Beide Varianten erforden nicht 45, sondern nur 35 Versicherungsjahre. Diese sind auch deutlich einfacher zu vervollständigen als die 45, insbesondere was das Thema Arbeitslosigkeit angeht. Und beiden Wegen ist gemein, dass Sie für die vorzeitige Rente Abschläge in Kauf nehmen müssen.

Den großen Unterschied macht nun der Schwerbehindertenausweis. Warum? Das hängt mit der Methode der Deutschen Rentenversicherung zusammen, zu welchem Zeitpunkt der Abschlag angesetzt wird. Beginnen wir mit der vorgezogenen Altersrente ohne SB-Ausweis:

Hier wirkt der Abzug ab der Regelaltersgrenze. Das ist der Zeitpunkt, an dem Sie ganz normal in Rente gehen könnten. Früher war das der 65. Geburtstag. Was für Ihren Jahrgang gilt, können Sie der oben abgebildeten Tabelle entnehmen.

Im Gegensatz dazu kürzt der Abschlag Ihre vorgezogene Rente mit Schwerbehinderung deutlich weniger – um ganze zwei Jahre. Hintergrund: Bei der Altersrente für schwerbehinderte Menschen wird ab dem Zeitpunkt gekürzt, zu dem Sie eine vorgezogene Rente ohne Abzug in Anspruch nehmen können. Dazu ein Beispiel mit unserem Lieblingsjahrgang: Harmut aus Preetz ist Baujahr 1958 und hat einen Schwerbehindertenausweis. Seine Regelaltersrente könnte er zum 66. Geburtstag bekommen. Durch die Schwerbehinderung kann er allerdings auch zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente – mit genau 64.

Entscheidet sich Hartmut nun für den Rentenbeginn zum 63. Geburtstag, müsste er nur einen Abschlag von 3,6 Prozent in Kauf nehmen, 12 Monate zu je 0,3 Prozent.

Ohne Schwerbehindertenausweis würde der Abschlag von 66 an gelten – also 36 Monate mal 0,3 Prozent. Zusammen also 10,8 Prozent.

Fazit: Die zwei wichtigsten Punkte zu diesem Thema lauten also: Mit 63 können Sie mittlerweile nur noch mit finanziellen Abzügen in die Altersrente. Ob diese relativ gering oder hoch ausfallen, hängt davon ab, ob Sie eine anerkannte Schwerbehinderung haben.

Erwerbsminderungsrente wird nachteilig in Altersrente umgewandelt

„Angst vor Überversorgung!“

Jörg Rödiger aus Eutin bekam Erwerbsminderungsrente, als er im Rahmen seines Ehrenamtes stürzte. Heute bezieht er aufgrund dieses Vorfalls zwar eine kleine Unfallrente – diese wird jedoch mit seiner gesetzlichen Rente verrechnet. Dagegen setzt sich der 67-Jährige zur Wehr.

Vor vier Jahren, im Juni 2017, besichtigt Jörg Rödiger als Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses ein Grundstück in Eutin. Plötzlich bleibt er im Boden hängen, sein Oberkörper verdreht sich unglücklich – und er stürzt. So schwer, dass ein Krankenwagen gerufen werden muss. Erst nach 30 Minuten sind die Sanitäter vor Ort, sie haben keine Schmerzmittel dabei.

Jörg Rödiger kommt in die Klinik, wird zweimal operiert. Nach der Versteifung der Wirbelsäule und dem Einsatz eines künstlichen Lendenwirbels sind die Schmerzen so groß, dass der Erwerbsminderungsrentner eine ganze Zeit lang sediert werden muss. „In dieser Zeit hätte mich die Stadt Eutin betreuen müssen, aber niemand fühlte sich zuständig. Dabei waren bei dem Unfall viele Leute vor Ort und haben gesehen, was passiert ist.“

In die gleiche Kerbe schlägt auch Alexander Jankowsky, Jurist für den SoVD am Standort Eutin: „Die Stadt hätte durch die Gremienbetreuung dafür Sorge tragen müssen, dass Herr Rödiger unterstützt wird. Zum Beispiel bei der Beantragung von Versicherungsleistungen. Dass das nicht erfolgt ist, war für den weiteren Verlauf der Geschichte sehr von Nachteil.“

Allein die Auseinandersetzung mit der Unfallkasse zieht sich über mehrere Jahre hin. Erst 2020 wird eine Rente bewilligt – ein niedriger dreistelliger Betrag. Doch hier folgt das nächste Problem: Da Jörg Rödiger eine gesetzliche Rente bezieht, werden beide Zahlungen miteinander verrechnet. Eine erhebliche Einbuße. Seinen unfallbedingten Mehraufwand kann er zudem noch nicht einmal steuerlich geltend machen.

Jörg Rödiger aus Eutin (links) zusammen mit Alexander Jankowsky, Leiter des SoVD-Sozialberatungszentrums in Ostholstein.

„Aufgrund meiner gesundheitlichen Probleme kann ich viele Dinge nicht mehr selbst ausführen. Es geht körperlich einfach nicht. Vor diesem Hintergrund bleibt von dem Geld am Monatsende nichts übrig. Es ist schwer, über die Runden zu kommen.“

Jörg Rödiger würde einen dreistelligen Betrag mehr im Monat bekommen, wenn es diese Verrechnung der beiden Renten nicht gäbe.

Für den Betroffenen unverständlich. Und auch Alexander Jankowsky vom SoVD kann über die Regelung von anno dazumal nur den Kopf schütteln. „Der Gesetzgeber hat einfach Angst vor einer Überversorgung, das ist die grundsätzlich falsche Vorstellung in der Politik. Als ob jemand, der jetzt im Rollstuhl sitzen muss, mit 100 Euro im Monat besser dran wäre als vor dem Verlust seiner Gehfähigkeit. Eine völlig abstruse Vorstellung, aber das ist der Hintergrund.“

Die Höhe der Erwerbsminderungsrente kann sehr unterschiedlich ausfallen. Sie hängt zwar nicht direkt von der Krankheit ab. In der Statistik zeigen sich jedoch große Unterschiede.

Im Jahr 2019 erreichte Jörg Rödiger die sogenannte Regelaltersgrenze der Deutschen Rentenversicherung – seine Erwerbsminderungsrente wurde daher in eine Altersrente umgewandelt. Die Höhe der Zahlung hat sich nicht verändert, dennoch macht dieser Umstand einen großen Unterschied aus.

„Da ich zum Zeitpunkt meines Unfalls schon berentet war, würde eigentlich eine Ausnahme gelten. Ich könnte also Erwerbsminderungs- und Unfallrente jeweils in voller Höhe beziehen. Da ich nun aber eine andere Rente, die Altersrente, erhalte, gilt diese Ausnahme nicht mehr. Das ist doch völlig unverständlich.“

„Sozialrechtlich kann man gegen die Verrechnung leider nicht vorgehen“, so Alexander Jankowsky. Das Vorgehen der Rentenversicherung sei formal korrekt. „Aber natürlich hoffen wir, dass diese ungerechte Regelung seitens der Politik gekippt wird.“

KV/OV

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Bad Bramstedt

Stellvertretend für den SoVD Bad Bramstedt nahm der 1. Vorsitzende Jürgen Axt den liberalen Bürgerpreis in Empfang. In der Begründung der örtlichen FDP heißt es unter anderem: „Das offene Ohr für persönliche Herausforderungen schafft Vertrauen und Entlastung, weil Menschen so erfahren, dass Sie gesehen werden. Wir finden, dass dieses Engagement im SoVD, passend zu seinem 75jährigen Jubiläum in Bad

Fortsetzung auf Seite 13

Ortsverband Bad Bramstedt

Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Föhr

Ortsverband Tellingstedt

Ortsverband Schönkirchen

Ortsverband Sereetz

Fortsetzung von Seite 12

Bramstedt, öffentlich gewürdigt werden sollte." *(S. Foto, von links: Kathrin Parlitz-Willhöft und Joachim Behm, FDP Bad Bramstedt, sowie Jürgen Axt.)*

Ortsverband Giekau

In Giekau feierte Ludmilla Priehs kürzlich ihren 100. Geburtstag. Zum Jubiläum und zu ihrer 30-jährigen Mitgliedschaft im SoVD kamen der Vorsitzende Georg Schütt und Schatzmeister Dieter Hartmann vorbei und überbrachten herzliche Grüße.

Ortsverband Föhr

Annelore Noetzel (94) bereicherte das Grillfest spontan mit einer Einlage auf der Ziehharmonika, zur großen Freude der übrigen Mitglieder, die das persönliche Miteinander nach der langen Corona-Pause sehr genossen.

Ortsverband Gleschendorf

Anfang November fand die Mitgliederversammlung statt. Hier konnten unter anderem Elke Kortmann, Familie Diekert mit Jörg, Ole, Simone und Tabea sowie die Familie Wedemeyer mit Frank, Katja, Silke und Vanessa für ihre zehnjährige Treue geehrt werden.

Ortsverband Aventoft

Rund 75 Mitglieder folgten der Einladung zur Mitgliederversammlung inklusive Grünkohlessen. Während der 20-monatigen Corona-Pause hatten sich 71 Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften und Ehrenämter angestaut. Einige der Geehrten waren anwesend und erhielten Urkunde, Nadel und Präsent.

Ortsverband Aventoft

Ortsverband Mölln

Ortsverband Kronshagen

Im Vorstand des SoVD Kronshagen mussten kurzfristig die Ämter des 2. Schatzmeisters sowie der Schriftführerin besetzt werden. Bis zur nächsten Wahl haben sich als Schatzmeisterin Marlies Buschmann und als Schriftführerin Martina Schulz zur Verfügung gestellt.

Ortsverband Schafstedt

SoVD-Mitglied Annemarie Neelsen feierte vor Kurzem ihren 100. Geburtstag. Seit 72 Jahren ist die Dithmarscherin Mitglied im Verband, 45 Jahre lang engagierte sie sich als Kassenwartin. Zu diesem besonderen Jubiläum überbrachte der Vorsitzende Hans-Peter Wolters die herzlichsten Glückwünsche und eine Geburtstagstorte.

Ortsverband Schafstedt

Ortsverband Giekau

Ortsverband Badendorf

Ortsverband Mölln

Auch der SoVD in Mölln trotzt der Corona-Krise. Auf der Mitgliederversammlung hat sich ein neuer Vorstand zusammengefunden. Außerdem konnten Ehrungen nachgeholt werden. *(S. Foto, v. li.: Antje Janczikowski, Birgit Christiansen, Franz Ritter, alle Revisor*innen, Vorsitzende Renate Fröhlich, Stellvertreterin Brigitte Seemann, Schriftführerin Nicole Schmidt, Beisitzer Dag Fiege, Schatzmeisterin Brigitte Oelschläger, Beisitzerin Brigitte Bernhardt, Beisitzer Erich Hamann, Frauensprecherin Rosemarie Hamann, Beisitzer Harald Sieg und Beisitzerin sowie Reiseleitung Birgitt Gebbert.)*

Ortsverband Tellingstedt

Paula Wiese aus dem Ortsverband in Tellingstedt hat ihren 100. Geburtstag gefeiert. Seit 1948 ist sie mit dem SoVD verbunden, da ihr Ehegatte in diesem Jahr in den damaligen Reichsbund eintrat. Schon damals trug sie die Zeitung aus. Nach dem Tod ihres Mannes vor 28 Jahren wurde sie selbst Mitglied im SoVD. Vorsitzender Helmut Meyer überbrachte die Glückwünsche des SoVD.

Ortsverband Schönkirchen

Der SoVD Schönkirchen war im November wieder am Kunst- und Hobbymarkt der Gemeinde dabei und nahm mit handgefertigten Spenden insgesamt 193 Euro ein. Das Geld spendete der Vorstand der Flutopferhilfe des Bundesverbandes.

Ortsverband Sereetz

Der Ortsverband musste sich auf die Suche nach neuen Räumen machen. Fündig wurde man im Lebens- und Gesundheitszentrum Sereetz „Haus Civitas". Dafür bedankte sich der vorsitzende Walter Scheel mit einem Blumenstrauß bei Gabriele Volgmann *(s. Foto, li.)* und Nadja Nimbler *(s. Foto, re.)* vom Haus Civitas.

Ortsverband Badendorf

Am Volkstrauertag traf sich der Vorstand wie in jedem Jahr am Ehrenmal, um der Kriegsopfer beider Weltkriege zu gedenken *(s. Foto, v. li.: Klaus Siggelow, 2. Vorsitzender und die 1. Vorsitzende Birgit von Heimburg-Behrenbeck mit Pastor Nils Wolffson)*.

Auszeichnungen

Der Vorstand gratuliert herzlich zur Auszeichnung mit dem SoVD-Ehrenschild **für 25-jährige Funktionärstätigkeit** Gerda Stollberg (OV Friedrichskoog / KV Dithmarschen).

Mitglieder werben Mitglieder

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 engagierte Mitstreiter.

Für das Jahr 2022 lautet unser Wahlspruch:

„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!“

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen im Monat Dezember sind:

- Hermann Dävers (Kreisverband Ostholstein)
- Marina Birke (Kreisverband Pinneberg)
- Edelgard Ahrens (Kreisverband Plön)
- Liane Wittrock (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde)
- Hilde Tigge (Kreisverband Segeberg)
- Ilona Lischewski (Kreisverband Schleswig-Flensburg)
- Elke Hahn (Kreisverband Steinburg)

Der Landesvorstand dankt allen Werberinnen und Werbern herzlich für ihren Einsatz und bittet Sie auch in den kommenden Monaten darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken. Nur dann können Sie zu den Gewinnern des einwöchigen kostenlosen Aufenthaltes in unserem Nordsee-Erholungszentrum in Büsum gehören.

Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343 / 42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg 04331 / 7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641 / 98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31 / 44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531 / 80 49 38.
- **Kindernottelefon**: anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800 / 1 11 03 33.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431 / 59 09 960, zusätzlich Mo–Fr 8–20 Uhr, Sa 8–16 Uhr die gebührenfreie, bundesweite Hotline: 0800 / 011 77 22.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802 / 49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431 / 9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431 / 9 88 16 20.

Interview

„Das will ich auch mal werden!“

Einmal im Monat stellen wir Ihnen jemanden aus dem Ehrenamt des SoVD in Schleswig-Holstein vor. Heute haben wir mit Horst Koop aus Bekmünde gesprochen, der im Ortsverband Itzehoe-Mitte seit fast 30 Jahren dessen Geschicke als Vorsitzender leitet.

___ Hallo Herr Koop, Sie sind seit mehr als 40 Jahren ehrenamtlich für den SoVD im Einsatz. Warum engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit für den Sozialverband?

Ich habe in meinem Leben viel Elend gesehen. Menschen, die kein Geld hatten und nicht wussten, wie sie im nächsten Monat die Miete zahlen sollten. Menschen, die schwer krank geworden sind und um ihre Leistungen von den Sozialbehörden kämpfen mussten. Da möchte ich gern helfen.

___ Sie spielen auf Ihre Zeit als Angestellter beim SoVD an?

Richtig. Ich habe hier 1980 mehr oder weniger gleichzeitig im Haupt- als auch im Ehrenamt begonnen. In der Sozialberatung erlebst Du dann viele schöne, aber auch sehr viele traurige Geschichten. Und im Sozialrecht kenne ich mich aus, da habe ich meine Stärken. Die bringe ich gern für den SoVD ein, um den Menschen zu helfen.

Darüber hinaus macht mir die Arbeit mit Menschen aber auch generell Spaß. Auch das Organisieren, das kommt mir in meinem Ehrenamt als Vorsitzender natürlich entgegen.

___ Wie sind Sie denn zum SoVD gekommen?

Mein Vater hat im damaligen „Reichsbund“ auch schon als Rechtsschutzsekretär gearbeitet. Da muss ich wohl schon als vier- oder fünfjähriger Steppke in seinem Büro gesagt haben: „Das will ich auch mal werden!“ Naja, gelernt habe ich bei der AOK. Und ich habe dann auch erst einmal als Sozialversicherungsfachangestellter bei Krankenkassen gearbeitet.

Irgendwann war dann hier im Kreisverband Steinburg des SoVD Not am Mann – und ich bin für ein, zwei Jahre in der Beratung eingesprungen. So war es zumindest geplant. Daraus sind dann 28 Jahre geworden.

Horst Koop

Zum Ehrenamt bin ich auch eher zufällig gekommen. Zwei Tage, nachdem ich hauptamtlich angefangen hatte, bin ich zu einer Versammlung in Hohenfelde mitgegangen. Dort wurde ein 2. Vorsitzender für den Ortsverband gesucht. Tja, man hat mich angesprochen – und so war ich dann auch ehrenamtlich aktiv. Und das bis heute.

___ Warum bringen Sie sich ausgerechnet beim SoVD so viel ein? Warum nicht anderswo?

Ich bin nicht nur mit dem Sozialverband verheiratet. Auch im Betreuungsverein Steinburg wirke ich im Vorstand mit. Aber im SoVD kann ich eben das machen, was ich gut kann. Im Sozialrecht helfen. Man könnte das durchaus als Hobby bezeichnen – ich habe sogar schon im Urlaub anderen Menschen dabei geholfen, den Schwerbehindertenausweis oder die Erwerbsminderungsrente durchzubekommen.

___ Aber trotzdem muss es doch auch Dinge geben, die Sie manchmal nerven. Oder?

Undankbarkeit ist etwas, das mich fuchsig machen kann. Ich kann mich an einen Fall erinnern, bei dem wir mit viel Kraft und Einsatz eine Erwerbsminderungsrente durchsetzen konnten. Und das damalige Mitglied hat kurz danach die Mitgliedschaft gekündigt. So nach dem Motto: Jetzt brauche ich Euch nicht mehr. Machen kannst Du da nichts, aber darüber habe ich mich sehr geärgert.

Aber im Großen und Ganzen mag ich meine Tätigkeit hier so sehr, da fallen diese Kleinigkeiten nicht wirklich ins Gewicht.

___ Was ist das Schönste für Sie am Ehrenamt?

Die dankbaren Augen, die lachenden Gesichter, wenn wir jemandem zu seinem Recht verhelfen können. Wenn die Rente durchkommt zum Beispiel. Das ist ein unbeschreibliches Gefühl und baut Dich richtig auf.

___ Wie haben Sie im Ehrenamt denn Corona erlebt?

Für unsere Arbeit im Ortsverband war das natürlich schlimm. Und es gibt ja immer noch Probleme, eine lange Reise mit Masken ist nicht für jeden etwas. Mit Veranstaltungen fangen wir jetzt langsam wieder an. Aber klar – Corona hat viel kaputt gemacht, wir leben ja hier vom persönlichen Miteinander. Telefonisch kann man das nicht alles auffangen.

Das heißt, über das Telefon hatten Sie schon noch Kontakt zu Ihren Mitgliedern?

Die Leute haben natürlich auch weiterhin angerufen, wenn sie Hilfe brauchten. Machen sie immer noch. Aber wir im Vorstand haben auch versucht, den Mitgliedern auf andere Weise zur Seite zu stehen. So haben wir etwa im Februar 2020 für jedes Mitglied fünf FFP2-Masken bestellt und die dann mit der Post verschickt. Das war eine Heidenarbeit, aber die Leute haben sich sehr darüber gefreut. Sie glauben gar nicht, wie viele Anrufe wir in den Tagen danach hatten.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarb

Bernd Riecke,

ehemaliger langjähriger Vorsitzender Ortsverband Laboe und langjähriges Mitglied im Kreisvorstand Plön.

Wir werden dem Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Aktuelle Urteile

Krankenkasse zahlt nur im Ausnahmefall Implantate

Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass Zahnimplantate von der gesetzlichen Krankenversicherung nur dann bezahlt werden müssen, wenn sie im Rahmen einer Gesamtbehandlung aus „human- und zahnmedizinischen Bestandteilen besteht“. Allein das Ziel, die Kaufunktion zu verbessern, reicht nicht als Grund für eine Kostenübernahme. Das verstößt nicht gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz. In dem konkreten Fall ging es um eine Frau, die mit ihrem „unzulänglich versorgten Restgebiss“ nicht mehr richtig kauen konnte. Lässt sich die Patientin trotz der Ablehnung während des laufenden Verfahrens implantatgestützte Zahnprothesen einsetzen, so bleibt sie auf den Kosten sitzen (BSG, B 1 KR 8/21 R). *Quelle: wb*